

SPD-Landesorganisation Bremen

Jahresbericht 2006/2007

Jahresbericht 2006/2007
Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Tim Cordßen
© SPD-Landesorganisation Bremen
Bremen, Februar/März 2008

[Inhalt >>](#)

Inhalt

Gedenken	Seite 5
Bericht des Landesvorstands	Seite 7
Mitglieder des Landesvorstands	Seite 19
Finanzbericht	Seite 21
Bericht zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung	Seite 25
Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 29
Bericht des Präsidenten des Senats	Seite 53
Berichte der Arbeitsgemeinschaften, Foren und Projektgruppen	Seite 61

Anhang

Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der Landesparteitage	Seite 93
Dokumentation einzelner Beschlüsse und Resolutionen der SPD-Landesparteitage	Seite 101
Wahlergebnisse: Bürgerschaftswahl, 13. Mai 2007	Seite 109
Mitgliederstatistik	Seite 111

Gedenken

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2006 und 2007 viele Mitglieder durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle im Berichtszeitraum verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Werner Beutel
Magdalene Deichmann
Heinrich Dess
Dr. Helgard Grobecker
Horst Grunenberg
Karl Heinz Jantzen
Arno Koch
Mathilde Lehmann
Wilma Mager
Annemarie Mevissen
Luise Morgenthal
Inge Raschen
Barbara Recke
Hans-Dieter Rissland
Carl-Heinz Schmurr
Karl-Heinz Schweingruber
Karl Horst Stockhinger
Alfons Tallert
Gerda Thape
Helmut Thielke
Arnold Westendorf
Karl Willms

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bericht des Landesvorsitzenden zur Arbeit des Landesvorstandes

Die Arbeit des Landesvorstandes in der Wahlperiode 2006/2007 war seit dem Tag seiner Wahl am 25. März 2006 von der Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und zu den Beiräten in Bremen am 13. Mai 2007 geprägt. Einen Monat nach dem Landesparteitag wurden auf einer Klausurtagung des Landesvorstandes die ersten Weichen gestellt: Eine Wahlkampfkommission und eine Programmkommission zur Ausarbeitung eines Wahlprogrammmentwurfes wurden eingesetzt und es wurde bereits zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung zur Beauftragung einer Agentur zur strategischen Kommunikationsberatung getroffen.

Vorbereitung des Bürgerschaftswahlkampfes

Bedingt durch den Wechsel an der Spitze des Senats von Henning Scherf zu Jens Böhrnsen im November 2005 und des darin begründeten relativ kurzen Zeitraumes zur Profilierung des Amtsinhabers und Spitzenkandidaten begann im Frühjahr 2006 die Vorphase des Bürgerschaftswahlkampfes mit einer Veranstaltungsreihe in Bremen. Den Auftakt bildete die erste große öffentliche Parteiveranstaltung mit Bürgermeister Jens Böhrnsen unter dem Titel „Stark. Gerecht. Lebenswert. Bremens Zukunft gestalten“ im World Trade Center. Es folgten Veranstaltungen zum Masterplan Logistik, zum Thema Bürgerbeteiligung sowie zum Thema frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung.

Die Themen dieser Veranstaltungsreihe bildeten auch die Säulen des Entwurfes für ein Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl, den der Landesvorstand am 29. September 2006 beschlossen und in einer Pressekonferenz am 30. September 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Die Vorstellung des Programmmentwurfes bildete zugleich auch den Startschuss für eine viermonatige Dialogphase, in der der Programmmentwurf mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Institutionen diskutiert wurde. Die Dialogphase fand ihren Abschluss mit einem großen Programmkongress im Congress Centrum Bremen am 27. Januar 2007. In verschiedenen Workshops wurden dort mit 150 Gästen die thematischen Schwerpunkte des Wahlprogramms diskutiert und wichtige Anregungen aufgenommen. Der offizielle Beschluss des Wahlprogramms erfolgte dann auf einem Landesparteitag am 17. Februar 2007.

Rückblickend können wir nicht ohne Stolz sagen, dass die Art und Weise, wie wir im Dialog mit den Interessengruppen und den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven und einer intensiven parteiinternen Beratung zu unserem Wahlprogramm gelangt sind, ihresgleichen sucht und wir hinsichtlich des Beteiligungs- und Dialogverfahrens neue Maßstäbe gesetzt haben.

Nach dem erschütternden Tod des Kindes Kevin und seinem Auffinden am 10. Oktober 2006 übernahm die Sozialsenatorin Karin Röpke umgehend die politische Verantwortung. Die SPD im Land Bremen hat den Rücktritt von Karin Röpke mit großem Respekt und Anerkennung ihrer Arbeit aufgenommen.

Die programmatische Profilierung der Partei war im Vorwahlkampf durch die Untersuchungsausschüsse „Kindeswohl“ und „Zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser“ erschwert. Wir sind den Obleuten der Bürgerschaftsfraktion Hermann Kleen und Wolfgang Grotheer sehr dankbar, ihrer guten Arbeit ist zu verdanken, dass es in beiden Untersuchungsausschüssen gelungen ist, gemeinsame Abschlussberichte vorzulegen.

Kandidatenaufstellung

Parallel zur Arbeit am Wahlprogramm fand die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlen statt. Insgesamt hat die SPD im Land Bremen 385 Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen um die Plätze in Bürgerschaft, Stadtverordnetenversammlung und Beiräten geschickt. Auch in einer Partei, die das Copyright auf Solidarität hält, nicht immer selbstverständlich: Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten verlief weitgehend einvernehmlich und ohne große Streitereien. Schon hier wurde deutlich, dass die SPD im Land Bremen in großer Geschlossenheit in die wichtigen Wahlentscheidungen gehen würde.

Bürgermeister Jens Böhrnsen wurde auf einem Landesparteitag am 1. November 2006 mit dem hervorragenden Ergebnis von 98,5 Prozent Ja-Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl aufgestellt. Die Delegiertenkonferenzen zur Wahl der Kandidatinnen- und Kandidatenlisten für die Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven fanden Anfang Dezember 2006 statt.

Wahlkampf

Die Motivation in unserer Partei, einen erfolgreichen Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl zu führen, war hoch. Das Interesse an unseren Veranstaltungen war groß, viele Genossinnen und Genossen haben teilgenommen. Beginnend mit dem Jahresauftakt in der Schwankhalle in der Bremer Neustadt, auf dem wir auch den Parteivorsitzenden Kurt Beck begrüßen durften und der zu einer festen Einrichtung zum Jahresbeginn werden soll, hat die SPD-Landesorganisation kontinuierlich und mit steigender Frequenz bis zur Bürgerschaftswahl am 13. Mai öffentliche Veranstaltungen durchgeführt:

- 6. Januar 2007: Jahresauftakt mit Kurt Beck



Kurt Beck, Uwe Beckmeyer und Jens Böhrnsen ließen sich nach ihren Reden auf dem Jahresauftakt der SPD ein kühles Bier schmecken und mischten sich unter die vielen Gäste. Foto: Julia Windhoff

- 27. Januar 2007: Programmkongress der SPD-Landesorganisation

- 7. März 2007: „Überflüssiger Luxus oder notwendiges Lebenselixier? Kunst- und Kulturförderung heute“ mit Wolfgang Thierse
- 14. April 2007: Wahlkampfauftakt mit Klaus Wowereit
- 22. April 2007: „100 Jahre Socialdemokratischer Wahlverein für Mahndorf, Arbergen und Uphusen“ mit Franz Müntefering
- 29. April 2007: Klimawandel: Risiken, Herausforderungen, Chancen mit Matthias Machnig
- 29. April 2007: Rundgang über die „FischPARTY“ in Bremerhaven mit Kurt Beck



Voller Einsatz auf der FischPARTY in Bremerhaven und dazu noch textsicher: Kurt Beck, Jens Böhrnsen und Uwe Beckmeyer singen gemeinsam mit dem Shanty-Chor.

Foto: Focke Strangmann

- 30. April 2007: „100 Jahre erfolgreiche SPD-Politik für Bremen-Nord“ mit Matthias Platzeck
- 4. Mai 2007: „Zusammenhalt braucht soziale Gerechtigkeit“ mit Peter Struck
- 10. Mai 2007: Endspurt-Kundgebung mit Kurt Beck

Die Wahlkampagne der SPD zur Bürgerschaftswahl wurde erstmals seit vielen Jahren mit einer neuen Werbeagentur konzipiert und durchgeführt. Der Entscheidung für die neue Werbeagentur war ein Agentur-Wettbewerb vorausgegangen, zu dem wir sieben Werbeagenturen aus Bremen, Hamburg, Hannover, Berlin und Düsseldorf zur Teilnahme eingeladen haben. In enger Abstimmung mit dem Spitzenkandidaten Jens Böhrnsen fiel die Entscheidung nach einem intensiven Auswahlverfahren für die Werbeagentur Odeon Zwo (Hannover/Berlin).

In der Wahlkampagne ist es gelungen, die drei entscheidenden Größen Partei, Programm und Person des Spitzenkandidaten zu verbinden und sowohl unsere programmatischen Aussagen, unserem öffentlichen Auftritt und unseren Spitzenkandidaten glaubwürdig und authentisch zu präsentieren. Der Claim der Kampagne war „Echt Bremen“, was sowohl für die hohe Identifikation der Bremerinnen und Bremer mit der SPD als auch für die Nähe unseres Spitzenkandidaten und der Partei insgesamt zu den Bürgerinnen und Bürgern steht.



Das Schlussplakat der Wahlkampagne zur Bürgerschaftswahl: Für 82 Prozent aller Bremerinnen und Bremer ist die SPD die „Bremen-Partei“.

Analyse Wahlergebnis

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 ist ein großer Erfolg für die ganze Partei. Mit 36,7 Prozent der Stimmen liegt es zwar unter dem Ergebnis von 2003, allerdings muss man bei der Bewertung des Ergebnisses verschiedene Erklärungsfaktoren mit einbeziehen:

Die SPD stand bundesweit im Mai 2007 schlechter da als 2003. Zwar waren bundespolitische Themen nur bedingt ausschlaggebend für die Wahlentscheidung im Land Bremen, doch wie 2003 lagen wir mit unserem Wahlergebnis circa 10 Prozentpunkte über den Werten, die die SPD zum selben Zeitpunkt bundesweit erzielt hat.

Der Vorsprung zum nächst stärksten Mitbewerber, der CDU, ist mit über 11 Prozentpunkten mehr als deutlich. Die SPD bleibt die mit großem Abstand stärkste politische Kraft im Land Bremen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung im Wahlkampf auf „Wirtschaftskraft stärken, Zusammenhalt sichern und Selbstständigkeit des Landes erhalten“ war richtig. Mit dem Thema Mindestlohn, wo wir mit viel Unterstützung aus Berlin zum Motor der bundesweiten Kampagne wurden,

konnten wir die im Wahlkampf wichtige Emotionalisierung und eine starke Mobilisierung erreichen. Hier ist uns in Bremen ein Schulterschluss mit den Gewerkschaften und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gelungen. Trotz der Schwerpunktsetzung auf das Politikfeld Soziales und hoher Glaubwürdigkeit unseres Spitzenkandidaten ist es uns mangels bundespolitischer Glaubwürdigkeit der Partei aber nicht gelungen, die große Gruppe der sozial schwachen und an den Rand unserer Gesellschaft gedrängten Menschen verstärkt zu erreichen: Hartz-Gesetze und die Rente mit 67 haben es uns im Wahlkampf nicht leicht gemacht, was sich auch im Ergebnis der Partei „Die Linke“ widerspiegelt.



12. April 2007: Öffentliche Erstunterzeichnung des Aufrufes von SPD, Gewerkschaften und Betriebsräten zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Foto: SPD Bremen

Wenig hilfreich für die Schlussmobilisierung war sicher auch, dass von den Medien in den letzten 10 Tagen des Wahlkampfes mehrfach Prognosen zum Wahlausgang veröffentlicht wurden, die unsere Partei im Bereich von über 40 bis 42 Prozentpunkten sahen. Manche Wählerin und manchen Wähler dieses sicher veranlasst haben, mit der Stimmabgabe ein Zeichen für die Wunschkoalition zu setzen, was im Ergebnis dazu führte, dass die SPD eben nicht die 40-Prozentmarke erreichen konnte.

Die neue Koalition

Nach der Bürgerschaftswahl hat der Landesvorstand beschlossen, die CDU und Bündnis90/Die Grünen zu Sondierungsgesprächen einzuladen, nach denen dem Landesparteitag ein Vorschlag für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit einem der beiden möglichen Partner unterbreitet werden sollte. Die Sondierungsgespräche haben am 16. Mai 2007 mit der CDU und am 18. Mai 2007 mit Bündnis 90/Die Grünen stattgefunden. Der Landesvorstand hat dann am 20. Mai 2007 einstimmig beschlossen, dem Landesparteitag die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen vorzuschlagen. Der Landesparteitag ist diesem Vorschlag am 24. Mai 2007 bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung gefolgt.



Bürgermeister Jens Böhrnsen hat klare Ziele für den neuen Senat formuliert: Wirtschaftskraft festigen, Arbeitsplätze schaffen, den sozialen Zusammenhalt stärken und die finanziellen Lebensgrundlagen und die Selbständigkeit Bremens sichern.

Foto: Jörg Sarbach

Die Verhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen begannen am 30. Mai 2007 und fanden in einem sachlichen und vertrauensvollen Klima statt. Die Koalitionsverhandlungen konnten bereits am 17. Juni erfolgreich abgeschlossen werden und der Koalitionsvertrag fand am 23. Juni 2007 bei nur einer Enthaltung die einmütige Zustimmung des Landesparteitages. Am 29. Juni wurde in der Bremischen Bürgerschaft der neue Senat gewählt.

Das positive und vertrauensvolle Klima der Koalitionsverhandlungen setzt sich in der Zusammenarbeit des Senats, der Fraktionen und der Parteien fort. Viele der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt bzw. eingeleitet, in den letzten Wochen ist es der Koalition gelungen, im Haushalt für die Jahre 2008 und 2009 das ehrgeizige Ziel der notwendigen Schwerpunktsetzungen für die Verbesserung der Zukunftschancen und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen und Bremerhaven bei konsequenter Fortführung der Haushaltskonsolidierung zu erreichen. Das Land Bremen ist mit der rot-grünen Koalition auf einem guten Kurs.

Landesparteitage

In den letzten zwei Jahren haben wir insgesamt fünf Parteitage durchgeführt. Am 25. März 2006 wurde im Hotel Strandlust in Bremen-Vegesack der neue Landesvorstand gewählt. Nach zweijähriger Amtszeit stand der Landesvorsitzende Carsten Sieling nicht für eine erneute Kandidatur zur Verfügung, nachdem er im November 2005 als Nachfolger von Jens Böhrnsen an die Spitze der Bürgerschaftsfraktion gewählt worden war. Der Parteitag hat mich in das Amt des Vorsitzenden und Thomas Ehmke zu meinem Stellvertreter gewählt.

Im Mittelpunkt des Landesparteitages am 1. November 2006 stand die Nominierung von Bürgermeister Jens Böhrnsen zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2007. Auf diesem Parteitag wurde darüber hinaus Ingelore Rosenkötter als Nachfolgerin für Karin Röpke im Amt der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales nominiert.

Der Landesparteitag am 17. Februar 2007 hatte vor allem über das Wahlprogramm zu beschließen. Die Beratung und Beschlussfassung über das Wahlprogramm verlief sehr konstruktiv und verhältnismäßig zügig, nachdem der Landesvorstand in einer vorherigen Klausursitzung einen Großteil der inhaltlichen Anregungen aus fast 100 Änderungs- und Ergänzungsanträgen aus der Mitte der Partei und vielen Anregungen von Verbänden und Initiativen in den Programmentwurf eingearbeitet hatte.

Am 24. Mai 2007 beschloss der Landesparteitag nach der Bürgerschaftswahl die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, bevor der Landesparteitag am 23. Juni 2007 den Koalitionsvertrag beschloss und Jens Böhrnsen, Willi Lemke, Ingelore Rosenkötter, Renate Jürgens-Pieper, Ralf Nagel sowie Kerstin Kießler als Mitglieder des ersten rot-grünen Senats der Freien Hansestadt Bremen nominierte. Die Woche vor dem Parteitag im Juni war nach dem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen nochmals etwas hektischer als vorgesehen: War Dr. Ulrich Nußbaum noch am Montag einstimmig vom Landesvorstand für das Amt des Wirtschaftssenators vorgeschlagen worden, erklärte er am Dienstag, dass er für ein Amt im neuen Senat nicht zur Verfügung stehe, da er bedrängt worden sei, in die Partei einzutreten. Es gelang noch bis zum Parteitag, mit Ralf Nagel einen sehr kompetenten Kandidaten für das Amt des Wirtschafts- und Justizsenators zu finden.



Die SPD-Regierungsmannschaft: Ralf Nagel, Willi Lemke, Ingelore Rosenkötter, Fraktionschef Carsten Sieling, Bürgermeister Jens Böhrnsen, Renate Jürgens-Pieper, Kerstin Kießler, SPD-Landeschef Uwe Beckmeyer (von links).

Foto: Focke Strangmann

Organisationspolitik

Die größte organisationspolitische Herausforderung ist und bleibt die Erhaltung unserer Kampagnenfähigkeit trotz weiterhin abnehmender Mitgliederzahlen. Die Anpassung unserer Arbeits- und Organisationsstrukturen ist notwendig und muss gemeinsam und einvernehmlich mit den Gliederungen der Partei umgesetzt werden.

Neuer Standort für das Parteibüro

Seit rund 30 Jahren hat die SPD-Landesorganisation ihren Sitz in der Findorffstraße in Bremen. Über 30 Jahre wurde hier so manche richtungsweisende Entscheidung getroffen. Doch die Beschaffenheit der Büroräume und die Lage entsprechen nicht mehr den Anforderungen an ein modernes, dienstleistungsorientiertes Parteibüro. Eine Reihe von Vorständen haben immer wieder über die Möglichkeit eines Umzuges des Parteibüros diskutiert. In den letzten Monaten hat der Landesvorstand sich konkreter dem Thema zugewandt und im Januar 2008 einstimmig den Umzug in die Bremer Innenstadt im Juni dieses Jahres beschlossen.

Bildungsarbeit/Funktionärsschulung

Eine besonders wichtigste Aufgabe ist die Schulung unserer politischen Nachwuchskräfte und die Bereitstellung von Angeboten zur Qualifizierung und Fortbildung unserer aktiven Mitglieder und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger.

Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung haben wir ein Angebot zur kommunalpolitischen Qualifizierung junger Nachwuchskräfte in Bremen und Bremerhaven konzipiert, die Kommunalakademie-Nord für das Bundesland Bremen. Dort werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kenntnisse und Fertigkeiten zur aktiven politischen Gestaltung in den Kommunen Bremen und Bremerhaven vermittelt. Ergänzt wird dieses Angebot durch die weiterhin regelmäßig stattfindenden Beiräteschulungen, die sich auch an Teilnehmerinnen und Teilnehmer richten, die schon eine kommunalpolitische Funktion innehaben und sich in dieser weiter entwickeln wollen.

Weiterhin bietet der Parteivorstand gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. (SGK) jedes Jahr eine aus drei Wochenend-Modulen bestehende Kommunalakademie für den Führungsnachwuchs an, für die die Landesorganisation je Staffel in der Regel zwei Nachwuchskräfte zur Teilnahme auswählt.

Seit 2007 hat der Parteivorstand über die Parteschule eine Führungsakademie eingerichtet, in der junge Mandatsträgerinnen und Mandatsträger über zwei Jahre besonders qualifiziert werden. Auch aus dem Land Bremen haben sich für die erste Staffel drei Teilnehmerinnen erfolgreich beworben.

Bremer Forum im vorwärts

Seit April 2006 wird das Bremer Forum, unsere vierseitige Regionalbeilage der Parteizeitung vorwärts, redaktionell aus dem Landesbüro heraus erstellt, nur der Aufbau der Seiten wird von einer Agentur geleistet. Wegen der vergleichsweise langen Produktionszeit der Monatsausgaben eignet sich das Bremer Forum weniger für eine aktuelle Berichterstattung. Stattdessen gibt es regelmäßig Informationen zu den politischen Schwerpunktthemen, Berichte aus den Unterbezirken und aus dem Europäischen Parlament sowie viele Informationen rund um das Parteileben in Bremen und Bremerhaven. Die Bürgerschaftsfraktion konnte als fester Kooperationspartner für

das Bremer Forum gewonnen werden. Mit diesem Weg haben wir eine regelmäßige Mitgliederinformation geschaffen, die vorzeigbar und kostengünstig ist.

Internetauftritt der Partei

Die Seite www.spd-land-bremen.de bietet seit dem letzten Relaunch im Sommer 2005 Informationen zu Terminen und Themen sowie zu den Akteuren auf allen Gliederungsebenen der SPD im Land Bremen. Eine Dokumentation der Presseinformationen und der Beschlüsse ist ebenso verfügbar wie Satzungen, Anträge und weitere Materialien zur Parteiarbeit. Zum Büegerschaftswahlkampf wurde mit der Homepage www.jens-boehrnsen.de ein weiteres breites Informationsangebot geschaffen. Die Defizite unserer Homepage bestehen in der nicht optimalen Aktualität und in der nur geringen Interaktivität. Mit einem kleinen Relaunch wollen wir auf diesem Feld im Herbst dieses Jahres besser werden.

Foren und Arbeitsgemeinschaften

Die Arbeit der Foren und Arbeitsgemeinschaften ist eine weitere wichtige Säule der politischen Arbeit der SPD im Land Bremen. In den Foren und Arbeitsgemeinschaften gelingt es, auch Nicht-Mitglieder unserer Partei über die themenbezogene Diskussion an die politische Arbeit der SPD heranzuführen.

Die Arbeit der vier großen, personenbezogenen Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AG 6oplus und AfA ist durch eine Neufassung ihrer Richtlinien organisatorisch auf feste Füße gestellt worden. Gerade bei den Arbeitsgemeinschaften ist auf der einen Seite wichtig, keinen übermäßigen Organisationsaufwand um sich greifen zu lassen, auf der anderen Seite bedarf es aber transparenter Regelungen, um auch hier die Erfordernisse demokratischer Legitimität zu gewährleisten.

Die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften wird ab diesem Jahr ebenfalls klarer strukturiert. Die Arbeitsgemeinschaften erhalten einen Grund-Etat, von dem sie ihre allgemeine politische Arbeit bestreiten. Darüber hinaus können für Veranstaltungen oder Aktionen mit öffentlicher Wirkung Finanzanträge beim geschäftsführenden Landesvorstand gestellt werden, der Landesvorstand wird hierfür eine Topf zur Verfügung stellen.

Weitere politische Arbeit

Jugendpreis

Seit 2001 verleiht die SPD-Landesorganisation Bremen den mit 500 Euro dotierten Jugendpreis an Projekte, Initiativen oder Vereine, in denen sich Jugendliche in besonderer Weise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren.

2006 erhielt das Jugendrotkreuz im Deutschen Roten Kreuz – Landesverband Bremen den Preis für das Planspiel „Outface“. In diesem Planspiel, das mit Schülerinnen und Schülern an verschiedenen Bremer Schulen gespielt wurde, geht es am Beispiel eines Bürgerkrieges in einem afrikanischen Land um die Vermittlung von völkerrechtlichen und humanitären Grundsätzen.

Der Jugendpreis 2007 ging an das „I-Café“, einem integrativen Jugendtreff in Bremen-Nord. Hier kommen Jugendliche mit verschiedenen Behinderungen in ihrer Freizeit zusammen und werden

ehrenamtlich von anderen jungen Menschen betreut. Organisiert wir dieses Angebot vom Nord-Bremer Verein „Miteinander unter einem Dach e. V.“.

Gewerkschaftsrat

Die regelmäßig stattfindenden Sitzungen des SPD-Gewerkschaftsrates wurden auch in dieser Amtszeit des Landesvorstandes fortgesetzt. Zusammen mit den Betriebsbesuchen und den regelmäßigen Gesprächsrunden beim DGB-Regionvorstand bildet der Gewerkschaftsrat die Grundlage der Vernetzung von Partei und Gewerkschaften. Bei vielen Themen, zum Beispiel der Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten, konnte durch frühzeitige Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften gemeinsame Linien diskutiert und entwickelt werden.



Betriebsbesuch bei der Brauerei Beck & Co.: Kurt Beck und seine Gastgeber Thomas Ehmke, Jens Böhrnsen und Carsten Sieling treffen Vertreter des Betriebsrates zum politischen Gespräch.

Foto: Julia Windhoff

Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“

Ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit war und ist der Einsatz für eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung und eine Stärkung der Bremer Beiräte. Die Vorbereitung für den entsprechenden Beschluss des Landesparteitages und die Aufnahme ins Wahlprogramm sowie und in den Koalitionsvertrag sowie vor allem in unserem politischen Handeln wurde von einer Arbeitsgruppe des SPD-Landesvorstandes geleistet, deren Leitung Hermann Kleen und Insa Peters-Rehwinkel innehatten.

Thema/Projektgruppe „Rechtsradikalismus“

Das Thema Rechtsextremismus ist unabhängig von Ereignissen wie dem NPD-Aufmarsch in Bremen-Gröpelingen Anfang November 2006 dauerhaft aktuell und fordert uns kontinuierlich heraus, gegen Faschisten aller Art konsequent vorzugehen und ein demokratisches und friedliches Miteinander zu verteidigen. In der SPD-Projektgruppe ging es um den Informationsaustausch im

Vorfeld des NPD-Aufmarsches, die Vernetzung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und die Verbreiterung des Bündnisses gegen Rechts. Weiteres Ergebnis der Projektgruppe: Über einen Antrag in der Bremischen Bürgerschaft ist es gelungen, die Wiederaufnahme der Berichterstattung des Senats über rechtsextreme Aktivitäten im Land Bremen zu erreichen

Ausblick

Für den neuen Landesvorstand bleibt als größte Herausforderung der weitere Umgang mit einer notwendigen Reform der Arbeits- und Organisationsstrukturen unserer Partei. Dabei muss es vor allem darum gehen, unsere Kampagnenfähigkeit gerade auch mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2011 abzusichern und zu stärken. 2009 stehen mit der Wahl zum Europäischen Parlament und der Wahl zum Deutschen Bundestag zwei sehr wichtige Wahlkämpfe an, bei denen die SPD herausgefordert ist, in einer schwierigen Lage zusammenzustehen und für den gemeinsamen Erfolg zu kämpfen. Direkt im Anschluss müssen wir den Blick schon auf die Bürgerschaftswahl 2011 richten, bei der durch die Änderung des Wahlrechts viele Neuerungen auf uns alle zukommen werden. Hier müssen wir uns frühzeitig organisatorisch wie strategisch aufstellen.

Danke an Jürgen Pohlmann für seine gute Arbeit als mein persönlicher Referent im Landesbüro und an den Landesgeschäftsführer Roland Pahl und sein Team: Sabine Alexandridis, Tim Cordßen, Wolfgang Arnhold, Uli Schinabeck und Henning Schmidtke für ihre Loyalität und gute Arbeit, die häufig weit über das in ihren Arbeitsverträgen definierte Maß hinausging.

Es liegen neue, nicht einfache Aufgaben vor uns, die wir nur geschlossen und mit dem festen Willen zum gemeinsamen Erfolg bewältigen können. Ich bin optimistisch, dass wir die Aufgaben solidarisch meistern werden.

Uwe Beckmeyer
Landesvorsitzender

Notizen

Mitglieder des Landesvorstands

gewählt auf dem Landesparteitag am 25. März 2006

Vorsitzender

Uwe Beckmeyer

Stellvertretender Vorsitzender

Thomas Ehmke

Schatzmeisterin

Ursula Arnold-Cramer

Schriftführerin/Schriftführer

Petra Krümpfer

Beisitzerinnen und Beisitzer

Uwe Besing

Sybille Böschen

Andreas Feddern

Karin Garling

Reiner Holsten

Horst Isola

Karin Jöns

Hermann Kleen, im Juli 2007 ausgeschieden

Janna Köke

Brigitte Lückert

Hartmut Mekelburg

Insa Peters-Rehwinkel

Rolf Prigge

Finanzbericht

Mit einer Vermögensbilanz in Höhe von 19.128 Euro zum 31.12.2005 und in Höhe von -9.400 Euro zum 31.12.2006 war die Landesorganisation in den letzten zwei Jahren nicht auf Rosen gebettet. Zum 31.12.2007 ist der Minussaldo in der Vermögensbilanz aufgrund von Einnahmeausfällen auf -235.322 Euro angewachsen. Wie in der Vergangenheit wird es auch in Zukunft unbedingt erforderlich sein, sehr sorgsam und sparsam mit den Finanzen der Partei umzugehen, damit Kampagnen, Wahlkämpfe und die allgemeine politische Arbeit sowie das hauptamtliche Personal und die Verwaltungsinfrastruktur finanziert werden können.

Die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2006 und 2007 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen betragen 400.894,99 Euro im Jahr 2006, in 2007 reduzierten sie sich auf 392.638,58 Euro. Die Kassierungsquote lag in den Berichtsjahren jeweils nahe 100 Prozent. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug am 31. Dezember 2007 10,06 Euro, damit liegt Bremen im Ländervergleich im oberen Drittel am unteren Rand.

Angesichts der negativen Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren, die sich unmittelbar auf die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und mittelbar auch auf die Einnahmen aus staatlichen Mitteln auswirkt, muss der Beitragsehrlichkeit in Zukunft ein noch stärkeres Gewicht zukommen.

Der Verlust von rund 22.000 absoluten Stimmen bei der Bürgerschaftswahl 2007 gegenüber der Wahl im Jahr 2003 wirkte sich bereits in 2007 spürbar aus und wird sich auch in den Folgejahren unmittelbar negativ auf die Einnahmen aus staatlichen Mittel, die die Landesorganisation Bremen direkt vom Land Bremen und über den bundesweiten Finanzausgleich unserer Partei erhält, auswirken.

Die Haushalte der letzten Jahre waren stark belastet durch die erforderliche Bildung von Rückstellungen für Personalmaßnahmen (Altersteilzeit). Durch das mögliche Abschmelzen der Rückstellungen, nachdem im November 2007 auch die letzte Mitarbeiterin in Altersteilzeit in die passive Phase eingetreten ist, kann ab 2008 bei den Personalkosten ein Spareffekt realisiert werden, der allerdings auch bereits voll in die Plandaten aufgenommen ist.

Mit der Geschäftsführung ist vereinbart, für die administrativen Aufgaben, Personal und Verwaltung, in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2008 500.000 Euro per anno vorzusehen und für Wahlkämpfe befristete Personalverstärkungen vorzunehmen. Es ist zu befürchten, dass die in Aussicht gestellten 500.000 Euro nicht auf Dauer verfügbar sein werden.

Auch für die Finanzen der Landesorganisation war in den Jahren 2006 und vor allem 2007 der Bürgerschaftswahlkampf das herausragende Ereignis: Bereits in 2006 für die Vorbereitung des Wahlkampfes ein Kostenblock von gut 115.000 Euro, davon rund 58.000 Euro als Vorgriff auf den Wahlkampfetat für das Jahr 2007. Damit konnten aus den Geldbeständen zum 31.12.2006 von 66.840 Euro lediglich 17.000 Euro statt der zunächst vorgesehenen 75.000 Euro auf das Jahr 2007 in den Wahlkampfetat übertragen werden. Zur Finanzierung von Aktivitäten zur Schlussmobilisierung wurden später weitere 35.000 Euro aus den Geldbeständen zum 31.12.2006 für den Wahlkampfetat 2007 freigegeben.

Neben dem großen persönlichen Engagement des Parteivorsitzenden Kurt Beck im Bürgerschaftswahlkampf und der vielfältigen organisatorischen Unterstützung durch das Willy-Brandt-Haus hat die Landesorganisation auch eine dankenswerte direkte finanzielle Unterstützung von der Bundespartei in Höhe von 117.500 Euro erhalten.

Die im Jahr 2007 für den Bürgerschaftswahlkampf entstandenen Kosten sind mit 616.537,12 Euro ausgewiesen. Hierin sind rund 91.500 Euro enthalten, die die Landesorganisation als Zuschüsse von den Unterbezirken und Ortsvereinen für gemeinsame Wahlkampfaktivitäten und -materialien, insbesondere für das Stadt-/Stadtteilmagazin erhalten hat. Diese Wahlkampfkosten können nicht bei den Unterbezirken und Ortsvereinen abgebildet werden, da sie hier als Zuschüsse an die Landesorganisation zu buchen sind. Dies hat den Effekt, dass bei der Landesorganisation ein nicht geringer Teil der Wahlkampfkosten der Unterbezirke und Ortsvereine etatisiert sind, während bei den Unterbezirken und Ortsvereinen eher niedrige Wahlkampfkosten verbleiben, dafür aber hohe Zuschussbeträge an Gliederungen zu verbuchen sind.

Die Planung sah vor, im Jahr 2007 rund 145.000 Euro mehr auszugeben als einzunehmen. Der Minusbetrag war zum einen durch die am 1. Januar 2007 vorhandenen Geldbestände gedeckt und zum anderen mittels eines vom Parteivorstand in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung gestellten Kredits zu finanzieren. Die erste Rate des Kredits in Höhe von 25.000 Euro ist durch einen Zuschuss an die Landesorganisation aus dem so genannten Strukturfonds beim Parteivorstand bereits in 2007 getilgt worden. Der Restbetrag ist ab 1. Januar 2008 zinslos gestellt und wird weiter aus Zuschüssen aus dem Strukturfonds bis zum Jahr 2010 vollständig getilgt, das heißt der Kredit ist für die Landesorganisation kostenneutral.

Das tatsächliche Einnahme-Ausgabe-Minus betrug zum 31.12.2007 rund 226.000 Euro. Ursächlich hierfür waren nicht etwaige Mehrausgaben – die Ausgaben überschritten mit 101,71 Prozent den Plan nur geringfügig – sondern die Einnahmen blieben leider deutlich hinter den Erwartungen zurück: Bei den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und aus staatlichen Mitteln erfüllten sich die Planansätze nicht, bei den Einnahmen aus Spenden konnten lediglich etwas über 50 Prozent der Erwartungen realisiert werden. In Zukunft muss hier ein realistischer Blick walten.

Ein Minus in der Vermögensbilanz von über 235.000 Euro zu übergeben ist nicht schön. Berücksichtigt man aber, dass hierin der kostenneutrale PV-Kredit und die Altersteilzeit-Rückstellungen von zusammen fast 200.000 Euro enthalten sind, hellen die dunklen Wolken doch etwas auf. Ein Schatz, der große Sprünge erlaubte, ist leider nicht vorhanden.

Ich werde, nachdem ich die Funktion der Landesschatzmeisterin nunmehr zehn Jahre innehatte, auf dem Landesparteitag am 12. April 2008 nicht wieder für dieses Amt kandidieren. Ich habe gerne für die Partei als Landesschatzmeisterin gearbeitet. Ganz besonders möchte ich mich bei allen Kassiererinnen und Kassierern der Ortsvereine und Unterbezirke und bei den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die lange Zeit der guten Zusammenarbeit bedanken. Wenn es ums Geld geht, ist es ja bekanntlich nicht immer ganz einfach!

Ursula Arnold-Cramer
Landesschatzmeisterin

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2006

I. Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2006

Einnahmen	Ist: 31.12.2006
Mitgliedsbeiträge	400.894,99 €
Sonderbeiträge	155.301,75 €
Spenden	29.709,51 €
Staatliche Mittel	141.934,08 €
Einnahmen aus Untervermietungen	18.274,80 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	2.254,44 €
Zuschüsse von Gliederungen	
vom PV	1.502,23 €
von UBs/OVs	10.456,21 €
	11.958,44 €
Einnahmen aus Veranstaltungen	2.363,00 €
Einnahmen aus Druckschriften	1.500,00 €
Einn. aus sonstiger Tätigkeit	13.945,12 €
Gesamteinnahmen	778.136,13 €

Ausgaben	Ist: 31.12.2006
Personalkosten	
Personalkosten	372.087,06 €
Rückstellungen	44.129,34 €
	416.216,40 €
Verwaltungskosten	151.396,27 €
Politische Arbeit	94.868,90 €
Bürgerschaftswahlkampf	116.179,52 €
Zuschüsse an Gliederungen	28.000,00 €
Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	3,62 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben	806.664,71 €

II. Vermögensübersicht 2006

Saldo vortrag 01.01.2006	19.128,44 €
Einnahmen 2006	778.136,13 €
Ausgaben 2007	806.664,71 €
	- 9.400,14 €

Bestände am 31.12.2006	
Barkasse	2.500,27 €
SEB Girokonto	10.230,19 €
Sparkasse Girokonto	2.861,76 €
SEB Festgeldkonto	50.000,00 €
ATZ-Verrechnungskonto	1.247,96 €
	66.840,18 €
Personal-Rückstellungen	- 126.668,83 €
Insolvenzgesch. Wertguthaben	68.775,85 €
Forderungen am 31.12.2006	4.250,80 €
Verbindlichkeiten am 31.12.2006	- 22.598,14 €
	- 9.400,14 €

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007

I. Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2007

Einnahmen		Ist: 31.12.2007		Ausgaben		Ist: 31.12.2007	
Mitgliedsbeiträge		392.638,56 €		Personalkosten		388.398,60 €	
Sonderbeiträge		161.369,50 €		Verwaltungskosten		134.535,82 €	
Spenden		69.368,94 €		Politische Arbeit		95.584,27 €	
Staatliche Mittel				Bürgerschaftswahlkampf			
Strukturfonds	25.000,00 €			HH Bürgerschaftswahlkampf	590.220,71 €		
Finanzausgleich/PV	79.630,20 €			HH Zuschüsse	2.113,44 €		
Bremische Bürgerschaft	50.708,50 €			HH Personalkosten	24.202,97 €		
	155.338,70 €	155.338,70 €			616.537,12 €	616.537,12 €	
Einnahmen aus Untervermietungen		18.324,80 €					
Einnahmen aus sonstigem Vermögen		1.051,36 €					
Zuschüsse von Gliederungen				Zuschüsse an Gliederungen			
vom PV	1.941,55 €			an UBs	16.000,00 €		
vom PV für Wahlkampf	117.500,00 €			an OV's	500,00 €		
von UBs/OVs für Wahlkampf	91.425,98 €				16.500,00 €	16.500,00 €	
von UBs/OVs	8.841,73 €						
	219.709,26 €	219.709,26 €					
Einnahmen aus Veranstaltungen		1.914,00 €					
Einnahmen aus Druckschriften		3.086,50 €		Vermögensverwaltung inkl. Zinsen		9.635,89 €	
Einn. aus sonstiger Tätigkeit		12.467,49 €		Sonstige Ausgaben		- €	
Gesamteinnahmen		1.035.269,11 €		Gesamtausgaben		1.261.191,70 €	

II. Vermögensübersicht 2007

Saldovortrag 01.01.2007	-	9.400,14 €				
			Bestände am 31.12.2007			
			Barkasse	1.825,73 €		
			SEB Girokonto	- 95.671,74 €		
			ATZ-Verrechnungskonto	3.224,23 €		
				- 90.621,78 €	-	90.621,78 €
			Rückstellungen			
			Personal	- 124.861,88 €		
			Sonstige	- 11.031,50 €		
				- 135.893,38 €	-	135.893,38 €
Einnahmen 2007		1.035.269,11 €	Insolvenzgesch. Wertguthaben			
						68.775,85 €
			Forderungen am 31.12.2007			
						1.795,82 €
			Verbindlichkeiten am 31.12.2007			
			PV	- 75.000,00 €		
			Verbindlichkeiten	- 4.253,24 €		
			Beitragsverrechnungskonto	- 126,00 €		
				- 79.379,24 €	-	79.379,24 €
Ausgaben 2007		1.261.191,70 €				
						- 235.322,73 €
						- 235.322,73 €

Bericht zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung

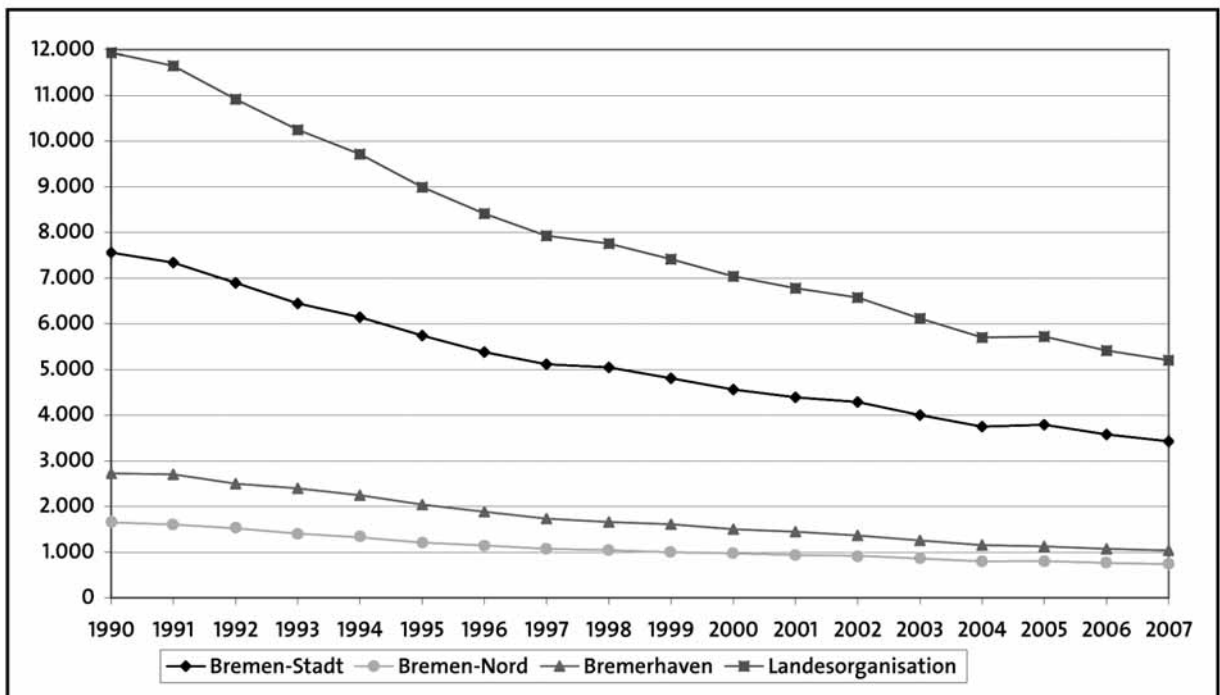
Mitgliederentwicklung

SPD-Landesorganisation Bremen 1990 bis 2007

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	Landesorganisation	Bundeszahlen
31.12.1990	7.559	1.650	2.725	11.934	919.129
31.12.1991	7.337	1.607	2.701	11.645	919.871
31.12.1992	6.897	1.525	2.495	10.917	885.958
31.12.1993	6.443	1.404	2.398	10.245	861.480
31.12.1994	6.143	1.326	2.243	9.712	849.374
31.12.1995	5.740	1.211	2.042	8.993	817.650
31.12.1996	5.379	1.144	1.884	8.407	792.773
31.12.1997	5.116	1.075	1.736	7.927	776.183
31.12.1998	5.043	1.047	1.662	7.752	775.036
31.12.1999	4.808	995	1.608	7.411	755.066
31.12.2000	4.563	973	1.504	7.040	734.667
31.12.2001	4.388	938	1.450	6.754	717.513
31.12.2002	4.285	920	1.365	6.482	693.894
31.12.2003	4.001	861	1.254	6.005	661.278
31.12.2004	3.745	797	1.155	5.652	605.807
31.12.2005	3.785	808	1.126	5.673	590.485
31.12.2006	3.579	763	1.072	5.414	561.239
31.12.2007	3.425	737	1.036	5.198	539.861

Mitgliederentwicklung

SPD-Landesorganisation Bremen 1990 bis 2007



Bericht zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung

Mitgliederentwicklung

Die Zahl der Mitglieder hat sich im Berichtszeitraum von 5.673 am 1. Januar 2006 über 5.414 am 31. Dezember 2006 auf 5.198 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2007 verringert. Der Minussaldo in 2006 betrug 259 und in 2007 betrug er 216, dies entspricht einem Verlust an Mitgliedern im Berichtszeitraum 2006 bis 2007 in Höhe von 8,37 Prozent.

Mit 33,8 Prozent an der Gesamtmitgliederzahl ist der Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft so hoch wie nie zuvor.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2008 bei 58 Jahren und damit um ein Jahr höher als am 31. Dezember 2000. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft ist in der gleichen Zeitspanne von 23 auf 25 Jahre angestiegen.

Die Zahl der Eintritte entsprach mit 161 im Jahr 2006 und 157 im Jahr 2007 dem Niveau der letzten Jahre. Lediglich im Jahr 2005 konnte mit der besonderen Mobilisierung zur Mitgliederbefragung zur Nachfolge von Henning Scherf im Amt des Präsidenten des Senats mit 336 Eintritten eine deutlich positivere Zahl erreicht werden.

Im Jahr 2006 waren 275 Austritte und 98 Todesfälle zu verzeichnen, im Jahr 2007 waren es 273 Austritte und 95 Todesfälle. Damit betrug der Anteil der Austritte in 2006 73 Prozent und der Anteil der Todesfälle 26 Prozent an den Mitgliederabgängen (ohne Umzüge), die Vergleichszahlen für das Jahr 2007 sind: Austritte 74 Prozent, Todesfälle 26 Prozent.

Umfassende Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahresbuches dokumentiert.

Organisationsentwicklung

In den letzten zwei Jahren hat es keine Veränderungen beim Gliederungsaufbau gegeben: Der Unterbezirk Bremen-Stadt besteht weiterhin aus 33 Ortsvereinen, der Unterbezirk Bremerhaven aus 9 Ortsvereinen und der Unterbezirk Bremen-Nord aus 10 Ortsvereinen.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2007 im Unterbezirk Bremen-Stadt bei 104 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbühren mit 15 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder-Steintor mit 253 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven bei 115 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Leherheide-Ost mit 75 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Lehe-Nord/Weddewarden mit 184 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord bei 74 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Rönnebeck mit 38 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burg-Lesum mit 140 Mitgliedern).

Die Zahlen der Mitgliederentwicklung, die auch ganz unmittelbar mit der Finanzentwicklung verknüpft sind, können in Zukunft hinsichtlich des Organisationsaufbaus der Partei auch im Land Bremen nicht weiter ausgeblendet werden. Sie belegen eindrucksvoll – will die Partei ihre Kampagnenfähigkeit erhalten und in einigen Teilen auch erst wieder zurückgewinnen – die dringende Notwendigkeit einer Organisationsreform, die, soll sie konstruktiv und erfolgreich sein, gemeinsam entwickelt und getragen werden muss.

Aber es gibt auch positives zu berichten: Der Landesparteitag am 1. November 2006 hat ein neues Statut für die Landesorganisation beschlossen. Anlass für die Neufassung der Satzung war, dass die durch Veränderung des Organisationsstatut auf der Bundesebene neu geschaffene Möglichkeit, dass Arbeitsgemeinschaften und Foren auf Parteitag Delegierte stellen können, genutzt werden sollte, damit die Partizipation der Arbeitsgemeinschaften und Foren auf der Landesebene gestärkt wird. Die neue Satzung der Landesorganisation hat zum Prinzip, dass alles, was auf der Bundesebene abschließend geregelt ist, nicht mehr in das Landesstatut aufgenommen wird. Hier wird nur noch behandelt, was auf der Landesebene zu regeln ist.

Auch die Richtlinien für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AfA und AG 60plus wurden neu gefasst. Den Arbeitsgemeinschaften wurden damit klare und einfache Regeln sowie eine transparente Struktur für ihre politische Arbeit gegeben.

Seit vielen Jahren wurde immer wieder über eine Veränderung des Standortes des Bremer Parteibüros diskutiert. Mehrere Anläufe führten aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zu einem tatsächlichen Umzug. Nach intensiven Vorbereitungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 hat der Landesvorstand am 11. Januar 2008 einstimmig den Umzug des Parteibüros beschlossen. Im Juni 2008 wird das Parteibüro gemeinsam mit den Büros der Abgeordneten ins Zentrum der Stadt ziehen. Am neuen Standort in der Obernstraße sind wir nah bei den Menschen und die Wege zum Haus der Bürgerschaft, zum Rathaus und zum Büro der Bürgerschaftsfraktion sind kurz.

Entwicklung des hauptamtlichen Personals

Anfang 2007 ist es mit dem Abschluss eines neuen Tarifvertrages gelungen, wieder gleiche Anstellungsbedingungen für alle Beschäftigten in der Landesorganisation Bremen herzustellen. Die Beschäftigten hatten zuvor über drei Jahre lang keine Gehaltserhöhungen erhalten und die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren zu deutlich ungünstigeren Bedingungen angestellt worden. Der neue Tarifvertrag ist ein gemeinsamer Erfolg aller Beteiligten: Gewerkschaft, Betriebsrat, Geschäftsführung und Arbeitgeber.

Nachdem die Mitarbeiterin Renate Brandt im Dezember 2007 in die Passivphase ihrer Altersteilzeit eingetreten ist, wurde zum 1. Januar 2008 die bisher hauptamtlich geführten Buchhaltungen der Landesorganisation und des Unterbezirks Bremen-Stadt weitgehend einem Dienstleister übertragen. Die Unterbezirke Bremerhaven und Bremen-Nord nutzten das Angebot der Landesorganisation, ihre Buchhaltungen ebenfalls diesem Dienstleister zu übertragen, nicht. Mit dem Ausscheiden der Mitarbeiterin Lilo Rehberg aufgrund ihres Eintritts in Altersrente sowie des Eintritts der Mitarbeiterin Rita Pein in die Passivphase ihrer Altersteilzeit gab es mit Andrea Toense im Bremerhavener Parteibüro Anfang 2006 einen personellen Neustart. Im Herbst 2007 schied der Mitarbeiter Johannes Dimpfl aus seiner Beschäftigung bei der Partei aus und wechselte in den öffentlichen Dienst. Die Stelle konnte aufgrund der finanziellen Situation der Landespartei nicht wiederbesetzt werden. Das Nordbremer Parteibüro ist damit nicht mehr hauptamtlich besetzt. Die Betreuung des Unterbezirks Bremen-Nord wird nun, wie es die Ortsvereine des Unterbezirks bereits seit längerer Zeit kennen, vom Landesbüro geleistet.

Betrugen die von den hauptamtlich Beschäftigten insgesamt zu leistenden Arbeitsstunden am 1. Januar 2006 noch 287,25 in der Woche, waren es am 31. Dezember 2007 nur noch 219 Wochenstunden. Die Partei und ihre Funktionärinnen und Funktionäre müssen sich nun darauf einstellen.

len, dass der Personalabbau natürlich Konsequenzen auf das Spektrum der von den Parteibüros zu erledigenden Aufgaben hat. Eine nicht einfache Situation, da die sinkende Zahl an Mitgliedern und die Altersstruktur der Mitgliedschaft eigentlich eine verstärkte Professionalisierung der Parteiarbeit und eine intensivere Unterstützung der ehrenamtlich Aktiven durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei zunehmend erfordert.

Die Landesorganisation hat engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Arbeit in den letzten zwei Jahren. Sabine Alexandridis und Tim Cordßen gebührt mein besonderer persönlicher Dank für die Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Roland Pahl

Landesgeschäftsführer

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Einleitung

Mit der am 27. Juni 2007 geschlossenen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde das Ende der zwölf Jahre währenden großen Koalition aus SPD und CDU besiegelt. Die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven haben mit ihrer Wahlentscheidung am 13. Mai deutlich gemacht, dass ein großer Bedarf an einer politischen Neujustierung bestand und besteht.

Der weitere Prozess zur Konsolidierung der Finanzen bedeutet eine der schwierigsten Phasen in der Geschichte des Landes. Sie ist mit schmerzhaften und für die Menschen in unseren beiden Städten spürbaren Belastungen verbunden. Es ist unsere Aufgabe, nur unbedingt notwendige Einschnitte vorzunehmen und auch unpopuläre politische Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu machen. Nur so kann es gelingen, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem schwierigen Weg mitzunehmen.

Unser Land hat mit der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Regierungsbündnis, das den bevorstehenden Herausforderungen gewachsen ist, den Dialog mit den Menschen in unseren beiden Städten sucht und das für die erfolgreiche Bewältigung der anstehenden Aufgaben tragfähige Lösungen entwickelt.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird die dafür notwendige Politik durchsetzen und ist sich ihrer Verantwortung für das Land bewusst. In diesem Sinne wichtige Impulse gingen von den Klausuren in Lüneburg 2006 und in Hermannsburg im November 2007 aus. Neben den politischen Entscheidungen ist es immer auch die Geschlossenheit und Verlässlichkeit der größten Regierungsfraktion gewesen, die in den vergangenen Jahren positive Signale setzen konnte.

Fest steht: Bereits nach gut acht Monaten Regierungszeit kann sich die Bilanz der neuen Koalition sehen lassen. Die Weichen der bremischen Politik sind neu gestellt, die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft sind gesetzt, eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen ist bereits getroffen und umgesetzt worden. Die parlamentarische Arbeit der vergangenen Monate hat aber auch gezeigt: Die Opposition aus CDU, FDP und DIE LINKE beschäftigt sich mehr mit sich selbst, als mit den Herausforderungen, vor denen unser Land steht.

Rot-Grün hat sich daran gemacht, Haushaltsdisziplin, aktive Wirtschaftspolitik, ökologische Anforderungen und den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten in einer Politik aus einem Guss zusammenzufassen. Denn nur so können wir die Selbstständigkeit unseres Landes dauerhaft sichern und damit Selbstbestimmung und Gestaltungskraft zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens erhalten.

Die Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 hat eine Reihe personeller Änderungen im Fraktionsvorstand gegenüber der vorherigen Legislaturperiode nach sich gezogen. Wiedergewählt wurde Carsten Sieling als Fraktionsvorsitzender. Zu seinen Stellvertretern wurden Birgit Busch und Martin Günthner bestellt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Sibylle Böschen, Karin Garling, Wolfgang Grotheer, Reimund Kasper, Max Liess, Renate Möbius und Jürgen Pohlmann. Nach dem Ausscheiden von Wolfgang Grotheer zu Beginn des Jahres 2008 wurde Björn Tschöpe als Beisitzer in den Fraktionsvorstand gewählt.

Der bisherige Fraktionsgeschäftsführer Frank Pietrzok wurde von den Abgeordneten in seinem Amt bestätigt.

Schwerpunkte der Arbeit in den einzelnen Politikfeldern

Finanzpolitik

Trotz aller bisherigen Anstrengungen und der Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft befindet sich Bremen nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage, aus der sich das Land aus eigener Kraft nicht befreien kann. Angesichts der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen unterstützt die SPD-Fraktion das von Bürgermeister Jens Böhrnsen zu Beginn des Jahres 2006 vorgelegte drei Säulen-Konzept bestehend aus Eigenanstrengungen – Klagen – Verhandeln. Voraussetzung für die Gewährung von Hilfen des Bundes und der Länder ist, dass das Land Bremen alle zumutbaren Eigenanstrengungen erbringt. Grundlage zur Darstellung unserer bremischen Eigenanstrengung ist der zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gemeldete Finanzrahmen. Darin verpflichten wir uns zu einer strikten Begrenzung der laufenden Ausgaben und zu einer Neuorientierung in der Investitionspolitik.

Die Konsolidierung des Haushalts kann über eine Ausgabenreduzierung alleine jedoch nicht erreicht werden. Denn Bremen hat vor allem ein Einnahmeproblem. Neue Perspektiven der Einnahmeverbesserung müssen entwickelt werden. Hierfür hat sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion eingehend mit den Problematiken Steuerhinterziehung, Abgabebetrag, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuergerechtigkeit befasst.

Die Neuorientierung in der Investitionspolitik haben wir Sozialdemokraten maßgeblich in der zurückliegenden Legislaturperiode durchgesetzt. Bremen wird sich nur noch wenige ausgewählte neue Investitionsvorhaben leisten können. Diese müssen dazu beitragen, die Infrastruktur im Lande zu erhalten (Vermögenssicherung), die im Rahmen unserer Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik regionalwirtschaftlichen Effekte hervorzurufen und der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Bremen nachhaltig zu dienen. Oberste Priorität hat die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven (Einwohnergewinnung). Trotzdem werden wir auch im Bereich der Investitionen weiter Ausgaben reduzieren müssen. Orientierung ist das Hamburger Niveau.

Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zielt darauf, durch eine einmalige oder zeitlich gestaffelte Entschuldungshilfe von den nicht tragbaren Zinsausgaben entlastet zu werden. Damit würde die Basis für die dauerhafte Sanierung des Stadtstaates Bremen geschaffen.

Wir Sozialdemokraten werden uns in den Verhandlungen um die zweite Stufe der Föderalismusreform dafür einsetzen, dass in der bundesstaatlichen Ordnung für alle Länder die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume geschaffen werden. Ziel muss es sein, die Gebietskörperschaften finanziell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Insbesondere muss der besonderen Situation des Stadtstaates und der Aufgabenwahrnehmung für die Häfen Rechnung getragen werden.

Im Rahmen der Haushaltssanierung wurden den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren große Anstrengungen abgefordert. Die politische Zustimmung zu diesen Einschnitten ist uns nicht leicht gefallen. Vor dem Hintergrund der Haushaltsnotlage unseres Landes

waren die getroffenen Entscheidungen jedoch alternativlos. Wir werden auch zukünftig bei den Personalausgaben sparen müssen. Doch wollen wir die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erhalten und die Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern. Um den öffentlichen Dienst effizienter zu machen und die bestmögliche Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger bieten zu können, brauchen wir das Know-how und die Motivation der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung stellen eine wesentliche Voraussetzung für kommende Veränderungsprozesse und Innovationen dar. Deshalb werden wir uns weiter für den Erhalt des Personalvertretungsgesetzes mit seinen umfassenden Mitbestimmungsrechten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Betriebsbedingte Kündigungen wird es auch in Zukunft nicht geben.

Ein wesentlicher personalpolitischer Schwerpunkt war die konsequente bedarfsbezogene Übernahme der Auszubildenden im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Ausbildungsquote auf über acht Prozent.

Im Bereich des Beteiligungsmanagement haben wir dafür gesorgt, dass die Strukturen und Regelungen (u.a. Einführung des Public Governance Kodex, Optimierung des Berichtswesens) überprüft und geändert wurden.

Wirtschaftspolitik

Der Koalitionswechsel nach der Bürgerschaftswahl hat wesentliche Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik des Landes Bremen. Nach langer Zeit einer durch die Sanierungszahlungen des Bundes und der Länder wesentlich auf Investitionen zur Stärkung von Wirtschafts- und Finanzkraft ausgerichteten Politik konnten neue Schwerpunkte vereinbart werden. Das nunmehr SPD geführte Wirtschaftsressort wird die im Koalitionsvertrag festgelegten Kurskorrekturen und Neuorientierungen der Wirtschaftspolitik und -förderung offensiv gestalten. Das Land Bremen ist ein Standort mit guter Infrastruktur und starker Wirtschaft. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren wesentlich beigetragen, daran werden wir in den nächsten Jahren konsequent weiterarbeiten. Schon in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode hat sich dabei eine deutlich sozialdemokratische Handschrift gezeigt: Oberste Priorität hat die Sicherung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven. Die Stärken der Standorte Bremen und Bremerhaven sollen gefördert werden. Dabei verfolgt die neue Koalition eine Strategie der systematischen Verzahnung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen, die an bestehende zukunftsorientierte Cluster und Netzwerke in Wirtschaft und Wissenschaft anknüpft und Wissenstransfer als zentralen Entwicklungsmotor begreift.

Zentrale Branchen bleiben maritime Wirtschaft und Logistik, Luft- und Raumfahrtindustrie, Fahrzeug- und Schiffbau. Bei der Entwicklung des Landes Bremen zu einem innovativen, überregional bedeutsamen Standort für Technologie- und Umweltfirmen wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Das Land wurde zur Modellregion Luft- und Raumfahrt, das DLR Institut für Raumfahrtsysteme wurde angesiedelt, die Zahl der Unternehmensgründungen ist gestiegen. Die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung hat begonnen: mehr Darlehen, weniger Zuschüsse, klare Orientierung auf den Mittelstand, Existenzgründungen und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, Bündelung von Wirtschafts- und betriebsbezogener Arbeitsmarktpolitik zu einer echten „one stop agency“. Das Ende der Investitionsförderung für Hotelbauten wurde ebenso beschlossen wie das Auslaufen der Förderung für die Rennbahn und die Unterstützung des Mittelstandes bei der Akquisition von Aufträgen für das europäische Satellitennavigations-

system Galileo. Die Programme der Wirtschaftsförderung befinden sich in der Neuausrichtung: die Investitionsförderung konzentriert sich künftig noch stärker als bislang auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und auf KMU, die Innovationsförderung soll noch stringenter auf Wissenstransfer bis hin zur Marktreife zielen. Der Transfer wissenschaftlicher Forschung und innovativer Entwicklungen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen soll noch unterstützt werden. Es ist verabredet, die Potenziale von UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund und von Frauen intensiver zu nutzen.

Die strategische Steuerung der in der Wirtschaftsförderung tätigen Gesellschaften liegt seit dem Regierungswechsel wieder eindeutig im Wirtschaftsressort. Die bereits erfolgte Fusion von BIA und WfG auf die BIG steht für die Absicht, Transparenz und Effizienz zu erhöhen. Aufgabenstellung und Struktur der Bremer Aufbaubank (BAB) werden derzeit überprüft. Die von der SPD-Fraktion schon in der Großen Koalition durchgesetzte Begrenzung der Gewerbeflächenreserven auf 100 ha wird beibehalten. Neue Gewerbeflächen werden nur strikt bedarfsorientiert bereitgestellt. Das neue Instrument BID (Business Improvement Districts), das auf die Akquisition auch privater Mittel für standortverbessernde Investitionen zielt, steht vor der praktischen Erprobung. Für die Entwicklung eines kohärenten und kostengünstigen Standortmarketings, das die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, hafenbezogenen, kulturellen und touristischen Marketingaktivitäten unter der Dachmarke Bremen und Bremerhaven aufeinander abstimmt und koordiniert, wurden erste Weichen gestellt. Stadtteilinitiativen wurden abgesichert.

Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt unverändert Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Die jüngsten Arbeitsmarktdaten, die einen überdurchschnittlichen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen ausweisen, sind Indiz für den Erfolg dieser Strategie. Ein wesentliches Instrument zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und damit des Arbeitsmarktes der Standorte Bremen und Bremerhaven waren auch 2006/07 Investitionen in die wirtschaftliche, verkehrliche und wissenschaftliche Infrastruktur, ein vielfältiges Angebot an Gewerbeflächen und ein breites Spektrum „klassischer“ Wirtschaftsförderung. Seit der Wahl werden die sozialdemokratischen Vorstellungen einer ressourcensparenden, aber effektiven Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungsinstrumente wie oben skizziert umgesetzt.

Öffentliche Investitionen in Infrastrukturprojekte wie Hafen- und Straßenbau, Stadtentwicklung und Gewerbeflächen bleiben unverzichtbar, die Zeit der mit Sanierungsgeldern finanzierten touristischen Großprojekte ist jedoch vorbei. Die notwendigen Kurskorrekturen der Investitionspolitik wurden von der SPD-Fraktion gegen Widerstände ihres früheren Koalitionspartners durchgesetzt. Trotz mancher berechtigten Kritik haben die Investitionssonderprogramme die Entwicklung des Landes Bremen voran gebracht. Die von der SPD-Fraktion initiierte Politik einer ressourcensparenden, angebotsorientierten und dezentralen Gewerbeflächenpolitik hat sich abermals als für Unternehmen attraktiv und für den Standort richtig erwiesen. Die gute Nachfrage nach Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien beispielsweise in der Überseestadt und in der Airport-city, die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und eine relativ günstige Einwohnerentwicklung sind Indizien einer insgesamt guten Standortentwicklung. Durch das von der SPD erdachte „Impulsprogramm“, das trotz knapper Haushaltsmittel erhalten bleibt, konnten bürgernahe Projekte in den Stadtteilen unterstützt und abgesichert werden. Das Image Bremens als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort hat sich nachhaltig verbessert.

Angesichts des Auslaufens der Sanierungszahlungen und der prekären Finanzlage des Landes forcierte die SPD-Fraktion seit 2005 Kurskorrekturen an der Sanierungsstrategie. Die Bestandsaufnahme der ausgegebenen, beschlossenen und noch verfügbaren Investitionsmittel sowie die geforderte klare Prioritätensetzung scheiterte bis zur Wahl im Mai 2007 insbesondere am CDU-geführten Wirtschaftsressort. Die nun vorliegenden Daten machen deutlich, dass die Spielräume für staatliche Investitionen in den kommenden Jahren durch hohe Vorverpflichtungen sehr klein sind. Notwendiges wird aber auch künftig finanziert werden: So wird die Kaiserschleuse in Bremerhaven ausgebaut, damit der Autoumschlag weiter wachsen kann, die A 281 wird weitergebaut, damit die zunehmenden Verkehrsströme durch Bremen stadtvträglicher werden. Die Überseestadt wird weiterentwickelt, die Straßenbahnen werden ins Umland verlängert, notwendige Gewerbeflächen nachfragegerecht erschlossen. Investitionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen behalten hohe Priorität.

Die Überseestadt hat sich in den vergangenen zwei Jahren als für private Investoren besonders attraktiv erwiesen. Die Entwicklung im und um den Speicher I, der Umbau des ehemaligen Hafenhochhauses und der Bau attraktiver Büro- und Hotelgebäude auf dem ehemaligen Eduscho-Gelände stehen exemplarisch für solche Investorenprojekte. Wesentliche Impulse hierfür gaben die Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie durch das Gebiet und seine direkte verkehrliche Anbindung an die Innenstadt. Auf positive Resonanz der Investoren stieß zudem die Entscheidung, in einigen Bereichen der Überseestadt Wohnen zu ermöglichen, ohne dabei den Bestands- und Entwicklungsschutz für ansässige Unternehmen anzutasten. Die Fertigstellung der Radio-Bremen-Gebäude und der neuen Volkshochschulzentrale im zwischen City und Überseestadt gelegenen Stephaniviertel dürften die Entwicklung des einstigen Hafenreviers ebenfalls günstig beeinflussen. Jetzt geht es darum, Schwerpunkte der weiteren Entwicklung der Überseestadt zu definieren. Wer Flächen in dem attraktiven Gebiet erwerben will, muss sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen.

Als gewerblich-technisch orientierte Gewerbefläche hat sich das ehemalige Vulkan-Gelände so positiv entwickelt, dass eine Erweiterung um frühere BWK-Flächen erforderlich wurde. Mit der Entwicklung des um die Jacobs University Bremen (JUB) herum konzipierten Science Park wurde begonnen. An ihn knüpft sich in Bremen Nord die Hoffnung, mehr wissens- und technologiebasierte Dienstleistungen an den Standort zu binden. In Bremerhaven gehörte neben dem Ausbau der Häfen die Entwicklung des Gewerbegebiets Fischereihafens zu den Schwerpunkten. Durch die gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode ermöglichte Ansiedlung mehrerer bedeutender Unternehmen der Windenergiebranche wurde inzwischen die Grundlage für ein wohl bundesweit einzigartiges Spezial-Gewerbegebiet geschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt des Fischereihafens bleibt die vor allem Fisch verarbeitende Lebensmittelindustrie. In diesem Kontext steht die Weiterentwicklung Bremerhavens zu einem Zentrum der so genannten „blauen“ Biotechnologie. Damit ist der Fischereihafen ein Beispiel für die ökonomisch-ökologische Ausrichtung der neuen Koalition. Der Stärkung der traditionellen Wirtschaftszweige dienen dagegen SPD-Initiativen, die die Erarbeitung eines Innovationsplans für den Schiffbaustandort Land Bremen, die Förderung der Seeschifffahrt und des Reedereistandortes Land Bremen und die Sicherung eines überproportionalen Investitionsanteils für Bremerhaven forderten.

Mittelstand und Neugründungen blieben in den vergangenen beiden Jahren im besonderen Fokus der SPD-Wirtschaftspolitik. Dies zeigte sich in weiteren Entbürokratisierungsschritten, der Verabschiedung eines Mittelstandsförderungsgesetzes, vielfältigen Kontakten zu mittelstän-

discher Wirtschaft und Handwerk, aber auch dem breiten, an den Bedürfnissen von KMU und Gründern orientierten Angebot der Wirtschaftsförderung. Die Gründungsinitiative B.E.G.IN blieb ein Erfolgsfaktor. Bei Ausbildung und Qualifizierung blieben mittelständische Wirtschaft und Staat Partner. Die SPD-Fraktion erreichte, dass im Mittelstandsförderungsgesetz die Eigenverantwortung der Wirtschaft für diese wichtigen Bereiche verankert ist. Im Vorfeld der neuen EU-Förderperiode ist es gelungen, eine deutliche Besserstellung des Bremer und Bremerhavener Umlandes weitgehend abzuwenden.

Die prekäre Haushaltlage stellt auch eine besondere Herausforderung für die Verbraucherpolitik im Lande Bremen dar. Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür eingesetzt, die Verbraucherzentrale aufgabenadäquat auszustatten. Die Benennung eines verbraucherpolitischen Sprechers unterstreicht den Stellenwert dieser Politik in der Fraktion. Neben der Beratung von Verbrauchern in Fragen der Lebensmittelsicherheit wächst angesichts steigender Energiepreise und notwendiger Eigenvorsorge für die Alterssicherung der Beratungsbedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher im Land Bremen. Dem wurde durch die finanzielle Absicherung der Verbraucherzentrale Rechnung getragen. Auf Initiative der SPD forderte das Parlament den Senat u.a. auf, unter dem Portal Bremen-online eine bürgerfreundliche und umfassende Information zum Thema „Verbraucherschutz“ im Lande Bremen bereitzustellen und auf Bundesebene die Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes aktiv zu unterstützen.

Hafenpolitik

Die Seehafenwirtschaft hat für die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven prägende Bedeutung. Über 85.000 Arbeitsplätze in unserem Bundesland sind direkt oder indirekt von der Hafenwirtschaft abhängig. Nach Jahren guter wirtschaftlicher Entwicklung verzeichnen die Häfen seit einiger Zeit einen Boom mit weit über den Prognosen liegenden Zuwachsraten. Der nochmalige Ausbau des CT IV hat sich damit als absolut richtig und notwendig erwiesen, auch wenn die Kosten die bremischen Haushalte noch lange belasten werden. Mit dem Beschluss, die Kaiserschleuse zu modernisieren und zu vergrößern, ist ein weiterer unverzichtbarer Schritt zur Zukunftssicherung der Häfen in Bremerhaven erfolgt. Der Container- und Autoumschlag blieb der Wachstumsmotor der gesamten Hafenwirtschaft. Beide Bereiche wurden weiter ertüchtigt, so dass Bremerhaven auch in der Lage sein wird, mehr als die einst angenommen Mengen aufzunehmen und weiterzuverteilen. Sollte sich die Fertigstellung des als Ergänzung dringend benötigten Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven verzögern, müssen sich die Häfen an der Unterweser auf weitere Mengen- und Effizienzsteigerungen einstellen. Eine erneute Vertiefung des Fahrwassers der Weser ist erforderlich, damit Bremerhaven für die modernste Schiffsgeneration erreichbar bleibt. Wichtige Vorbereitungen wurden in den vergangenen beiden Jahren getroffen.

Der zentralen ökonomischen Bedeutung der Hafenwirtschaft hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht nur durch Entscheidungen zum bedarfsgerechten Ausbau der Hafeninfrastruktur Rechnung getragen. Mit Initiativen zur Schaffung leistungsfähiger Hinterlandanbindungen sowie zur Sicherung der Schnelligkeit und Sicherheit der Häfen engagierte sie sich für die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Häfen. Als Leitfäden der perspektivischen Entwicklung der Häfen selbst wurden für verschiedene Bereiche in Bremen und Bremerhaven Masterpläne und ein Hafenentwicklungsplan erarbeitet. Um die Prosperität der Häfen langfristig zu gewährleisten, haben Mitglieder der Bremer SPD-Fraktion bundesweit immer wieder deren nationale Bedeutung hervorgehoben und die daraus resultierende Verantwortung des Bundes und der Länder eingefor-

dert. Hierzu gehört auch eine angemessene Anpassung der Häfenverkehrsverbindungen an die rasch wachsenden Ladungsmengen. Von hoher Wichtigkeit ist dabei der Warentransport zu und von den Seehäfen über Binnenwasserstraßen. Die Bremer SPD-Fraktion hat sich daher unverändert für den Ausbau der Schleusen in Dörverden und Minden eingesetzt.

Mit der Schaffung Hunderter neuer Arbeitsplätze haben sich die Häfen 2006/07 erneut als Jobmotor erwiesen. Um die Chancen für Arbeitslosen, in Hafenbetrieben neue Stellen zu finden, zu optimieren, wurden Qualifizierungsmaßnahmen teilweise mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung finanziert. Neue Arbeitsplätze entstanden auch in den hafennahen Wirtschaftszweigen wie der Logistikbranche, die zusätzliches Fachpersonal benötigte.

Arbeitsmarktpolitik

Das Land Bremen ist geprägt von seinen prosperierenden Häfen, in denen direkt und indirekt rund 86.000 Menschen arbeiten. Zugleich sind Bremen und Bremerhaven mit dem Stahlwerk und den Werften, einer Vielzahl von Lebensmittelproduzenten, mit Luft- und Raumfahrtbetrieben, Automobil- und Windenergieanlagenbau Standorte mit mehr Industriearbeitsplätzen als manche Städte des Ruhrgebiets. Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, insbesondere die Entwicklung des Landes Bremen zu einem führenden Technologiestandort stehen dem nicht entgegen, sondern schaffen zusätzliche Chancen für Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt. Qualitativ hochwertige Stellen entstanden ebenso in wissenschaftsnahen Betrieben und neu angesiedelten Forschungseinrichtungen wie in traditionellen Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie technologieorientierten Produkt- und Verfahrensinnovationen.

Stellenverluste in der industriellen Produktion konnten durch die gute Entwicklung anderer Bereiche, allen voran durch den Boom der Hafenwirtschaft, aber auch durch die Renaissance des Schiffbaus und die große Nachfrage nach Windenergieanlagen teilweise kompensiert werden. Das 20 Mio. Euro schwere Regionale Sonderprogramm Stahlwerke (ReSoSta), das aus den unerwartet hohen Erlösen beim Verkauf der bremischen Stahlwerke-Beteiligung finanziert wurde, ist mit gezielter Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung vorrangig dem industriell-gewerblichen Sektor und dem Arbeitsmarkt im Bremer Norden zugute gekommen.

Die Konjunkturbelebung begünstigte die Anstrengungen der bremischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung. Es ist gelungen, die gute Konjunktur zu nutzen, um vor allem Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen und die Sockelarbeitslosigkeit abzubauen. Die Arbeitsmarktdaten verbesserten sich teilweise überdurchschnittlich. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Bremen im Bundesvergleich überdurchschnittlich gestiegen. Dass hiervon Bremer und Bremerhavener Arbeitslose nicht in vollem Umfang profitierten, resultiert aus der hohen Zahl hier tätiger niedersächsischer Arbeitnehmer. Dennoch sank die Zahl der Arbeitslosen selbst in der strukturschwachen Stadt Bremerhaven kontinuierlich und deutlich. Sowohl die Arbeitslosigkeit insgesamt als auch die Jugendarbeitslosigkeit gingen nachhaltig zurück. Im Dezember 2007 lag die Zahl der Erwerbslosen 11,9 Prozent unter der im Dezember 2006. Die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen im Land Bremen sank binnen Jahresfrist um 1,6 Punkte auf 11,8 Prozent.

Ungeachtet der insgesamt positiven Entwicklung musste die Arbeitsmarktpolitik der SPD-Fraktion und der Bremischen Bürgerschaft 2006/07 wiederum auf erhebliche Probleme reagieren.

Aktive Arbeitsmarktpolitik behielt im Land Bremen einen hohen Stellenwert. Zwar standen und stehen landeseigene Mittel nur noch in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Anteil Bremens und Bremerhavens an EU-Fördermitteln blieb jedoch überdurchschnittlich hoch. Mehrfach konnte der für Arbeitsmarktpolitik verfügbare Mittelrahmen erweitert werden, indem Bremen im Bund oder von anderen Bundesländern nicht verwendete EU-Gelder einwarb. Ein mit solchen zusätzlichen Mitteln finanziertes Qualifizierungsprogramm für Kita-Kräfte konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Qualifizierung blieb auch in allen anderen Bereichen des Arbeitsmarktes ein wichtiges Instrument: Aus- und Fortbildung sicherten Arbeitsplätze, brachten Arbeitslose in Beschäftigung und trugen dazu bei, dass im wirtschaftlichen Strukturwandel ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Eine stärkere Bündelung von Wirtschafts- und betriebsbezogener Arbeitsmarktpolitik soll künftig sicherstellen, dass Unternehmen für alle Förderfragen nur noch einen Ansprechpartner haben und so zusätzliche Stellen gesichert oder geschaffen werden. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, die in Bremen und Bremerhaven bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative fortzusetzen. Wettbewerbsaufrufe gewährleisten, dass nur geeignete Träger beauftragt und zielgenaue Maßnahmen angeboten wurden. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurden zudem die unabhängigen Arbeitslosen-Beratungsstellen gesichert und spezielle Beratungsstellen für arbeitslose und berufstätige Frauen erhalten, die auch die Berufschancen von MigrantInnen verbessern sollen.

Die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik an den Vorgaben von „Hartz IV“ und die Zusammenführung kommunaler Aufgaben mit denen der Bundesagentur für Arbeit in der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) wurde abgeschlossen. Die Übergänge gestalteten sich teilweise schwierig, dennoch gelang die Umstellung in Bremen und Bremerhaven insgesamt reibungsloser als in anderen Städten, weil hier schon frühzeitig die operativen Gesellschaften Bremer Arbeit (bag) und Bremerhavener Arbeit (BRAG) gegründet wurden, die wie die BAGIS auf Beratung aus einer Hand setzten. Von ihren Erfahrungen profitierten bag und BRAG nicht zuletzt bei der Bereitstellung von bis zu 5.000 Integrationsjobs, bei denen strikt darauf geachtet wurde, dass diese Arbeitsmöglichkeiten zusätzlich waren und keine regulären Arbeitsplätze gefährdeten. Diese Jobs beinhalteten neben der Beschäftigung immer auch Qualifizierung und intensive Unterstützung bei der Bewerbung um reguläre Anstellungen.

Weil manche Arbeitslose aufgrund ihrer persönlichen Umstände trotz solcher Unterstützung kaum Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, hat die SPD-Fraktion einen Bürgerschaftsbeschluss initiiert, der auf ein größeres Angebot sozialversicherungspflichtiger öffentlich finanzierter Beschäftigung zielt. Profitieren sollen hiervon vor allem ältere Arbeitslose. Als ein Beitrag gegen Kinderarmut sollen künftig auch Eltern besondere Chancen auf öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Arbeit haben. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass solche durch öffentliche Mittel mitfinanzierte Beschäftigung vorrangig benachteiligten Stadtteilen und sozialpolitisch wichtigen Projekten zugute kommt. Mit parlamentarischen Anträgen haben wir zudem erreicht, dass sich Bremische Bürgerschaft für angemessene Bezahlung von Praktikanten mit Studien- und Berufsabschlüssen ausgesprochen hat.

Die angesichts des niedersächsischen Umlandes vollzogene Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ging einher mit einem Beschluss der Bürgerschaft, der auf mehr Schutz der Beschäftigten in einer veränderten Arbeitswelt zielte. Das Parlament forderte den Senat auf SPD-Initiative hin u.a. auf, im Bundesrat für eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes einzutreten, um so die Verein-

barkeit von Berufs- und Privatleben zu verbessern. Darüber hinaus verlangten die Abgeordneten entsprechend den veränderten Öffnungszeiten ÖPNV-Verbindungen für die Arbeitswege sicherzustellen.

Auf einen besseren Arbeitnehmerschutz zielt auch das bereits in erster Lesung beschlossene bremische Vergabegesetz, das künftig Tariftreuegesetz heißen und so deutlich machen soll, dass Auftragnehmer der öffentlichen Hand ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen müssen. Außerdem sollen bei vergleichbaren Angeboten künftig solche Unternehmen den Zuschlag erhalten, die ausbilden und Frauen fördern. Dieses Tariftreuegesetz ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der von uns geforderten Mindestlöhne. Die SPD hat nicht nur im Wahlkampf entschieden gegen Dumpinglöhne gekämpft, sondern sich aktiv dafür eingesetzt, dass Vollzeitbeschäftigten existenzsichernde Einkommen garantieren. Das Tariftreuegesetz ist ein Teil dieser Bemühungen. Ein weiterer Beitrag zur Erreichung dieses Ziels ist die Überprüfung aller im Einflussbereich der öffentlichen Hand angesiedelten Arbeitsplätze auf die Zahlung von 7,50 Euro Mindestlohn. Einen Anstoß hierzu gab nicht zuletzt die Große Anfrage der SPD-Fraktion „Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen“. In einer von uns beantragten Aktuellen Stunde diskutierte die Bürgerschaft über das Thema „Arbeit muss auskömmlich sein – Mindestlohn einführen“. Mit dem Wechsel des Koalitionspartners wurde der Weg frei für weitere Schritte auf dem Weg zur Existenzsicherung von Arbeitnehmerinnen.

Obwohl sich die Situation am Arbeitsmarkt spürbar verbessert hat und Hunderte neuer Ausbildungsplätze geschaffen wurden, erhielten längst nicht alle jungen Leute einen Ausbildungsstelle. Ein Problem war und ist, dass zwar viele Betriebe neue Ausbildungsstellen schaffen, zugleich aber bisherige Ausbildungsangebote nicht fortgeführt wurden bzw. werden. Ohne die erheblichen politischen Anstrengungen, zu denen neben vielfältigem persönlichen Engagement u.a. die Finanzierung des Ausbildungsbüro ExAM aus öffentlichen Mitteln, die Steigerung der Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst und ein breites Angebot an schulischen Ausbildungen gehörten, wäre die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot am Ausbildungsplatz allerdings deutlich höher geblieben. Die Vielfalt vollschulischer Ausbildungen und berufsvorbereitender Maßnahmen ermöglichte zwar vielen sonst unversorgten Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung oder den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung. Dieses Engagement der öffentlichen Hand darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass für die duale Berufsausbildung vorrangig die Wirtschaft verantwortlich ist. Mit der Ausbildungsgesellschaft Bremen (AbiG) hat die bremische Verwaltung unter Federführung des Finanzressorts in Kooperation u.a. mit Handwerkern über die herkömmliche duale Ausbildung im öffentlichen Dienst über den eigenen Bedarf hinaus erneut eine Vielzahl betriebliche Verbund-Ausbildungsplätze geschaffen. Damit hat der Senat seine Verantwortung als Arbeitgeber für den Fachkräftenachwuchs in vorbildlicher Weise wahrgenommen. Um alle Chancen zu nutzen und die Ausbildungsbeteiligung junger Leute mit Migrationshintergrund zu erhöhen, wurden bei der Ausbildungsplatzakquisition gezielt Unternehmer ausländischer Herkunft angesprochen.

Wissenschaftspolitik

Mit dem hervorragenden Abschneiden Bremens bei beiden Runden der Exzellenzinitiative wurden die kontinuierlichen Anstrengungen Wissenschaftsbereich erneut eindrucksvoll bestätigt. Drei Einrichtungen der Universität werden für jeweils fünf Jahre von Bund und Ländern gefördert: Die Graduiertenschule für Meereswissenschaften GLOMAR (Global Change in the Marine Realm) und – in Kooperation mit der Jacobs University – die Graduiertenschule für Sozialwissen-

schaften BIGSSS (Bremen International Graduate School of Social Science) sowie das Exzellenzcluster „The Ocean in the Earth System“ (MARUM).

Zur besseren Vorbereitung der Hochschulen auf den wachsenden Wettbewerb und die zunehmende Profilbildung und Konzentration in der Hochschullandschaft hat die Bremische Bürgerschaft im Frühjahr 2007 das Zweite Hochschulreformgesetz verabschiedet, mit dem unter anderem die Hochschulautonomie und die Auswahlmöglichkeiten der Hochschulen beim Hochschulzugang erweitert und umfangreiche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschulen im Land Bremen und in der Region eröffnet werden.

Nachdem der Wissenschaftsetat in den vergangenen Jahren von zunächst 139,2 Mio. Euro im Jahre 1990 auf 245 Mio. Euro im Jahre 2007 erhöht wurde, lässt die Haushaltsnotlage die Einhaltung des im Hochschulentwicklungsplan IV vorgesehenen Ausbaus nicht im mehr im geplanten Umfang zu. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist jedoch nachdrücklich dafür eingetreten, dass das Wissenschaftsbudget nicht gekürzt, sondern auf dem Niveau von 2007 festgeschrieben wird.

Die Hochschulen müssen auch bei knappen Ressourcen die Möglichkeit haben, ihr hohes Niveau in der Forschung zu halten und gute und vielfältige Studienangebote vorzuhalten. Der erreichte Stand an Profildgewinnung sowie wissenschaftlicher und regionalökonomischer Leistungsfähigkeit und Nutzengewinnung muss erhalten bleiben, die Wissenschaftsschwerpunkte weiter entwickelt und die Qualität in Lehre und Lehramtsbildung gesichert und weiter verbessert werden. In diesem Sinne wurde in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, dass aus den Schwerpunktmitteln in den Jahren 2008/2009 p.a. 7,5 Mio. Euro zusätzlich aufgebracht werden, die in eine Verbesserung der Lehre fließen sollen.

Bildungspolitik

Bildungspolitik hat für uns weiterhin höchste Priorität. Dies wird unter anderen dadurch belegt, dass per Nachsteuerungsbeschluss zusätzliche 7,8 Mio. Euro für 2006 und 15,2 Mio. Euro für 2007 bereitgestellt wurden. Die prekäre Haushaltslage und die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängige Klage des Stadtstaates Bremen ließen es allerdings nicht zu, den Bildungsbereich erneut von Personaleinsparungen auszunehmen. Der Wegfall von 30 Lehrerstellen wurde durch Anpassungen bei vielfältigen Sondermaßnahmen und das Programm „Geld statt Stellen“ abgefedert, so dass Unterrichtskürzungen verhindert werden konnten.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die zahlreichen Maßnahmen, die im Land seit den ersten PISA-Ergebnissen ergriffen wurden, 2006 und 2007 verstetigt und weiter ausgebaut wurden. Dazu zählen etwa Sprachstandserhebungen und die gezielte Sprachförderung ein Jahr vor Schulbeginn, der Ausbau der Kooperation von KTHs und Grundschulen, Leseintensivkurse in Klasse 2, Förderkurse und Sommer-Camps für Migranten, Ostercamps gegen das „Sitzenbleiben“, der Ausbau der Vertretungsreserve und der Lehrerfeuerwehr zur Vermeidung von Unterrichtsausfall, Einführung von Fortbildungsbudgets für Lehrkräfte und deren Fortbildungsverpflichtung, der Ausbau interner und externer Evaluation als wichtigen Schritt zu mehr Eigenverantwortung der Schulen. Nachdem über einige Jahre in den bremischen berufsbildenden Schulen im Rahmen des Projektes ReBiz („Regionale Berufsbildungszentren“) mehr Eigenverantwortung im pädagogischen, organisatorischen, personellen und wirtschaftlichen Bereich erfolgreich entwickelt und erprobt wurde und das Schul- und Schulverwaltungsgesetz geändert wurde, sind entsprechende Entwicklungen nun auch im Bereich der allgemein bildenden Schu-

len eingeleitet worden. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich stets für die notenfremde Grundschule eingesetzt; mittlerweile haben 42 Grundschulen im Land Bremen die Genehmigung für eine notenfremde Grundschule.

Seit Jahren hat sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für den Ausbau der Ganztagschulen stark gemacht, da sie ein unverzichtbarer Beitrag zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg sind. Das von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung bereitgestellte Ganztagschulausbauprogramm löste in Bremen eine Antragswelle aus: seit 2002 sind bis zum Schuljahr 2006/2007 in Bremen 34 Ganztagschulen und in Bremerhaven zehn Ganztagschulen entstanden. Im Koalitionsvertrag sind vier neue Ganztagschulen pro Jahr festgelegt, eine davon in Bremerhaven.

Ein wichtiger Schritt für die soziale Integration in den Städten ist ein längeres gemeinsames Lernen und damit die Entwicklung hin zu „einer Schule für alle“. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass bis Frühjahr 2008 ein entsprechender Schulentwicklungsplan vorgelegt werden soll. Auf Bitten der SPD-Bürgerschaftsfraktion und des Parlaments hat die Deputation für Bildung einen Fachausschuss „Schulentwicklung“ eingerichtet. Er besteht aus Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie externen Fachleuten, die Vertretungsorgane der Eltern, SchülerInnen und Lehrkräfte werden einbezogen.

In der 17. Legislaturperiode sollen laut Koalitionsvertrag 1.000 neue LehrerInnen eingestellt werden. Die Absicherung der Lehrerausstattung ist in Vorbereitung und wird mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2008/2009 fortgesetzt. Für Kinder von EmpfängerInnen staatlicher Transferleistungen wird es ein kostenfreies Mittagessen in Ganztagschulen geben. Die SPD-Fraktion hat sich für die Wiedereinführung der Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt; für den bremischen öffentlichen Dienst wurde diese mittlerweile beschlossen.

Innenpolitik

Schwerpunkt unserer innenpolitischen Arbeit war die Kriminalitätsbekämpfung, speziell von Jugend-, Alltagskriminalität und organisierter Kriminalität. Wir haben uns eingesetzt für einen auf fundierten Analysen aufbauenden Ansatz einer ressortübergreifenden Strategie, die sowohl die Bekämpfung von Ursachen, Prävention als auch Repression beinhaltet, und deliktorientiert und täterorientiert (Intensivtäter, Ersttäter) vorgeht. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ liegt nun vor und wird Ausgangspunkt für unsere zukünftige Arbeit sein.

In jüngster Zeit hat die SPD-Fraktion weiter die Einschränkung des Gebrauchs von Waffen durch eine Initiative zur Einrichtung von Waffenverbotszonen veranlasst. Dabei soll insbesondere das Umfeld von Schulen, Jugendeinrichtungen und Diskotheken gesichert und ein möglichst weiter Begriff von gefährlichen Gegenständen, wie zum Beispiel Baseballschlägern, zugrunde gelegt werden. Weitergehende Ansätze zur Entwaffnung gerade von Jugendlichen und Verbotsmöglichkeiten für Anscheinswaffen („Soft-Air-Guns“) werden geprüft.

Die Entschärfung der Situation auf der Disco-Meile ist unter unserer Begleitung und Unterstützung erfolgreich verlaufen. Durch den Einsatz einer besonderen Aufbauorganisation der Polizei (BOA), die Kooperation von Polizei und Stadtamt, die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle, Videoüberwachung, ein Verkehrskonzept und die Novellierung des Gaststättenrechts ist die Disco-Meile sicherer geworden.

Einen besonderen Stellenwert hat für uns der Kampf gegen Rechts, sei es im Parlament, in der Strafverfolgung und als Aufgabe des Verfassungsschutzes oder in der Öffentlichkeit. Der Austausch von Informationen, die Beobachtung rechtsradikaler Aktivitäten, die Weiterentwicklung von Strategien, die Prüfung eines NPD-Verbots-Antrags und das öffentliche Bekenntnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus wie auf der NPD-Demo im November 2006 sind Aufgaben, derer wir uns in der Vergangenheit angenommen haben und denen wir uns stets verpflichtet fühlen. Derzeit wird die Schaffung eines landesrechtlichen Versammlungsgesetzes geprüft, welches den antifaschistischen Auftrag der Landesverfassung auch bei der Entscheidung über die Genehmigung von Demonstrationen besser umsetzt als die bisherigen bundesrechtlichen Regelungen.

Als Herausforderung und Chance begreifen wir das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unseren Städten und haben in diesem Sinne in den vergangenen Jahren an einer gerechten, humanen und volkswirtschaftlich sinnvollen Migrationspolitik gearbeitet. Das ressortübergreifende Integrationskonzept bietet eine gute Grundlage und muss fortgesetzt werden.

Deutliche Verbesserungen hat es im Bereich des Bleiberechts für geduldete Flüchtlinge gegeben, für das wir lange gekämpft haben und das wir weiter im Blick behalten. Die Härtefallkommission konnte ihre Arbeit endlich aufnehmen. Die Arbeit des Ausländeramtes wurde durch verschiedene organisatorische Maßnahmen effektiver und bürgerfreundlicher. Wir arbeiten daran, dass System der Kettenduldungen abzuschaffen und für junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus rechtliche Hemmnisse für eine Ausbildung abzubauen, damit diese nicht dauerhaft auf soziale Transferleistungen angewiesen bleiben.

Das staatliche Lotterierecht wurde entsprechend der Erfordernisse des Bundesverfassungsgerichtes angepasst und vereinfacht.

Besonderes Engagement der SPD-Bürgerschaftsfraktion galt der personellen Ausstattung der Polizei. Wir haben uns kontinuierlich und nachdrücklich für eine bedarfsgerechte Einstellungspraxis und eine kompetente Ausbildung an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (Umstellung auf Bachelor- und Masterabschluss) eingesetzt. Für die neue Legislaturperiode haben wir die Einstellung von 260 Polizeianwärtern in Bremen und 52 in Bremerhaven beschlossen. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird es nur auf freiwilliger Basis geben. Wir werden uns dafür einsetzen die in Bremen mindestens benötigte Personalzielzahl von 2600 Polizisten zu erreichen. Als Selbstverpflichtung haben wir es übernommen, die in der letzten Legislaturperiode durchgeführte Polizeireform auf Nachsteuerungsbedarf hin evaluieren zu lassen. Bei der Feuerwehr ist es gelungen, die sich aus der EU-Arbeitszeitrichtlinie ergebenden Anforderungen in enger Abstimmung mit den Beschäftigten umzusetzen. Die Beschäftigungszielzahl wurde angehoben und auf weitere Einsparungen wurde verzichtet. Zentral bleibt die Erhaltung des bereits unterdurchschnittlichen Schutzziels, nach dem mindestens acht Feuerwehrleute nach zehn Minuten am Einsatzort eintreffen sollen. Durch Optimierung von Kern- und Nebenaufgaben wollen wir die Voraussetzung für eine allmähliche positive Schutzzielanpassung schaffen.

Beiräte

Die SPD-Fraktion hat auch in den letzten zwei Jahren die Arbeit der Beiräte als bürgernahe Entscheidungsgremien und wesentliche Instrumente lokaler Demokratie gefördert. Ein breit ange-

legter Diskurs, an dem sich die Fraktion intensiv beteiligte, hat eine Reihe von Verbesserungsfeldern bei der Ausgestaltung der Rechte der Beiräte aufgezeigt. Einzelne Forderungen, etwa die Ausweitung der Entscheidungskompetenzen der Beiräte und die Einrichtung stadtteilbezogener Budgets, wurden im Koalitionsvertrag vereinbart. Umgesetzt wurde bereits die Neuregelung der Wahl des Ortsamtsleiters durch die Beiräte. Der nach der Wahl neu eingerichtete Bürgerschaftsausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten wird eine Novellierung des Beirätegesetzes erarbeiten die Beiräte unterstützen und fördern sowie ihre Interessen koordinieren und vertreten.

Justizpolitik

Im Bereich der Justiz- und Rechtspolitik engagierte sich die SPD-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren vor dem Hintergrund knapper finanzieller und personeller Ressourcen für eine bürgerfreundliche und effiziente Rechtspflege. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllen können, die Verfahrensdauer liegt trotz hoher Belastung unter dem Bundesdurchschnitt. Als erstes Bundesland hat Bremen den elektronischen Rechtsverkehr mit allen Gerichten und Staatsanwaltschaften eingeführt. Die Einrichtung des Justizzentrums, das alle Gerichte an einem Standort verbindet, steht kurz vor ihrem Abschluss. Wir haben zudem für die Erhaltung des bürgerfreundlichen Widerspruchsverfahrens und den weitgehenden Erhalt der Prozesskostenhilfe gesorgt. Die öffentliche Rechtsberatung durch die Arbeitnehmerkammer wird fortgeführt.

Zur effektiven Bekämpfung der Kriminalität durch nachhaltige Ermittlungen und unverzügliche Strafverfahren wurden bei der Staatsanwaltschaft mehrere Sonderdezernate eingerichtet und personelle Verstärkung vorgenommen. Beim Landgericht wurden drei zusätzliche Strafkammern eingerichtet, durch die der Bestand noch nicht erledigter Verfahren zügig abgebaut und die eingehenden Strafsachen schnell zum Abschluss gebracht werden sollen. Schwerpunkte der Staatsanwaltschaft waren die Verfolgung von (jugendlichen) Intensivtätern und von organisierter Kriminalität, insbesondere in Zusammenhang mit den Taten auf der Disco-Meile. Staatsanwaltschaft und Polizei arbeiteten dabei eng zusammen. Die enge Kooperation mit Präventionsprojekten und außervollzuglichen Einrichtungen wird fortgeführt und ausgebaut.

Wir haben weiter ein modernes, den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entsprechendes Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen, das sich am Erziehungsgedanken orientiert und die Jugendlichen zu einem Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung befähigen soll. Aufgrund geringer Vollzugszahlen und der Haushaltsproblematik ist der Jugendvollzug nicht mit einer eigenen JVA realisierbar, die Unterbringung erfolgt daher mit strikter Trennung in der JVA Oslebshausen. Die Vollzugsbedingungen im Frauenvollzug wurden durch die Verlegung in die JVA Fuchsberg verbessert. Für die gesamte Justizvollzugsanstalt an allen Standorten wurde in der abgelaufenen Legislaturperiode ein detailliertes Sanierungskonzept beschlossen, das bis 2010 schrittweise umgesetzt werden soll. Im Haushaltsplan 2006/2007 wurden dafür jeweils ca. 4.250.000 Euro veranschlagt. Die Maßnahmen umfassen sowohl Innen- als auch Außensanierungen und Maßnahmen der instrumentellen Sicherheit (Mauer- und Zaunanlage, Schlösser etc.).

Mit dem Koalitionswechsel konnte auch die Einführung eines Verbandsklagerechts im Tierschutz auf den Weg gebracht werden. Auf Initiative der SPD wurde die Möglichkeit einer so genannten Feststellungsklage für anerkannte Tierschutzverbände geschaffen. Zugleich wurde eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Änderung des Bundestierschutzgesetzes beschlossen.

Weitere Themen waren u.a. die Verbesserung der Rechte von Opfern von Straftaten, Überschuldung privater Haushalte und Insolvenzverfahren, Datenschutz für Alg II-Empfänger, Patientenverfügungen, Prozesskostenhilfe.

Als SPD-Fraktion haben wir uns in den vergangenen Jahren für die rechtliche und gesellschaftliche Akzeptanz von gleichgeschlechtlich lebenden Menschen eingesetzt. Durch die erforderlichen Anpassungen des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes und das Gleichbehandlungsgesetz hat es wesentliche Verbesserungen gegeben. In der neuen Koalition konnten wir endlich auch die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Besoldungs- und Versorgungsrecht erreichen sowie eine neue, gleichstellende Regelung der Zuständigkeit, des Verfahrens und der Kosten bei der standesamtlichen Begründung von Lebenspartnerschaften. Eine weitere Initiative richtete sich an den Senat mit der Aufforderung, im Bundesrat auf Änderungen bei der Erbschaftssteuer und der Einkommenssteuer hinzuwirken, mit denen eine steuerrechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der erreicht werden soll. Wir haben zudem eine abschließende Revision landesrechtlicher und kommunaler Regelungen eingefordert, um Ungleichbehandlungen zu entdecken und zu beheben. Im Bereich Bildung und Erziehung setzen wir uns für die Vermittlung und die Toleranz der Vielfalt von Lebensweisen und sexueller Identität ein.

Stadtentwicklungspolitik

Das Stadtentwicklungskonzept von 1999 und der Flächennutzungsplan von 2001 werden aktualisiert. Die Rot-Grüne Koalition hat sich auf wesentliche Aspekte sozialer Stadtentwicklung verständigt. Insbesondere soll die Aufwertung von Stadtteilen auf der Grundlage integrierter Handlungskonzepte entwickelt, gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen in Quartieren mit problematischer Infrastruktur verhindert, Chancengleichheit hergestellt und wichtige – auch soziale – Integrationsaufgaben wahrgenommen werden. Stadtentwicklung wird künftig als Querschnittsaufgabe aller Ressorts gehandhabt. Zur Unterstützung der Stadtteilaufwertung wurde das Programm Innenstadt- und Stadtteilentwicklung – Aktionsprogramm 2010 aufgelegt, über das bereits viele Projekte in den Stadtteilen realisiert werden konnten. In das Programm werden nur Maßnahmen aufgenommen, die von den Beiräten unterstützt werden. Weitere Aspekte sind die Vernetzung aller für die Stadtteilaufwertung entwickelter Programme und ihrer Fördermittel sowie die Herstellung von Barrierefreiheit im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum. Die Fraktion hat auf ihrer Klausur in Hermannsburg im November 2007 einen nichtständigen Fraktionsausschuss „Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt“ eingesetzt, der sich mit der Entwicklung der Stadtteile beschäftigen soll.

Das Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren ist seit Juli 2006 in Kraft. Ziel des Gesetzes ist die Quartiersaufwertung. Lokale Immobilienbesitzer, Händler und Dienstleister erhalten durch das Gesetz die Möglichkeit gemeinsam die Initiative zur Aufwertung ihres Einzelhandelsstandortes zu ergreifen.

Das Stephaniviertel wird zu einem Medienstandort aufgewertet. Die Ansiedlung von Radio Bremen ist erfolgt. Weitere Firmen unter anderem aus der Medienbranche haben sich angesiedelt. In das Bamberger Haus sind die Volkshochschule und ein von behinderten Menschen betriebener Supermarkt eingezogen. Die Stephanikirche hat sich als Kulturkirche zum kulturellen Mittelpunkt des Stephaniviertels und weit darüber hinaus entwickelt. Für die Umnutzung des aufgegebenen Schulstandortes wird derzeit Planungsrecht hergestellt. Mit der Aufwertung der Carl-

Ronning-Straße wurde begonnen. Die Beleuchtung der Gebäude am Marktplatz wurde realisiert. Das Parkhaus Langenstraße wurde erweitert.

Die Überseestadt entwickelt sich zur „Boom-Town“. Die SPD-Fraktion unterstützt die bisherige Entwicklung nachdrücklich und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Überseestadt ein Stadtteil für Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen von hoher städtebaulicher Qualität wird. Die Verkehrserschließung der Überseestadt ist bezüglich der Zufahrten weitgehend abgeschlossen die innere Erschließung orientiert sich an der Bebauung. Die Hauptzufahrt erfolgt über das Hansator. Der Waller Ring wurde als Allee gestaltet. Die Linie 3 fährt inzwischen im 10-Minuten-Takt durch die Überseestadt.

Die Bürgerschaft hat im Dezember 2005 beschlossen, dass die Mehrheitsanteile der GEWOBA in kommunalem Besitz bleiben sollen. Die STÄWOG in Bremerhaven soll ebenfalls in städtischem Besitz bleiben.

Das Stadtumbau Tenever wird realisiert. Die modernisierten Wohnungen werden sukzessive vermietet. Die Projektgruppe Tenever ist in die Planungen eingebunden. Auch in Lüssum und Bremerhaven werden Großwohnanlagen im Rahmen des Bundesprogramms Stadtumbau West aufgewertet. Bestandteile dieser Stadtumbauprojekte sind Rückbau nicht mehr vermietbarer Wohnungen, Sanierung beziehungsweise Modernisierung und energetische Optimierung von Wohnraum sowie Quartiersaufwertung.

Wohnungspolitik

Der Wohnungsmarkt in Bremen ist ausgeglichen. Er wird sich im Nachfragesegment weiter differenzieren. Es wird weiterhin einen Bedarf an zusätzlichen Wohnungen geben, und zwar insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen und für Senioren. Der sozialdemokratische Schwerpunkt der Wohnungspolitik liegt bei Wohnungsneubau und Wohnungsmodernisierung innerhalb der bebauten Stadt, bei Aufwertung des Wohnumfeldes und der Schließung von Baulücken unter anderem um die Infrastrukturkosten durch eine größere Anschlussdichte zu senken. Für ältere oder mobilitätsbehinderte Menschen wollen wir erreichen, dass die Wohnungen in denen sie leben ihren Bedürfnissen und ihrer Lebenssituation entsprechend umgestaltet werden. Wir wollen, dass alte, aber auch behinderte Menschen möglichst lange selbständig in ihrer Wohnung leben können.

Beratung über Wohnungsanpassungsmöglichkeiten und alltägliche Gebrauchsgegenstände für mobilitätsbehinderte Menschen gibt es in einer barrierefreie Musterwohnung mit Wohnberatung in der Landwehrstraße, die vom Verein Kom.fort getragen wird.

Nach Abschluss der Evaluation beschloss die Stadtbürgerschaft, das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) bis 2010 fortzuführen und finanziell entsprechend auszustatten. Die Investitionsprogramme WiN und Soziale Stadt sind als Querschnittsaufgabe für alle Ressorts angelegt. Bei den Programmen geht es um Wohnungsmodernisierung, Verbesserung des Wohnumfeldes, neue Arbeitsplätze durch lokale Wirtschaftsentwicklung sowie um die Vernetzung von Angeboten, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Qualifizierung, Beschäftigung, Integration und Prävention sowie um die Initiierung sozialer und kultureller Netzwerke und die Unterstützung von Einwohner-/Mieterinitiativen. Als Ergebnis der Evaluation und auf Beschluss der Bürgerschaft werden die Gebiete Blockdiek und Marßel nach einer dreijährigen Auslaufphase Ende 2007 aus

der WiN-Förderung herausgenommen. Allerdings bleibt die Beratung der Projektgruppe, das Monitoring sowie die Stabilisierung durch WiN angestoßener Projekte gewährleistet.

Ende 2004 fasste die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion einen Beschluss über „Bauwettbewerbe für Qualität und Innovation im Wohnungsbau“. Der Wettbewerb wurde erstmalig 2005 ausgelobt. Ausgezeichnet werden Projekte, die dazu beitragen, das Image Bremens und Bremerhavens als Wohnstandort zu fördern. Für 2008 ist ein weiterer Wettbewerb vorgesehen. In der Jury sind auch Parlamentarier vertreten.

Metropolregion und INTRA

Auf der Grundlage des Beschlusses der gemeinsamen Sitzung der bremischen und niedersächsischen Kabinette vom 4. Juli 2006 sind die Vorbereitungen für die Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten abgeschlossen. Der Verein wurde am 22. November 2007 gegründet. Parlamentarier beider Länder haben Gaststatus in der Metropolversammlung und sind mit beratender Stimme im Vorstand vertreten. Mit dem Interkommunalen Raumstrukturkonzept Region Bremen (INTRA) wird die Grundlage gelegt für eine verbindliche Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften in der Region Bremen. Aufgabenbereiche sind u. a. Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung. Bremen und die Umlandgemeinden bekennen sich damit zu einem Leitbild konzentrierter Siedlungsentwicklung, das durch die Stärken der regionalen Qualitäten den Anforderungen der Nachhaltigkeit, der demographischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gerecht wird. Über das IMAGE-Verfahren erfolgen Abstimmungen über größere Einzelhandelsansiedlungen. Seit 2007 wird an Einzelhandelskonzepten für den Bereich des Kommunalverbundes und für Bremen gearbeitet, die beide miteinander abgeglichen werden. SPD-Funktionsträger aus dem INTRA-Gebiet setzen sich ein für mehr Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit, zum Beispiel im Rahmen eines Regionalverbandes.

Verkehrsinfrastruktur

Wichtigstes Infrastrukturprojekt ist die Schließung des Autobahnringes um Bremen durch den Bau der BAB 281. Auf der Neustadtseite wird die A281 ab 30. Januar 2008 zum Neuenlander Ring (BA 2.1) für den Verkehr freigegeben. Der Bauabschnitt 2.2 bis zur Kattenturmer Heerstraße befindet sich in der Planfeststellung. Die mautfinanzierte Weserquerung ist beschlossen. Die Planfeststellung ist für Ende 2008/Anfang 2009 vorgesehen. Zur bürgernahen Entscheidungsfindung über den Verlauf des Wesertunnels und zum Bauabschnitt 2.2 Neustadt/Kattenturm wurde jeweils ein „runder Tisch“ eingerichtet.

Das LKW-Führungsnetz wurde überarbeitet, damit Wohngebiete noch besser von Durchgangsverkehr entlastet werden. Gewerbegebiete wurden und werden direkt an das überregionale Straßennetz angebunden. Der Senat ist aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass LKW auf innerstädtische Straßen und Landstraßen ausweichen, um Maut zu sparen. Der sechsspurige Ausbau der BAB 27 ist abgeschlossen. Mit dem Weiterbau der B 74 in Bremen-Nord wurde begonnen, die Fertigstellung ist für 2010 vorgesehen. Mit dem Ausbau des Knotenpunktes Osterholzer Heerstraße/Hans-Bredow-Straße/Julius-Faucher-Straße sowie über die Verlängerung der Linie 1 bis Mahndorf wurde begonnen. Die Baumaßnahme soll bis 2008 (Knotenpunkt) und 2009 (Linie 1) abgeschlossen sein.

Der Nahverkehrsplan 2008–2012 für das Gebiet des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen ist beschlossen. Die Linie 4 bis Borgfeld ist – im Hinblick auf die Nutzerzahlen – ein großer Erfolg.

Der Weiterbau nach Falkenberg ist vom Rat der Gemeinde Lilienthal beschlossen. Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses stimmt Bremen dem Bau der Umgehungsstraße zu. Die Verlängerungen der Straßenbahnlinien 1, 2, 8 und 10 werden geplant.

Die Einführung von Regio-S-Bahnlinien wurde beschlossen und ausgeschrieben. Die Angebote liegen seit Dezember 2007 vor. Die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs auf der Farge-Vegesacker-Eisenbahn erfolgte im Dezember 2007. Gefahren wird im 30-Minuten-Takt nach Vegesack mit direktem Anschluss nach Bremen-Hauptbahnhof.

Das Projekt Schwachhauser Heerstraße – Concordia Tunnel ist Bestandteil des Großprojektes Linie 4 und wird mit einem hohen Anteil an Bundesmitteln finanziert. Die Stadtbürgerschaft hat den Umbau der Schwachhauser Heerstraße beschlossen und in diesem Zusammenhang die Breite einer Richtungsfahrbahn auf 5,50 m festgelegt. Außerdem soll zur Reduzierung des LKW-Verkehrs die Wegweisung geändert und der Straßenzug nach dem Umbau aus dem LKW-Führungsnetz heraus genommen werden. Im Zuge dieser Baumaßnahme wird auch die Eisenbahnquerung erneuert und damit die Bahnzufahrt zum Hauptbahnhof erheblich verbessert. Schwachhauser Heerstraße sowie Eisenbahnquerung werden zurzeit realisiert.

Für eine bedarfsorientierte Straßensanierung wurde der Zustand aller Straßen erhoben und in einer Straßendatenbank erfasst. Das Pavement-Management-System wurde eingeführt, um Straßen bedarfsgerecht und kostengünstiger sanieren zu können.

Die Bürgerschaft hat auf Initiative der SPD-Fraktion einen entsprechenden Beschluss gefasst. Ziel ist Bauprojekte kostengünstiger zu gestalten und damit die Belastung der bremischen Haushalte zu verringern. Der Bürgerschaftsbeschluss konnte bisher nicht abgearbeitet werden.

Sozialpolitik

Integration, Bildung, Teilhabe und gute Betreuung sind die Grundlagen sozialdemokratischer Sozialpolitik. In den Koalitionsvereinbarungen für die Zeit ab 2007 sind zentrale Aspekte dieser Grundlage festgeschrieben. Die Bekämpfung von Armut und einer weiteren sozialer Auseinanderentwicklung unserer Stadtteile ist uns ein wesentliches Anliegen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion macht sich auf der Basis einer entsprechenden Fraktionsbeschlusslage für die Einführung eines Sozialtickets stark. Bereits umgesetzt haben wir die Koalitionsabsprache über eine drastische Reduzierung der Umzugsaufforderungen für Menschen im Sozialhilfe- oder ALG II-Bezug. Die bis dahin nicht ausreichenden Mietobergrenzen haben wir auf das Niveau vergleichbarer anderer Großstädte angehoben. Seit 1. November 2007 gelten neue Mietobergrenzen für Bremerinnen und Bremer im Bezug von ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe und Altersgrundsicherung. Damit wird ein erheblicher Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in Bremen geleistet und viele Menschen in Angst um den Verlust ihres sozialen Umfeldes entlastet. Die Anhebung der Mietobergrenzen war aus sozialpolitischer und rechtlicher Sicht dringend notwendig. So wird die existentielle Verunsicherung von Tausenden von Haushalten in Bremen beendet, die bisher Aufforderungen zur Senkung ihrer Unterkunftskosten erhielten, ohne dass entsprechender Wohnraum zur Verfügung stand.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir wollen sie daher in ihren Entwicklungsmöglichkeiten fördern, Familien bei der Kindererziehung stützen und öffentliche Angebote bereitstellen. Wir haben mit den Vereinbarungen in unserem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2007–2011

unserer Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen nicht von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern abhängen dürfen. Wir setzen uns dafür ein, die soziale Teilhabe für alle Kinder zu sichern. Dazu gehört die verstärkte Förderung sozialintegrativer Maßnahmen zur sozialen Teilhabe u.a. durch eine stark vergünstigte Nutzung kommunaler Angebote in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Sport für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Zudem werden wir in Bremen die Kindertagesbetreuung schrittweise auf sechs Stunden ausbauen und das Betreuungspersonal verstärken, die Betreuungskapazitäten für die unter Dreijährigen ausbauen und in den Kindergärten und Grundschulen ein kostenloses Mittagessen für die Kinder von Geringverdienenden bereitstellen. Erste Schritte sind dafür bereits eingeleitet.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern ist ein ganzheitlicher, fortlaufender und lebenslanger Entwicklungsprozess. Seit PISA ist die Bedeutung der frühkindlichen Bildung offensichtlich. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich nachdrücklich für Verbesserungen in diesem Bereich engagiert. Die Unterstützung der Kindertageseinrichtungen hatte dabei Priorität, denn Kindertageseinrichtungen sind die erste Stufe unseres Bildungssystems. Ein zusammenhängendes Curriculum für die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und im Primarbereich bietet die Chance, Entwicklungs- und Bildungsprozesse besser aufeinander abzustimmen und den Übergang in die Schule gezielt zu fördern. Entsprechend wurde ein Rahmenbildungsplan entwickelt. Zur Verbesserung des Übergangs von der Kita in die Grundschule arbeiten im Rahmen des Projekts „TransKiGs“ Kitas und Grundschulen in Verbänden zusammen, um frühkindliche Bildung zu fördern und durch unterschiedliche Programme Erziehungskompetenzen zu stärken sowie frühe Sprachförderung zu erreichen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Bundesinitiative des Senats gegen Kinderarmut mit eigenen Anträgen unterstützt. Dabei soll u.a. die Forderung der Sozialverbände nach einer generellen Erhöhung der Regelleistungen geprüft werden. In Bremen sind fast ein Drittel aller Kinder auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII und dem Sozialbesetzbuch II angewiesen. Diese Initiative hat zum Ziel die Regelsätze für Kinder, die Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe bzw. der ALG II-Regelungen erhalten, zu verbessern. Eltern erhalten für die Versorgung ihrer Kinder bis zu deren vollendeten 14. Lebensjahr 208 Euro und ab dem vollendeten 14. Lebensjahres 278 Euro. Wir setzen uns für ein wissenschaftliches Gutachten zur Überprüfung dieser Regelsätze ein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Kosten der Einschulung (Schulranzen, Mappe etc.) und für schulbezogenes Verbrauchsmaterial, Kosten für besondere schulische Anlässe (Ausfahrten etc.), Kosten für notwendigen Nachhilfeunterricht, Aufwendungen für besondere soziale Anlässe wie Konfirmation/Kommunion und Weihnachten, Beiträge zur Hausrat- und Haftpflichtversicherung, um Kinder vor Risiken zu schützen, Beiträge zu Sportvereinen und für vergleichbare Aktivitäten durch bundesgesetzliche Regelungen übernommen werden. Diese Leistungen sind insgesamt, da bisher dem Anspruch nach im Regelsatz enthalten, vom Bund zu finanzieren. Die entsprechende Regelung in § 6 des SGB II ist dem anzupassen.

Den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung konnten wir verbessern. Dazu gehörte u.a. eine Verstärkung der Personalausstattung in den Sozialen Diensten und im Gesundheitsamt (Verstärkung des Allgemeinen Sozialdienstes Junge Menschen, der Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften, der Erziehungsberatung, des Bereiches der Familienhebammen) und die flächendeckende Einrichtung eines verbindlichen Einladungswesens zur Teilnahme an Früher-

kennungsuntersuchungen für Kinder. Ein kommunales Kinder- und Jugendschutztelefon mit entsprechenden Kinder- und Jugendnotdienst wurde eingerichtet und es ist gelungen, auf Initiative der Bürgerschaftsfraktion hin, die Substitutionsrichtlinien und Verfahrensvorgaben für den Umgang mit substituierenden/drogenabhängigen Eltern zu qualifizieren.

In der Behindertenpolitik ist es im Gefolge der Verabschiedung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes, mit dem der bürgerrechtliche Anspruch behinderter Menschen auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstrichen wird, gelungen, auch die Funktion des Landesbehindertenbeauftragten gesetzlich abzusichern.

Gleichstellungspolitik

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist nach wie vor nicht realisiert und blieb darum in den vergangenen zwei Jahren ein wichtiger gesellschaftlicher Auftrag. Der Koalitionswechsel hat die Chancen verbessert, im Land Bremen und insbesondere in der bremischen Verwaltung einige substantielle Verbesserungen zu erreichen. Ein wesentlicher Fortschritt ist die von der SPD nachdrücklich geforderte und im Koalitionsvertrag verankerte Umsetzung des Gender Budgetings. Die Finanzsenatorin hat zugesagt, schon im Haushalt 2008/09 in allen Ressorts mindestens zwei Pilotprojekte zur Realisierung eines geschlechtergerechten Etats zu verwirklichen. Es geht darum im Land Bremen öffentliche Finanzströme so zu gestalten, dass weder für Frauen noch für Männer strukturelle Nachteile entstehen.

Mit der Verlängerung des Vertrags der Bremer Frauenbeauftragten um weitere zwölf Jahre und einer gesicherten Finanzierung der Landesgleichstellungsstelle ZGF blieben die bewährten frauenpolitischen Strukturen in Bremen und Bremerhaven trotz knapper Haushaltsmittel unangetastet. Sozialdemokratisches Engagement führte zudem zur Absicherung der Beratungsstellen „Frauen in Arbeit und Wirtschaft“ (Bremen) sowie „Frau und Beruf“ (Bremerhaven). In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung blieb die Unterstützung von Frauen eine vorrangige Aufgabe. Qualifizierungsmaßnahmen und Existenzgründungsprogramme wurden darauf ausgerichtet, Frauen eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen. Auch vom sozialdemokratischen Engagement für Mindestlöhne profitieren viele Frauen. Die Beteiligung von Behörden an dem Audit „Familie und Beruf“ steht für das Bestreben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Eine angemessene Repräsentanz von Frauen insbesondere in Führungsfunktionen konnte hingegen nicht erreicht werden, so dass die Strategie des „Gender Mainstreaming“ fortgeführt und flächendeckend umgesetzt werden muss. Die Koalition hat vereinbart, dass die Geschlechterperspektive in allen Entscheidungs- und Controllingprozessen berücksichtigt werden muss, dass alle Ämter und Gesellschaften geschlechtersensibel handeln und Vorlagen die Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit darlegen müssen. Auf Initiative der SPD soll der Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes auf die Gesellschaften ausgeweitet werden.

Der Berufsorientierungstag für Mädchen, Girls Day, fand eine bundesweit herausragende Resonanz.

Gewaltprävention blieb in den vergangenen beiden Jahren ein wichtiges frauenpolitisches Thema. Gegen erhebliche Widerstände gelang es, die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu erhalten. Die SPD-Fraktion engagierte sich gegen Zwangsverheiratungen und regte erfolgreich eine Fortbildung zur fachärztlichen Beweissicherung nach

Vergewaltigungen an. Häusliche Beziehungsgewalt und geschlechtsspezifische Gewaltverhältnisse sollen fester Bestandteil der Curricula in der ErzieherInnen- und LehrerInnenausbildung sowie von Lehrplänen und pädagogischen Betreuungskonzepten werden. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Sport wurde eine entsprechende Selbstverpflichtung von Übungs- und LehrgangleiterInnen erreicht. Auf Schutz vor Vernachlässigung durch die eigenen Eltern zielte neben anderen Maßnahmen das Engagement für eine gezielte Stillförderung. Zugleich setzte sich die SP-Fraktion für frauenspezifische Gesundheitsangebote an. Dabei geht es vor allem darum Migrantinnen und sozial benachteiligte Frauen einen möglichst niederschweligen Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen. Hierfür sollen laut Koalitionsvertrag auch künftig Mittel bereitgestellt werden. Um eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung abzusichern sollen die mit den Frauengesundheitsberichten erhobenen geschlechterspezifischen Daten auch künftig erhoben und bewertet werden.

Mit ihrem jährlich veranstalteten Mentoringprogramm haben die weiblichen Abgeordneten und Senatsmitglieder der SPD in 2006 und 2007 erneut rund 25 Frauen hautnahe Eindrücke in die Politik vermittelt. Einige von ihnen fühlten sich dadurch unmittelbar ermutigt, politisch oder in anderer Form gesellschaftlich aktiv zu werden.

Seniorenpolitik

Der Erhalt von Selbstbestimmung ist ein wesentliches Element unserer Seniorenpolitik. Den Wunsch, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben, teilt der überwiegende Teil der Senioren. Um das Leben in der eigenen Wohnung so lange wie möglich zu unterstützen, werden leicht zugängliche Informations- und Beratungsangebote vorgehalten. Hierzu gehören die Beratungsstelle für barrierefreies Bauen und Wohnen „kom.fort“ und die „Demenz Informations- und Koordinierungsstelle GIKS“, für deren Fortexistenz sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion gegenüber dem Senat mit einer parlamentarischen Initiative eingesetzt hat. Mit den Dienstleistungszentren, den Hauspflegeverbänden sowie dem Sozialdienst im Amt für Soziale Dienste hält die Stadt Bremen ein stabiles Netz von ambulanten Hilfen vor, um ältern Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihnen die notwendige Unterstützung zu geben. In unseren Koalitionsvereinbarungen formulieren wir das Ziel, mit den Einrichtungen und den Leistungsträgern durch eine gemeinsame Initiative die stationäre und vor allem auch teilstationäre Versorgung von Menschen mit Demenz zu verbessern.

Gesundheitspolitik

Die SPD-Fraktion setzt sich für eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung der Menschen im Lande Bremen ein. Bremen und Bremerhaven verfügen über eine Vielzahl leistungsstarker Krankenhäuser, sowohl für die Bremer Bevölkerung als auch für die Menschen des Umlandes. Das Land Bremen hat in der vergangenen Legislaturperiode rund 59 Millionen Euro in Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Krankenhäuser investiert.

Das Rückgrat der bremischen Krankenhausgesellschaft bilden die unter dem Dach der Holding „Gesundheit Nord“ verbundenen vier kommunalen Kliniken. Diese haben insgesamt mehr als 7.000 Beschäftigte. Die Kliniken haben sich auch qualitativ verbessert. Das zeigen der Qualitätsbericht und die Zertifizierungen. Im Klinikführer wird dies öffentlich transparent gemacht.

Um die Kliniken wettbewerbsfähig in die Zukunft zu führen, wurde ein Strategiekonzept entwickelt, das durch vermehrte Kooperation der Krankenhäuser untereinander, die Bildung von Ge-

sundheitszentren mit integrativen Versorgungskonzepten und die Zusammenfassung von patientenfernen Dienstleistungen die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung steigern soll. Ein ganz wesentlicher Baustein dieser Zukunftssicherung ist die zügige Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte, damit eine hochwertige Medizin angeboten werden kann und die Arbeitsplätze in Bremen gesichert werden. Die SPD-Fraktion hat sich durch entsprechende Beschlüsse mehrfach für eine zügige Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte ausgesprochen. Der Einfluss der öffentlichen Hand muss erhalten bleiben, nur so kann eine medizinisch optimale Versorgung für Patientinnen und Patienten gewährleistet und angemessene Arbeitsbedingungen für Beschäftigte gewährleistet werden. Auch der Weg einer dezentralen, wohnortnahen psychiatrischen Versorgung wurde weiterverfolgt, ebenso wie auch Präventionsprogramme zur gesunden Ernährung. Der Bau eines Mütterzentrums in Bremerhaven wird von der Fraktion unterstützt.

Im Bereich des Kindeswohls wurden auf Initiative der SPD verbindliche Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern eingeführt sowie die Substitutionsrichtlinien und Verfahrensvorgaben für den Umgang mit drogenabhängigen/substituierten Eltern qualifiziert. Dazu gehört auch eine stärkere Vernetzung der Angebote zum Schutz vor Misshandlung.

Bereits im Jahr 2006 hat Bremen als erstes Bundesland ein Rauchfreiheitsgesetz für Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Schulen erlassen, das ein Vorbild und Ausgangspunkt für bundesweite Diskussionen über die in den Jahren 2007 und 2008 in den Bundesländern nachfolgenden Nichtraucherschutzgesetzen dargestellt hat (Bremen: 2008).

Die Gesundheitswirtschaft des Landes Bremen ist eine Zukunftsbranche mit besonderer Bedeutung für den Technologie- und Innovationsstandort sowie den Arbeitsmarkt Bremen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt Institutionen, die sich in diesem Bereich engagieren.

Umweltpolitik

Bremen soll zum Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien und Klimaschutz werden. Mit der Ansiedlung mehrerer Unternehmen der Windenergiebranche in Bremerhaven und der Bereitstellung wissenschaftlicher Kompetenz ist es gelungen, zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Für 2008 werden in Bremerhaven bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze in dieser Branche erwartet. Zurzeit wird eine neue Strategie ausgearbeitet, um die Potentiale Bremens beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz optimal zu nutzen.

Lärmschutz hat einen höheren Stellenwert bekommen. Erstmals wurde für die Stadt Bremen eine Lärmkartierung erstellt, auf dieser Grundlage werden nun Maßnahmen zur Vermeidung und Schutz vor Lärm erarbeitet und ab 2008 in enger Abstimmung mit den Beiräten schrittweise umgesetzt. Mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Umweltzone in der Stadt Bremen leisten wir einen Beitrag zum Gesundheitsschutz. Die Einhaltung der Schadstoff-Grenzwerte ist nicht nur eine Vorgabe der EU sondern einklagbares Recht aller Bürgerinnen und Bürger und ein Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität in der Innenstadt. Die SPD-Fraktion hat sich dabei mit ihrer Forderung nach einer niedrigen Einfahrbeschränkung bis 2010 durchgesetzt.

Der Rhododendronpark kann dank einer großzügigen Spende dauerhaft in seiner jetzigen Form erhalten werden und ist weiterhin allen Bremerinnen und Bremern kostenfrei zugänglich. Langfristig wird der bremische Haushalt damit deutlich entlastet. Der Dialog mit dem Landesverband

der Gartenfreunde wurde wieder aufgenommen. Gemeinsam sollen nun Ideen und Lösungen für die Problematik der Leerstände und der Grünflächenpflege entwickelt werden.

Medienpolitik

Der Umzug von Radio Bremen hat die verschiedenen Bereiche der Anstalt an einem Standort zusammengefasst. Dies ermöglicht ein effizientes, modernes Arbeiten mit Fernsehen, Radio, Internet und Verwaltung unter einem Dach und sichert den Bestand der Anstalt. Mit der Reform des Radio-Bremen-Gesetzes haben wir sowohl EU-Richtlinien umgesetzt als auch Anpassungen an die neuen Rundfunkstaatsverträge vorgenommen. Das Kontrollgremium Rundfunkrat wird in seinen Rechten und Möglichkeiten gestärkt, die Gleichstellung von Frauen verbessert und erstmals werden Migranten als gesellschaftlich relevante Gruppe berücksichtigt. Eine Verkleinerung, die Einbindung von Fachleuten und Schulungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Mitglieder des Rundfunkrats sollen eine professionellere Arbeit des Gremiums ermöglichen. Erstmals besteht eine Pflicht zur Veröffentlichung von Tagesordnungen, Protokollen und Unterlagen. Ebenso wird die Anstalt durch die Pflicht zur Rechenschaft über die Verwendung der Gebühren zu mehr Transparenz für den Gebührenzahler verpflichtet. Die Einrichtung einer Publikumsstelle erweitert und vereinfacht die Möglichkeiten zur Einreichung von Beschwerden, Eingaben und Vorschlägen. Die Rechte von freien Mitarbeitern werden gestärkt, zukünftig haben auch diese das Wahlrecht für die Personalvertretung.

Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte

Besonderer Schwerpunkt der Fraktionsarbeit im Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte war die „Europafähigkeit“ der bremischen Verwaltung, d.h. eine bessere Kenntnis über die Vorgänge, Richtlinien und Fördermöglichkeiten. Bei den EU-Haushaltsberatungen ist es gelungen, für den Zeitraum 2007–2013 Strukturfondsmittel in Höhe von 230 Mio Euro zu erhalten. Für die strategischen Ziele der EU in den Bereichen Raumfahrt und Maritime Wirtschaft konnte die wissenschaftliche Kompetenz und das wirtschaftliche Potential Bremens und Bremerhavens eingebracht und damit Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Politik genommen werden. Im ersten Halbjahr 2007 konnten eine Reihe europäischer Veranstaltungen nach Bremen geholt werden, insbesondere das informelle Außenministertreffen und die Tagung zur Meerespolitik. Der im Mai 2007 eröffnete Europa Punkt Bremen bietet umfassende Informationen über alle europabezogenen Fragen und ein Forum für Veranstaltungen und Gespräche. Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen Bremens im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich wurden besonders die Kontakte zu den Partnerstädten Haifa, Danzig, Bratislava, Dalian und Izmir gepflegt. Im interregionalen Bereich haben wir uns für die Weiterführung und Intensivierung von Kooperationen, z.B. in der Wissenschaft, engagiert. In der Entwicklungszusammenarbeit übernimmt Bremen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit den Ländern des Südens. Mit 1,60 Euro je Einwohner ist Bremen trotz seiner Haushaltsnotlage das Bundesland mit den zweithöchsten Ausgaben je Einwohner. Regionale Schwerpunkte sind das südliche Afrika und Indien. Besonderes Augenmerk haben wir im vergangenen Jahr auf eine faire Beschaffung und auf Bildung für nachhaltige Entwicklung gelegt und werden unser Engagement in diesen Bereichen fortführen.

Sport

Sportvereine übernehmen seit Jahren wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben, die kommunale Einrichtungen kaum noch erbringen können. Vertraglich vereinbarte Kooperationen zwi-

schen Sportvereinen und Kindergärten, Sportvereinen und Ganztagschulen sowie zwischen Sportvereinen und Stadtteilentwicklungsprojekten werden künftig von zunehmender Bedeutung sein. Eine Zusammenarbeit dieser Art erleichtert Umstrukturierungsprozesse und bietet neue Betätigung- und Geschäftsfelder für Sportvereine.

Das Sportförderungsgesetz bietet verlässliche Rahmenbedingungen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird eine Änderung des Sportförderungsgesetzes nicht zulassen. Allerdings muss es – wie auch schon in den vergangenen Jahren – auch weiterhin mit Augenmaß gehandhabt werden. Das heißt, nicht jede aufgegebenen Sportfläche wird künftig eins zu eins ersetzt werden können. Der Sportentwicklungsplan bietet die Chance für die Neustrukturierung der Vereine und ihrer Sportangebote, denn die Angebotsnachfrage verändert sich ebenso wie die Altersstruktur der Sporttreibenden. Um darauf rechtzeitig reagieren zu können, braucht es Kooperationen und professionelles Management.

Die Sanierung von Sportanlagen hat weiterhin hohe Priorität. Durch die Neuordnung des Liegenschaftswesens, mit dem Ziel der Werterhalt bremischer Immobilien durch entsprechende Sanierungsprogramme, werden dafür bessere finanzielle Voraussetzungen geschaffen. Die Wettmittel die nach dem bremischen Gesetz dem Sport zur Verfügung stehen, werden auch weiterhin von der Sportdeputation nach den bekannten Kriterien vergeben. Die Übungsleiterpauschale wurde nicht gekürzt. Zuschüsse für die Sanierung von Sportanlagen werden in Bremen seit Jahren davon abhängig gemacht, dass die Bedürfnisse Behinderter berücksichtigt werden, d. h. die Anlagen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben barrierefrei gestaltet werden.

Bäder haben in der Freizeitinfrastruktur einen hohen Stellenwert. Sie sind nicht nur ein anerkannter Standortfaktor, sondern sie erfüllen als Angebot zur Erhaltung der Gesundheit, zur sportlichen Betätigung sowie für den Schulsport auch gesellschaftspolitische Aufgaben. Der Bremer Bäder Gesellschaft betreibt insgesamt 16 Bäder mit einem umfangreichen Sport, Fitness- und Wellnessangebot. In den vergangenen Jahren wurden folgende Bäder saniert und aufgewertet: Hallenbad-Süd, Freibad Horn, Schlossparkbad, Hallenbad Sebaldsbrück, Hallenbad Tenever, Freizeitbad Vegesack. Das Stadionbad wurde im Rahmen eines Moderationsverfahrens mit breiter Bürger- und Vereinsbeteiligung zu einem Naturbad entwickelt. Das neu gestaltete Bad wurde mit der Badesaison 2007 eröffnet. Das Freibad Blumenthal konnte in den Jahren 2006 und 2007 erhalten bleiben und aufgewertet werden. Die Zukunft des Bades ist ungewiss.

Kulturpolitik

Trotz der angespannten Haushaltslage ist es gelungen, ein vielfältiges und breites Kulturangebot zu erhalten, sowohl themenbezogen als auch in den Stadtteilen. Die Neuaufstellung des Kulturressorts hin zu einer schlanken, professionellen Kulturverwaltung ist auf einem guten Weg, ebenso wie die Bündelung aller kulturbezogenen Mittel um eine gezielte Förderung aus einer Hand zu gewährleisten. Damit beenden wir eine unübersichtliche Finanzierung von Institutionen und Projekten aus mehreren Quellen der öffentlichen Hand. Wir ermöglichen den Kultureinrichtungen im Rahmen des Haushalts Planungssicherheit über mehrere Jahre, indem verbindliche Basiskontrakte abgeschlossen werden. Vorbild ist hier das Bremer Theater, dessen Zuschüsse und Eigenbeiträge bis zum Jahr 2013 nun vertraglich abgesichert sind. Somit gewährleisten wir eine transparente und zuverlässige Förderung. Der Umzug der VHS wurde erfolgreich abgeschlossen, zusammen mit Radio Bremen kann die VHS dem Stephaniviertel neue Impulse verleihen und ihre Angebote in neuen modernen Räumen attraktiver gestalten. Das Museum

Weserburg ist wieder im Aufwind, erfolgreiche Ausstellungen haben die Besucherzahlen im vergangenen Jahr deutlich gesteigert. Für 2008 sind weitere, Erfolg versprechende Sonderausstellungen geplant. Der langjährige Rechtsstreit mit dem Gerhard-Marcks-Haus wurde mit einem für beide Seiten zufrieden stellenden Ergebnis beendet. Weitere Schließungen von Bibliotheksstandorten wurden vermieden, dies soll auch zukünftig sichergestellt werden. Wir führen den traditionell engen Dialog mit den Kulturschaffenden kontinuierlich weiter und bemühen uns trotz schwieriger Rahmenbedingungen immer um schnelle und unbürokratische Lösungen. So ist es uns gelungen, für die freien Musiker im ehemaligen Postamt neue Proberäume zu finden.

Carsten Sieling

Fraktionsvorsitzender

Bericht des Präsidenten des Senats

Liebe Genossinnen und Genossen!

An dieser Stelle soll keine detaillierte Übersicht über sämtliche Aktivitäten des Senats gegeben werden. Vielmehr will ich mich im Folgenden auf die Grundzüge und Schwerpunkte der Senatsarbeit konzentrieren. Aber zuvor möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Karin Röpke und Ullrich Nussbaum bedanken, die eine hervorragende Arbeit im Senat geleistet haben. Und alle wissen auch um die hervorragende Arbeit, um die unverzichtbaren Beiträge für die Zukunft unserer Städte Bremen und Bremerhaven, die Renate Jürgens-Pieper, Ingelore Rosenkötter, Willi Lemke und Ralf Nagel in ihren Ressorts leisten. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Wir haben nach zwölf Jahren die große Koalition mit der CDU nicht fortgesetzt. Gleichwohl möchte ich hier ganz selbstbewusst feststellen: Wir haben in den zwölf Jahren Regierungsarbeit mit der CDU unter sozialdemokratischer Führung ganz wichtige und notwendige Schritte eingeleitet und umgesetzt. Wir haben in diesen Jahren die Grundlage gelegt für die positive Arbeitsmarktentwicklung, an der Bremen und Bremerhaven jetzt teilhaben. Auch, wenn in der letzten Zeit der großen Koalition die Lähmungserscheinungen unübersehbar wurden und die CDU ohne eigene Inhalte und Profil vor sich hin dümpelte, wir müssen und wollen die Erfolge dieser zwölf Jahre Zusammenarbeit nicht verstecken.

Mit dem 13. Mai 2007 sind die Weichen in Bremen neu gestellt worden. Die Sozialdemokratische Partei und Bündnis90/Die Grünen haben in den Koalitionsverhandlungen einen Vertrag erarbeitet, der eine hervorragende Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bildet. Das gilt für den Vertrag, aber insbesondere auch für die Art und Weise, wie er erarbeitet wurde. Nicht Ressortdenken und Fingerhakeln um einzelne Themen bestimmen die zukünftige Arbeit, sondern das Selbstverständnis einer gemeinsamen Verantwortung für alle Politikbereiche. Rot-Grün steht für eine geschlossene Mannschaftsleistung. Gemeinsam tragen wir eine neue Schwerpunktsetzung in der Politik für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten.

Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist nach wie vor unerträglich hoch. Die Haushaltsnotlage verengt unsere finanziellen Handlungsmöglichkeiten immer stärker. In dieser Legislaturperiode steht die soziale Frage im Mittelpunkt, das drohende Auseinanderdriften unserer Gesellschaft wollen wir stoppen, die Kopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft müssen wir überwinden. Den Herausforderungen des Klimawandels stellt sich die neue Landesregierung. Wir wollen die ethische Dimension des ökonomischen und politischen Handelns stärken, damit die Würde des Menschen immer gewahrt wird.

Der Senat stellt sich diesen Anforderungen, um Bremen und Bremerhaven zukunftsfest zu machen und lebenswert für alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei haben wir uns drei Schwerpunkte vorgenommen:

- Der Senat setzt sich mit allen Möglichkeiten für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ein.
- Der Senat verstärkt seine Anstrengungen, um den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit in unseren Städten und deren Quartieren zu stärken.
- Und der Senat stellt sich der Aufgabe, die Selbstständigkeit und die finanziellen Lebensgrundlagen Bremens zu sichern.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Bremen und Bremerhaven sind wirtschaftlich starke Standorte. Unsere Häfen sind ein mächtiger Wachstumsfaktor. Die maritime Wirtschaft und Logistik, aber auch Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt oder die Stahlindustrie bilden den Kern unserer starken Wirtschaft, von der nicht nur das Land Bremen, sondern auch die Region und die gesamte Republik erheblich profitieren.

Besondere Zukunftschancen sehen wir im Bereich der Umweltwirtschaft. Schon heute arbeiten im Land Bremen 9.000 Menschen in dieser Zukunftsbranche und erwirtschaften insbesondere in mittleren und kleinen Unternehmen einen Umsatz von 2 Mrd. Euro. Hier liegt ein Potenzial für enormen technologischen Fortschritt, für wirtschaftliches Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Erneuerbare Energie und effiziente Energietechnik sichern und schaffen Arbeitsplätze. Durch den Ausbau zum führenden Standort für Offshore-Windenergie in Deutschland erhält gerade Bremerhaven zusätzliche Impulse zur Bewältigung des Strukturwandels. Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele geleistet.

Durch die Investitionen der Vergangenheit haben wir die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum geschaffen. Wir wollen das Erreichte sichern. Wir haben schon in der großen Koalition dafür gesorgt, dass die öffentliche Investitionstätigkeit nach dem Auslaufen der Sanierungszahlungen den veränderten Umständen angepasst wurde. Jetzt sind wir dabei, durch konsequente Prioritätensetzung auch bei geringerem Mitteleinsatz Bremen und Bremerhaven im nationalen und internationalen Standortwettbewerb weiter zu stärken. Die finanzielle Förderung von Unternehmen ist umgestellt worden und wird zukünftig weitgehend in Form von rückzahlbaren Zuschüssen bzw. Darlehen gewährt. Das spart Kosten. Und wir wollen Ergebnisse und keine Mitnahmeeffekte. Absolute Priorität hat für uns dabei, dass sich die wirtschaftspolitischen Erfolge stärker auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen.

Wissenschaft, Forschung und neue Technologien sind gerade durch ihre Verbindung mit der Wirtschaft Schlüsselfaktoren für die Zukunft des Landes Bremen. Hier entstehen neue Ideen, neue Produkte, hochwertige Arbeitsplätze, hier erhalten junge Menschen eine exzellente Ausbildung. Bremen und Bremerhaven haben als erste im Jahre 2005 den Titel „Stadt der Wissenschaft“ gewonnen. Die Universität spielt im Exzellenzwettbewerb eine herausragende Rolle. Trotz der engen Haushaltsansätze hat der Senat hier – auch finanziell – einen Schwerpunkt gesetzt. Auch bei knappen finanziellen Ressourcen eröffnen wir den Hochschulen die Möglichkeit, ihr hohes Niveau in der Forschung zu halten und gute, moderne und vielfältige Studienangebote zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel für die nächsten Jahre sind ein deutliches Bekenntnis zu den Hochschulen.

Wir knüpfen diese Mittel an die konkrete Bedingung, dass damit eine Verbesserung der Lehre erzielt wird. Wir wollen nicht nur exzellent in der Forschung, sondern wir wollen es auch in der Lehre sein. Dieser Senat wird es nicht hinnehmen, dass zwar 83 Prozent der Akademikerkinder an die Hochschulen gehen, aber nur 23 Prozent der Arbeiterkinder. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen nicht von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern abhängen dürfen. Auch deshalb wird es unsoziale Studiengebühren in Bremen nicht geben.

In der Gewerbeflächenpolitik nehmen wir eine Neubestimmung des Integrierten Flächenprogramms vor, um die planerische Grundlage für eine prosperierende und zugleich flächensparende Gewerbeflächen- und Siedlungspolitik zu legen. Bremen und Bremerhaven besitzen ein

hervorragendes Angebot an Gewerbeflächen. Dies werden wir nachfrage- und bedarfsbezogen weiterentwickeln. Dabei räumen wir der Binnenentwicklung aus ökologischen wie aus ökonomischen und stadtentwicklungspolitischen Gründen Vorrang ein.

Die Wirtschaft braucht eine gute Infrastruktur. Dies gilt gleichermaßen für Straße, Schiene und Wasserwege. Deswegen werden wir uns beim Bund weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Bremen und Bremerhaven berührenden Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans vorrangig verfolgt und zum Abschluss gebracht werden. Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir bei den anstehenden Bauabschnitten der A 281 schnelle und gute Lösungen gefunden. Und das werden wir auch zukünftig so halten.

Für die dauerhafte Entwicklung der bremischen Häfen ist ihre Erreichbarkeit von existentieller Bedeutung. Hierfür hat neben den diversen Vorhaben der Hinterlandanbindung die Sicherung der seewärtigen Zufahrt der Häfen im Lande Bremen die entscheidende Bedeutung. Uns ist es gelungen, auch in dieser Frage einen Lösungsweg zu gehen, der den Weserausbau mit der weiteren naturnahen Gestaltung und dem Hochwasserschutz in Einklang bringt.

Unser Engagement bei der Fertigstellung des Containerterminals IV und dem Ausbau der Kaiser-schleuse schafft die Voraussetzungen dafür, dass Bremen und Bremerhaven weiterhin überproportional vom boomenden Welthandel profitieren. Mit dem Jade-Weser-Port stellen wir gemeinsam mit Niedersachsen sicher, dass dies auch in den nächsten Jahrzehnten so sein wird. Bremerhaven genießt nicht nur in der Wirtschafts- und Investitionspolitik einen besonderen Stellenwert. Die Sanierung und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes werden ohne Bremerhaven nicht gelingen. Auch wenn nach wie vor ein erheblicher Aufholbedarf besteht: In den letzten Jahren sind große Fortschritte gemacht worden.

Wer heute nach Bremerhaven fährt, der sieht eine Stadt im Aufbruch. Die Häfen, die maritime Wirtschaft mit wieder erstarkten Werften, die Offshore-Windenergiebranche, der Tourismus, die Lebensmittelbranche im Fischereihafen und nicht zuletzt Wissenschaft und Forschung mit dem Alfred-Wegener-Institut als Leuchtturm bilden innovative Wachstumskerne, die in der Vergangenheit erheblich ausgebaut worden sind und auch noch weiter ausgebaut werden. Daran arbeiten wir weiter in enger Zusammenarbeit mit dem Magistrat.

Dieser Senat hat es sich zur Aufgabe gemacht, dass wirtschaftliches Wachstum und Prosperität sich auch in der Schaffung und Sicherung von echten, existenzsichernden Arbeitsplätzen niederschlagen muss. Uns ist nicht damit geholfen, dass Unternehmen wachsen, die Gewinne sprudeln und gleichzeitig Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir müssen es schaffen, dass alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Und dass diejenigen, die den ganzen Tag arbeiten, auch davon leben können. Hierfür müssen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

Der Senat hat gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Berlin eine Bundesratsinitiative für eine flächendeckende Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen gestartet und im Bundesrat eingebracht. Und wir kehren auch vor der eigenen Haustür. Wir sind derzeit dabei, in allen Bereichen sicherzustellen, dass keine Beschäftigungsverhältnisse bestehen, in denen ein Entgelt von unter 7,50 Euro gezahlt wird. Zur Verhinderung von Dumpinglöhnen bei öffentlichen Aufträgen gehört darüber hinaus die umfassende Weiterentwicklung des Vergabegesetzes.

Der beste Weg zur Verhinderung von dauerhafter Arbeitslosigkeit ist die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hier stehen Staat und Unternehmen gleichermaßen in der Verantwortung. Auch wenn durch gemeinsame Anstrengungen in den letzten Jahren Erfolge erzielt werden konnten, dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass noch zu viele junge Menschen ohne Ausbildung und qualifizierte Jobs bleiben. Wir erwarten auch von der Wirtschaft angesichts des drohenden Fachkräftemangels engagierte Beiträge. Und der Senat gewährleistet eine hohe Ausbildungsquote auch im öffentlichen Bereich.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Bremen und Bremerhavens Lebensqualität und Attraktivität beruhen ganz wesentlich darauf, dass es uns gelungen ist, auch in schwierigen Situationen den sozialen Zusammenhalt in den Städten und in den Quartieren zu erhalten und zu stärken. Wir wollen Chancengleichheit und Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und gesellschaftlichen Wohlstand sichern und verwirklichen.

Auch bei begrenzten Mitteln und der Notwendigkeit einer weiteren restriktiven Haushaltsführung hat der Senat einen Schwerpunkt in der Sozial-, Kinder- und Jugendpolitik sowie in der Bildungspolitik gelegt. Dies ist auch finanziell messbar. Der Schlüssel für die Überwindung sozialer Spaltung liegt in einer frühzeitigen und individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Aus diesem Grund bauen wir die Kindertagesbetreuung sowie die Angebote in den Schulen Zug um Zug aus.

Aber wir verschweigen auch nicht die finanzielle Wahrheit: Die Verabredungen, die wir hierzu getroffen haben, die schrittweise Anhebung der Betreuungszeit auf sechs Stunden, das kostenlose Mittagessen für Kinder von Geringverdienenden zunächst in den Kindertagesheimen, der Ausbau der Betreuungskapazitäten für die unter Dreijährigen und die personelle Verstärkung in den Gruppen, der weitere Ausbau der Ganztagschulen stellen gerade auch unter finanziellen Gesichtspunkten eine enorme Herausforderung dar. Angesichts der Finanzlage Bremens werden die Maßnahmen nicht flächendeckend in einem Schritt umgesetzt werden können. Vielmehr konzentrieren wird uns zunächst auf die sozial benachteiligten Stadtteile.

Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn immer noch viele Schülerinnen und Schüler – gerade mit Migrationshintergrund – ohne Schulabschluss die Schule verlassen und so schon früh Entwicklungs- und Integrationschancen verlieren. Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Ein längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein wichtiger Schritt. Den Weg zu einer „Schule für alle“ gehen wir pragmatisch an, ohne uns eine ideologische Diskussion aufzwingen zu lassen. Der Blick auf PISA-Vergleichsländer, die beständig besser abschneiden, lässt keinen Zweifel daran, dass im gemeinsamen Lernen, im Lernen über den ganzen Tag und im möglichst intensiven und frühen Fördern der Kinder der Schlüssel für Bildungserfolge liegt. Wir müssen fortfahren mit der Verbesserung der Qualität des Unterrichts, mit dem Ausbau der Ganztagschulen: vier jedes Jahr, davon eine in Bremerhaven.

Wir haben überdies verabredet, dass in dieser Legislaturperiode 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer in Bremen und Bremerhaven eingestellt werden. Die Entlastungen, die aus dem Rückgang der Schülerzahlen resultieren, werden bei den Schulen bleiben, um gezielte Verstärkungs- und Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen. Auch hierbei werden wir nicht mit der Gießkanne vorgehen. Wir wollen uns auf die Quartiere konzentrieren, in denen besonderer Handlungs- und Inte-

grationsbedarf oder besondere Problemlagen bestehen. Nur wenn wir es schaffen, dass nicht nur die Guten noch besser werden, sondern dass wir in der Fläche, in der Summe besser werden, dass wir die Benachteiligten nach vorne bringen, haben wir wirklichen und dauerhaften Erfolg. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir an der Lehr- und Lernmittelfreiheit festhalten, und dass wir keine allgemeine Studiengebühr erheben. Beides würde nur dazu führen, dass unsere Bestrebungen zunichte gemacht werden, diejenigen heranzuführen, die von zu Hause aus schlechtere Startbedingungen haben als andere.

Diese Koalition wird in allen Politikbereichen die Interessen der Stadtteile in besonderer Weise berücksichtigen und sich dabei auf die Stadtteile mit gezielten Schwerpunktsetzungen konzentrieren, in denen der Handlungsbedarf besonders groß ist. Zur Stärkung der Stadtteile gehört in erster Linie, die Menschen zu motivieren, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen. Demokratie heißt Teilhabe, und Teilhabe ist nichts Abstraktes, sondern findet ganz konkret vor Ort statt. Aus diesem Grund haben wir die Stärkung der Beiratsrechte und die Wahl der Ortsamtsleiter durch die Beiräte auf den Weg gebracht. Wir wollen die Ortsämter zu Zentren des Stadtteilmanagements entwickeln, mit der Befähigung und dem Auftrag, sich aktiv und gestaltend in die Themen des Stadtteils einzumischen. Dazu braucht es mehr direkte Entscheidungskompetenzen und entsprechende finanzielle Mittel. Der Bedeutung und der Wertschätzung dieser Form der lokalen Demokratie werden wir dadurch gerecht, dass Beiratsangelegenheiten erstens an die Senatskanzlei angebunden wurden, und zweitens die unmittelbare Zusammenarbeit zur Bremischen Bürgerschaft intensiviert wurde.

Über die Lebensqualität und Attraktivität Bremens für die Menschen, die hier leben, entscheiden ganz wesentlich die Stadtteile und ihre Angebote. Die Akteure dabei reichen vom Sportsenator mit seinen Sportflächen und der wertvollen Unterstützung der Vereine mit ihrer großartigen ehrenamtlichen Arbeit über die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales mit ihren Angeboten für Alte, Kinder und Jugendliche, über den Innensenator mit der Polizei bis hin zum Kultursenator mit der vielfältigen und bunten Kulturszene. Gerade der Sport – der Breitensport, aber auch der Spitzen- und Publikumssport – ist in der Lage, Menschen unterschiedlicher Bildung, Einkommen, Lebensalter und Herkunft zusammenzuführen und bietet vielen jungen Menschen die Chance, am sozialen Leben unserer Stadt teilzunehmen. Alle müssen gemeinsam und aufeinander abgestimmt handeln.

Auch die innere Sicherheit ist zentral, wenn es darum geht, die Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten. Der Senat setzt auch in diesem Bereich einen deutlichen Akzent, gerade was den personellen Einsatz angeht. In den nächsten Jahren werden für die Polizei Bremen 260 Polizeianwärter neu eingestellt. Bremerhaven erhält die Mittel für 52 Neueinstellungen. Damit stellen wir sicher, dass sie mit Abschluss ihrer Ausbildung alle ausscheidenden Polizisten ersetzen werden. Dies stellt eine erhebliche, aber wichtige Kraftanstrengung dar.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Senat dem Problem der Jugendkriminalität. Die steigende Zahl jugendlicher Straf- und Gewalttäter betrachten wir mit großer Sorge. Wir haben daher Anfang dieses Jahres ein gemeinsames Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt!“ vorgelegt und beschlossen, in dem die unterschiedlichen Ansätze und Möglichkeiten der beteiligten Ressorts Inneres, Justiz, Jugend und Soziales sowie Bildung zu einem wirksamen Maßnahmenbündel zusammengefasst wurden.

Wie die innere Sicherheit gehört das Gesundheitswesen zu den Kernbestandteilen öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Frage, ob jemand eine notwendige medizinische Versorgung erhält, darf nicht von seiner sozialen Herkunft und seinem Einkommen abhängig sein. Aus diesem Grund haben wir die kommunalen Krankenhäuser nicht dem privaten Renditekalkül überlassen. Deshalb bleiben alle vier kommunalen Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft. Sie bieten für die Menschen der Region wichtige und hochwertige medizinische Dienstleistungen und sind zugleich Arbeitgeber für tausende Bremerinnen und Bremer.

Unsere Krankenhäuser zukunftsfest zu machen, wird ein hartes Stück Arbeit. In der gemeinsamen Zukunft der bremischen Krankenhäuser haben alle Kliniken ihren eigenständigen Platz und ihr wahrnehmbares Profil. Der Neu- und Umbau des Klinikums Bremen-Mitte auf Grundlage des Masterplans KBM ist dabei eine zentrale Maßnahme, wenn es um die Zukunftsfähigkeit des Verbundes geht. Der Senat hat bei der Beendigung des PPP-Verfahrens sehr deutlich gemacht, dass die Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Hand und den Privaten nicht die sein kann, dass der Staat für das Risiko und die Privaten für das Geldverdienen zuständig sind.

Ein entscheidender Beitrag und große Bedeutung für die Lebensqualität und den Zusammenhalt in unseren Städten kommt der Kultur zu. Die Sicherung der Chancengleichheit des Einzelnen in der Gesellschaft erfolgt in hohem Maße über die Beteiligung am kulturellen Leben. Kultur wirkt in den Stadtteilen, aber auch in vielen Bereichen, denn Kultur ist auch Bildung, Wissenschaft, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Soziales. Die kulturelle Vielfalt ist ein besonderes Kennzeichen Bremens. Deshalb sorgt dieser Senat für verlässliche Rahmenbedingungen unserer Kultureinrichtungen und Initiativen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Land Bremen steht nach wie vor unter einem erheblichen finanziellen Druck. Die schwierige Haushaltslage schnürt unsere Handlungsspielräume extrem ein. Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, um diese Haushaltsnotlage zu bewältigen und werben gleichzeitig im Rahmen der Föderalismusreform für eine gerechte Behandlung im bundesstaatlichen Finanzsystem.

Wir wissen, dass in einigen Bereichen die Grenze des Zumutbaren beim Sparen erreicht ist und neue Herausforderungen bewältigt werden müssen. Grundlage zur Darstellung unserer Eigenanstrengungen ist der nach Karlsruhe gemeldete fortgeschriebene Finanzrahmen. Darin verpflichten wir uns, die Investitionsausgaben schrittweise auf das Niveau Hamburgs zurückzufahren, die Steuermehreinnahmen im vollen Umfang zur Verringerung der Kreditaufnahme einzusetzen, die Personalausgabenzuwächse von 2008 bis 2011 auf jährlich 1 Prozent zu begrenzen und die konsumtiven Ausgaben 2008 um 0,9 Prozent und 2009 um 0,7 Prozent abzusenken.

Dies bedeutet für die Regierungskoalition, dass wir unsere skizzierten Schwerpunkte nicht durch „Draufsatteln“ umsetzen können, sondern uns durch Umsteuerung und Verzicht selber erwirtschaften, ja erarbeiten müssen. So werden die notwendigen Personalverstärkungen an den Stellen, wo der Bürger sie braucht – wie bei der Polizei, in den Schulen, im Jugendbereich – darüber finanziert, dass gleichzeitig in anderen Bereichen, in den Kernbereichen, bei internen Verwaltungen, in ganz erheblichem Umfang eingespart wird. Hierfür muss die Effektivität und Effizienz weiter gesteigert werden. Aber auch das sei ausdrücklich gesagt: Wir werden es nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durchsetzen, sondern mit ihnen. Ein

wichtiges Signal ist in diesem Zusammenhang, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird.

Vieles Wünschenswerte, das muss man ganz offen sagen, ist nicht finanzierbar. Wir müssen darüber, was notwendig ist, einen öffentlichen Diskurs führen, unsere Entscheidungen immer wieder transparent machen und klare Prioritäten setzen – im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die finanziellen Anstrengungen, die wir machen, sind kein Selbstzweck. Wir wissen, dass das, was wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben, auch darüber entscheidet, ob Bremen und Bremerhaven eine sichere Zukunft haben. Die Selbständigkeit Bremens ist kein antiquierter Status. Selbständigkeit bedeutet Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Interessen unmittelbar wahrnehmen können. Sie bedeutet direkte, eigene schnelle Entscheidungsmöglichkeiten, von denen die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven profitieren. Es ist Stärke und Chance eines Stadtstaates, eigene Gestaltungskraft und Entscheidungskompetenz mit Bürgernähe und Transparenz zu verknüpfen.

Vor uns liegt noch eine Menge Arbeit. Dafür möchte ich ganz herzlich um die Unterstützung von euch allen bitten. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass das sozialdemokratische Profil dieser Regierung trotz aller guten Zusammenarbeit immer ganz klar auch erkennbar bleibt, liebe Genossinnen und Genossen. Wir waren keine Rot-Schwarzen und wir sind keine Rot-Grünen, wir sind und bleiben Rote.

Bürgermeister Jens Böhrnsen

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seite 63
Arbeitsgemeinschaft 6oplus (AG 6oplus)	Seite 66
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 69
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Seite 71
Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)	Seite 73
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) ..	Seite 75
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	Seite 77
Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport)	Seite 80
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in der Region Bremen-Nordwest	Seite 81
Forum Eine Welt (Internationaler Ausschuss)	Seite 84
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Seite 86

Berichte der Arbeitskreise und Projektgruppen

Arbeitskreis „Neues Grundsatzprogramm“	Seite 87
Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung“	Seite 89

Berichte der Kommissionen

Bericht der Landesschiedskommission	Seite 90
---	----------

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Landeskongressen

Auf der Landeskongress der Jusos am 29. April 2006 wurde Thomas Ehmke nach fünf Jahren aus dem Amt des Landesvorsitzenden verabschiedet und der bisherige Landesgeschäftsführer der Jusos, Tim Cordßen, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Inhaltlicher Schwerpunkt der Landeskongress waren die Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Bremen und Bremerhaven ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl. Diskussionspartner auf der Landeskongress waren Bürgermeister Jens Böhrnsen, der Fraktionsvorsitzende Carsten Sieling sowie der Juso-Bundesvorsitzende Björn Böhning.

Im Mittelpunkt der Juso-Landeskongress am 29. September 2007 standen unter dem Motto „Zukunftschancen gerecht verteilen – Anforderungen an den neuen Senat“ Anträge zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen. Gast der Landeskongress war wiederum der Fraktionsvorsitzende Carsten Sieling.

Inhaltliche Schwerpunkte

Für die Juso-Arbeit der letzten zwei Jahre lassen sich insbesondere vier inhaltliche Schwerpunkte herausstellen: der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Diskussion über die Situation und notwendige Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und in der beruflichen Bildung, die Debatte um das neue SPD-Grundsatzprogramm, sowie die kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Im Kampf gegen Rechts veranstalteten wir nicht nur diverse Workshops und Diskussionsrunden zum Thema, sondern beteiligten uns natürlich auch an den Demonstrationen in Bremen und Umgebung. So nahmen wir gemeinsam mit großen Teilen der Bremer SPD an der Großkundgebung gegen den Nazi-Aufmarsch am 4. November 2006 in Gröpelingen teil. Außerdem beteiligte sich die Juso-Landesorganisation an Demonstrationen gegen den Hotelverkauf an Neonazis in Delmenhorst und nahm an einer Demo gegen den Parteitag der DVU in Bremerhaven teil.

Bürgerschaftswahlkampf 2007

Die Jusos in der SPD-Landesorganisation Bremen haben sich mit eigenen Materialien und Aktionen am Wahlkampf der SPD beteiligt und waren mit insgesamt ca. 50 Genossinnen und Genossen an den Wahlkampfaktivitäten beteiligt. Wie schon in den letzten Wahlkämpfen haben sich die Jusos im Bürgerschaftswahlkampf dabei nicht nur in ihren Ortsvereinen engagiert, sondern als Junges Team unseren Bürgermeister Jens Böhrnsen und weitere Kandidaten auf ihren Veranstaltungen und Infostandtouren begleitet und tatkräftig unterstützt. Außerdem nahmen wir an zahlreichen Veranstaltungen der SPD in Bremen und Bremerhaven teil. Die Bremer Jusos unterstützten die Mindestlohnkampagne der SPD und sammelten viele Unterschriften.

Betriebsbesuche/Kontakt zu Gewerkschaften und jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Der Landesvorstand der Jusos Bremen besuchte im Oktober 2006 das Betriebsgelände der Lloyd-Werft in Bremerhaven und diskutierte mit dem Betriebsrat der Werft über Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Schiffsbau und insbesondere auf der Lloyd Werft.

In einem Gespräch mit dem Vorstand der DGB-Jugend sind mögliche inhaltliche Kooperationen besprochen und grundsätzlich verabredet worden. Sowohl die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen der Gewerkschaften als auch der direkte Kontakt mit jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen von Betriebsbesuchen soll ein Schwerpunkt der Arbeit des nächsten Landesvorstandes sein.

Teilstrukturen

An der Universität Bremen sind die Jusos weiterhin an der linken Bündnisliste „Asta für Alle“ beteiligt, die bei den letzten Wahlen zum Studierendenrat mit 6 Sitzen wieder stärkste Einzelfraktion wurde. Auch das Juso-Frauen-Netzwerk besteht weiterhin und hat im Dezember 2007 mit seiner Veranstaltungsreihe FrauenSalon begonnen.

Neu gegründet wurde eine Landeskommision Internationales und der Arbeitskreis Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Bundesverband

Neben der Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn und das neue SPD-Grundsatzprogramm stand auf Bundesebene die Feier 100 Jahre IUSY im Mittelpunkt, die mit Gästen aus aller Welt im Sommer 2007 in Berlin gefeiert wurde. Die Juso-Landesorganisation wurde bis zum Bundeskongress im November 2007 von Claudia Bogedan im Bundesvorstand vertreten. Auf den Bundeskongressen 2006 und 2007 haben sich die Delegationen der Jusos aus Bremen und Bremerhaven an den zentralen Debatten und an der Erstellung von Anträgen in diesen Themenbereichen beteiligt.

Bildungsmaßnahmen

Auch in den letzten zwei Jahren gab es ein breites Bildungsangebot der Juso-Landesorganisation. In den Seminaren zur Kapitalismuskritik, zu Rechtsradikalismus und dem Grundwerteseminar spiegelt sich die inhaltliche Schwerpunktsetzung wieder. Mit dem Seminar zur Kommunikation politischer Prozesse wurden insbesondere die neueren Mitglieder intensiv auf den Wahlkampf vorbereitet. Im Juni 2006 veranstalteten wir ein Neumitgliederseminar, in dem die Geschichte der Sozialdemokratie und der Jusos den neuen Mitgliedern näher gebracht wurde. Im Vorfeld der geplanten NPD-Demo in Bremen-Gröpelingen veranstalteten wir am 2. November 2006 gemeinsam mit der Grünen Jugend Bremen ein Tagesseminar unter dem Titel „Aktiv gegen Rechts“. Der Referent Cornelius Peltz informierte über die Verwendung von Symbolen in der rechten Szene, anschließend hielt der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Herbert Wulfekuhl, ein Referat über wirksame Strategien, Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Im Rahmen der vom Juso-Bundesverband prämierten und von Claudia Bogedan initiiert und geleiteten Grundwerte-Seminarreihe der Juso-Landesorganisation wurde im Oktober 2007 über „Grundsätze der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“ diskutiert. Gemeinsam mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern entwickelten die Landesvorstandmitglieder eigene Grundsätze und diskutierte die Entwurfsfassung für ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Am 10. Februar 2007 besuchten die Bremer Jusos das Lidice Haus in Bremen-Nord. Gemeinsam mit dem Referenten Andrea Müller wurde über Probleme mit der wachsenden rechten Szene im Bremer Umland diskutiert. Im November 2007 fand ein Juso-Verbandswochenende statt, auf dem verschiedene inhaltliche Schwerpunkte miteinander kombiniert wurden. Zum Auftakt fand ein Gespräch mit dem Staatsrat für Jugend und Soziales, Joachim Schuster, über die Grundlagen sozialistischer Politik statt, weitere Schwerpunkte waren die inhaltliche Vorbereitung des Juso-Bundeskongresses und die Arbeitsplanung der Juso-Landesorganisation.

Die Jusos haben auch in den vergangenen zwei Jahren unter Beweis gestellt, dass sie ein nicht verzichtbarer Bestandteil der SPD sind und sowohl zur politischen Arbeit als auch zu den Kampagnen der Partei wichtige Beiträge liefern. Wir bedanken uns bei den anderen Arbeitsgemeinschaften, den Ortsvereinen und den Funktionären der SPD, mit denen wir gut zusammengearbeitet haben und freuen uns auf die vor uns liegenden Aufgaben.

Tim Cordßen

Juso-Landesvorsitzender

Katherina Drinkuth

Juso-Landesgeschäftsführerin

Arbeitsgemeinschaft 60plus

Während des Wahlzeitraumes 2006–2008 fanden acht Landesvorstandssitzungen und fünf Landesdelegiertenversammlungen, davon eine Vorstandssitzung in Bremerhaven, statt.

In der Landesvorstandssitzung am 9.2.2006 wurden die Neuwahlen des Landesvorstandes für die Wahlperiode 2006–2008 vorbereitet. Während dieser Landesdelegiertensitzung Ende Februar 2006 wurde der 60plus-Landesvorstand neu gewählt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Bernd Grottke (UB-Stadt), zu den Stellvertretenden Vorsitzenden wurden Günter Maske (UB Bremen-Nord) und Karl-Otto Harms (UB Bremerhaven) gewählt. Für den Bundesausschuss 60plus wurde Bernd Grottke, zum Stellvertreter Karl-Otto Harms gewählt. Außerdem wurden die 6 Landesdelegierten für die Landesparteitage der SPD bestimmt. Die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieder wurden mit einem Blumenstrauß verabschiedet. Die vormalige 1. Vorsitzende Lena Rohdenburg wurde mit großem Applaus bedacht.

In der Vorstandssitzung im März 2006 wurde die Teilnahme der drei 60plus-Unterbezirke an dem diesjährigen Aktionstag am 5.4.2006 abgestimmt. Dieser hatte dieses Jahr das Thema „Kommune als soziale Heimat für Jung und Alt“.

In der Vorstandssitzung am 4.5.2006 Berichtete Bernd Grottke von der Bundesausschuss-Sitzung in Berlin. Weiter wurden die dort erarbeiteten ersten Eckpunkte für das neue Parteiprogramm vorgestellt und beschlossen, dieses Thema auch intern weiter zu verfolgen. Außerdem wurde beschlossen, dass 60plus an der Erarbeitung des Wahlprogramms für die Bürgerschaftswahl im Jahre 2007 in der entsprechenden Kommission teilnehmen sollte, wie auch in der Bremer Programmkommission für das neue Grundsatzprogramm für die SPD. Für beide Kommissionen wurde Bernd Grottke bestimmt. Die nächste Vorstandssitzung wurde für den 8.6.2006 anberaumt. Auch wurde beschlossen, die Vorstandssitzungen nicht mehr turnusmäßig, sondern nach Bedarf, der von jedem UB festgestellt werden soll, durchzuführen.

Die Vorstandssitzung am 26.9.2006 wurde im SPD-Parteibüro Bremerhaven unter Vorsitz von Karl-Otto Harms abgehalten. Es wurde auch die Delegiertenversammlung am 26.10.06 vorbereitet. Diese fand im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer in Bremen statt. Es mussten die Delegierten für die SPD-Landesparteitage neu gewählt werden, da die Wahl im Februar wegen inzwischen ausgeräumter Satzungsunstimmigkeiten ungültig war. Weiter wurden die Themen Gesundheitsreform, Pflegeversicherung und Heimrecht diskutiert, und es wurden entsprechende Anträge an den Landesparteitag verabschiedet. Bernd Grottke berichtete aus der Wahlkampf- und der Satzungskommission. Alle Delegierten wurden aufgerufen, an der Demo gegen die NPD am 4.11.2006 in Gröpelingen teilzunehmen. Diese Demo fand unter Beteiligung vieler unserer Delegierten aus allen drei Unterbezirken statt. Wir hatten ein eigenes Banner unter dem Motto „Zeitzeugen fordern: Nie wieder Faschismus!“

Am 12. Dezember 2006 wurde im Hotel zur Post wie jedes Jahr bei einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen ein Jahresrückblick gegeben und Perspektiven für 2007 aufgezeigt.

Die Vorstandssitzung Anfang Februar 2007 diente in der Hauptsache der Vorbereitung unserer Beiträge zur Bürgerschaftswahl, des diesjährigen Aktionstages und unserer Anträge für den Landesparteitag. Während des Landesparteitages Mitte Februar brachten wir in der Diskussion um das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl unsere Ergänzungswünsche und Präzisierungen ein. Sie wurden aufgenommen.

Bei der im Februar stattgefundenen Regionalkonferenz der SPD in Bremen waren ebenfalls 60plus-Mitglieder dabei.

Der Aktionstag 2007 fand wie jedes Jahr in Bremen unter den Arkaden des Parlamentsgebäudes statt. Die Genossinnen und Genossen in Bremerhaven führten eine entsprechende Veranstaltung durch. In Bremen-Nord wurde eine andere Terminierung gewählt. Das Thema der Veranstaltung war diesmal „Jung und Alt gemeinsam klüger“. Viele unserer Bürgerschaftsabgeordneten, Bürgermeister Jens Böhrnsen, unsere Senatorinnen und Senatoren und auch unser Landesvorsitzender Uwe Beckmeyer haben dieses Forum genutzt, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Der Aktionstag war ein großer Erfolg für uns, und mit Freude darüber gingen wir in die Osterferien. Umso schockierender und unfassbarer war für uns alle am Tag nach Ostern die Nachricht vom tragischen Tod von Dieter Hellersberg.

Während des Frühjahres 2007 war unser ausschließliches Thema der anstehende Wahlkampf. Im Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 13.05.2007 war 60plus durch zahlreiche Mitglieder am Wählerhaus vertreten. Ein eigenes 60plus-Flugblatt hat besonders die für Ältere wichtigen Punkte unseres Wahlprogramms herausgestellt. Das Flugblatt wurde von den Passanten gut angenommen und führte zu zahlreichen Diskussionen.

In der 60plus-Landesdelegiertenversammlung am 5.6.2007 herrschte große Trauer wegen des Todes von Dieter Hellersberg und Carl-Heinz Schmurr. Es wurde eine Gedenkminute eingelegt. Als Beisitzerin für den Landesvorstand wurde als Nachfolgerin für Carl-Heinz Schmurr die Genossin Johanna Döring-Milbradt gewählt. Außerdem wurden die sechs Teilnehmer für den 60plus-Bundeskongress am 22./23. November 2007 in Aschaffenburg gewählt. Die Bahnfahrt nach Aschaffenburg war ziemlich strapaziös, besonders die Rückfahrt über Düsseldorf wegen zahlreicher Gleisbaustellen. Die beiden Kongresstage waren ebenfalls sehr anstrengend, aber sehr interessant. Wegen des dicht gedrängten Programms und der Vielzahl von Anträgen kam unser von einer großen Zahl von Unterschriften getragener Initiativantrag zur Erhöhung des Grundsicherungsbetrages wegen der enormen Lebensmittelpreiserhöhungen nicht zur Abstimmung und wurde an den nächsten 60plus-Bundesausschuss verwiesen. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Besuch von Kurt Beck, der die AG 60plus als sehr wichtige Parteigliederung ansieht, jedoch zur Beantwortung vieler an ihn gerichteter Fragen keine Zeit hatte.

In der Bundesausschusssitzung am 22. November 2007 wurde nach langer und hitziger Diskussion der Antrag ebenfalls abgelehnt. Begründung: Die Realisierung würde eine Abkehr von der aktuellen Rentensystematik bedeuten und sei wohl nicht machbar.

Zum Jahresabschluss 2007 fand wie jedes Jahr eine gemeinsame Delegiertenversammlung aller drei 60plus-Unterbezirke im „Hotel zur Post“ statt mit einem Jahresrückblick auf 2007. Bernd Grottko berichtete von der Bundesausschusssitzung in Berlin. Die Ablehnung unseres Initiativantrages stieß unter den Delegierten auf großes Unverständnis.

Allgemein ist zu sagen, dass während der letzten zwei Jahre unsere Anträge auf den unterschiedlichsten Politikfeldern in den SPD-Landesdelegiertenversammlungen stets akzeptiert und mit großen Mehrheiten verabschiedet und weitergeleitet wurden.

Sehr gut war auch unsere Einbindung in die Diskussion und Endfassung des Wahlprogramms. Unsere Anregungen und Ergänzungswünsche wurden größtenteils aufgenommen und finden sich auch in der Koalitionsvereinbarung wieder.

Bernd Grottko

Landesvorsitzender 60plus Bremen



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Am 13. März 2006 wurden folgende Genossinnen in den Landesvorstand der ASF gewählt: Annegret Ahlers (Vors.), Karin Garling, Antje Grotheer und Ulrike Schlüter (stellv. Vors.), Ursula Arnold-Kramer, Doris-Paula Baumgardt-Ackermann, Serpil Briese, Nada Brkic, Sybille Böschen, Gisela Hülsbergen, Gisela Schwarz und Barbara Wulff (Beisitzerinnen). Der Landesvorstand der ASF tagte regelmäßig im Bremer Parteibüro, im Juni 2006 außerdem in Bremerhaven. Auf der 17. ordentl. Bundeskonferenz der ASF vom 22. bis 24. September 2006 in Berlin wurde Annegret Ahlers im ersten Wahlgang zur Beisitzerin in den ASF- Bundesvorstand gewählt. Eine Initiative der ASF gegen die Reduzierung der Anzahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden zu Lasten des ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner war leider nicht erfolgreich.

Einen politischen Schwerpunkt der Arbeit des Vorstandes bildeten die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft 2007. Es wurden spezielle Flugblätter für Frauen verteilt, Anträge zum Wahlprogramm der SPD, zur Koalitionsvereinbarung und zu den Haushaltsberatungen der neuen rotgrünen Landesregierung gestellt. Die ASF forderte die Umsetzung der Quotenbeschlüsse und setzte sich für die Berücksichtigung von Fraueninteressen ein. Erfreulich war, dass es keiner langen Diskussionen bedurfte, um die berechtigten Frauenbelange im Landesvorstand durchzusetzen. Bei den Debatten um Kürzungen im bremischen Haushalt hat die ASF zu Gunsten der Frauenprojekte Stellung bezogen, um die Unterstützung von Frauen und Mädchen in sozialen Brennpunkten abzusichern. Eine Aufrechnung mit Kinder- und Jugendprojekten – auch im Bereich der Bildung – kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

In regelmäßigen Gesprächen mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion, der Senatorin für Frauen und der ZGF wurden frauenpolitischen Themen behandelt. Die ASF-Landesvorsitzende nahm an den Vorbesprechungen der SPD-Fraktion zum Gleichstellungsausschuss der Brem. Bürgerschaft teil. Der frauenpolitischen Vernetzung dienten auch gemeinsame Veranstaltungen der ASF in den Unterbezirken. Im November 2007 informierte sich der ASF-Landesvorstand in der ZGF über die neu gestalteten Frauenseiten.bremen.de im Internet.

Das traditionelle Schafferinnenmahl wurde mit Unterstützung der ASF-Frauen in 2006 zum Thema „Dienstleistungen“ mit einem Referat von Prof. Jutta Almendinger sowie in 2007 unter dem Slogan „Frauen wollen mee(h)r“, begleitet von Kapitänin Ute Hannemann, im Haus der Bürgerschaft veranstaltet. Unser Dank gilt der 1. Schafferin 2006 Insa Peters-Rehwinkel sowie Edith Wangenheim in 2007 für ihren unermüdlichen Einsatz. Mit dem erfolgreichen Ablauf dieser Veranstaltungen wurde vielen Frauen aus dem Lande Bremen, die (noch) nicht Parteimitglieder sind, Einblicke in die politische Arbeit gegeben.

Auf vielfachen Wunsch wurde im Januar 2007 wieder zu einem Neujahrsempfang der ASF auf dem Theaterschiff unter dem Motto „Frauen an Bord“ eingeladen. Begrüßt wurde eine große Anzahl interessierter Frauen von der Senatorin Ingelore Rosenkötter. Die positive Resonanz wird sich hoffentlich auch mit dem nächsten Neujahrsempfang wiederholen lassen.

Im Vorstand des Bremer Frauenausschusses wirken als Vorsitzende Gisela Hülsbergen, stellvertretende Vorsitzende Barbara Wulff und Beisitzerin Renate Meyer-Braun engagierte SPD-Frauen an der Spitze des Landesfrauenrates zur Unterstützung der politischen Willensbildung mit. Seit 2 Jahren findet im Rahmen des internationalen Frauentages am 8. März eine gemeinsame Veranstaltung im Bremer Rathaus statt. Dort stellt auch die ASF ihre Arbeit und ihre Themen vor. Über die Satzungskommission des Landesvorstands konnten für die großen Arbeitsgemeinschaften jeweils 6 Delegiertenmandate zur aktiven Teilnahme an Parteikonferenzen erreicht werden. Die neuen Richtlinien der ASF wurden Ende 2007 im Landesvorstand beschlossen.

Wir danken für die Teilnahme an unseren Sitzungen, haben uns über die vielen Anregungen sehr gefreut und hoffen auf die aktive Mitarbeit im neuen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Annegret Ahlers

ASF-Landesvorsitzende



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Die AfA im Lande Bremen gliedert sich in die drei Unterbezirke Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven. Alle drei Unterbezirke haben eigenständige Aktivitäten.

Der AfA Landesvorstand (+ Gäste) trifft sich regelmäßig, ca. 10 x jährlich. Die Teilnehmerzahl liegt zwischen 10 und 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften sind mit dabei, so wird eine Beteiligung aller sichergestellt.

An den Sitzungen des AfA-Bundesvorstandes und des Bundessausschusses nehmen wir regelmäßig teil.

Der AfA Landesvorstand hat sich mit vielen Themen befasst. Anträge an die Partei wurden gestellt und beschlossen (siehe Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes).

Beispielhaft sind einige Themen genannt:

- Mindestlohn
- Prekäre Beschäftigung
- Tariftreuegesetz
- Personalabbau
- Betriebsratswahlen (Fa. Schlecker)
- Betriebsgruppen
- Mitgliederwerbung
- Tarifverträge
- Situation im Öffentlichen Dienst
- Krankenhäuser in Bremen
- Reformpolitik
- Lage im Handwerk
- Finanzlage im Land Bremen

Ein Schwerpunkt der Arbeit war natürlich die Bürgerschaftswahl 2007. Wir haben uns aktiv am Wahlkampf beteiligt. Unsere Eckpunkte für den Koalitionsvertrag haben wir fast komplett in den Koalitionsvertrag eingebracht.

Die AfA Bundesvorstandsmitglieder aus dem Norden Deutschlands führen Regionalkonferenzen durch. Die Konferenz im Februar 2007 in Bremerhaven, befasste sich unter anderem mit dem Thema „Arbeitsplätze durch Windenergie“.

Der Landesvorstand der AfA und der Fraktionsvorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion treffen sich regelmäßig, um verschiedene Themen zu bearbeiten und Anliegen der teilnehmenden Betriebsräte zu klären. An den ca. viermal im Jahr stattfindenden Gesprächen beteiligen sich zwischen 20 und 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre werden im Landesvorstand der AfA erarbeitet.

Die Arbeit in der AfA macht Spaß und findet Anerkennung in der Partei und der Fraktion.

Wolfgang Jägers

AfA-Landesvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)

Die Wahlperiode 2006/2007 der AGS war von einer völlig neuen Vorstandskonstellation gekennzeichnet, die einen Querschnitt der Bremer Wirtschaft widerspiegelt. Im aktuellen Vorstand sind Rechtsanwälte, IT-Unternehmer, Geschäftsführer größerer Industrieunternehmen, eine selbstständige Ingenieurin, eine selbstständige Kosmetikerin, ein Immobilienkaufmann, ein Medienunternehmer und ein Gastwirt zu finden.

Der Beginn der Legislatur war dadurch gekennzeichnet, neue Arbeitsstrukturen zu schaffen. So wurde z.B. die Internetseite unter www.spd-land-bremen.de/ag-selbstaendige neu gestaltet. Diese weist zum einen einen externen Bereich für die Öffentlichkeit und Parteiöffentlichkeit auf, in dem über die Geschichte der AGS in der SPD, über die handelnden Personen sowie die Veranstaltungen informiert wird. Zum anderen gibt es einen internen Bereich für den Vorstand und die interessierten Mitglieder der AGS. Hier sind sämtliche Einladungen, Tagesordnungen und Protokolle zu den Sitzungen des Landesvorstandes ebenso zu finden wie Bekanntmachungen, Einladungen und Protokolle des AGS-Bundesvorstandes.

In den Jahren 2006 und 2007 wurden eine Reihe sehr erfolgreicher Veranstaltungen durchgeführt. Um auch hier eine deutlichere und professionelle Außenwirkung zu erzielen, wurde die Entwicklung und Produktion eines Standbanners in Kooperation mit dem Parteibüro realisiert. Dieser schmückt auch künftig jede AGS-Veranstaltung.

Als Veranstaltung sei zunächst die Hafentrunde genannt, die im betrachteten Zeitraum insgesamt sechsmal stattfand. Sie wird in Kooperation mit der Bürgerschaftsfraktion, namentlich Wolfgang Grotheer, und unter Mithilfe des ehemaligen AGS-Vorsitzenden Ewald Launspach durchgeführt. Es darf behauptet werden, dass diese Runde alle wichtigen Vertreter der Bremischen Hafenszene erreicht und diese als Gäste begrüßt. Als Referenten standen der Präsident des Senats, Jens Böhrnsen, sowie mehrere Wirtschaftssenatoren zur Verfügung. Eine weitere regelmäßig stattfindende Veranstaltung führt die AGS, verantwortlich Manfred Oppermann, jeweils zur Osterwiese und zum Freimarkt durch. Bei diesen vier Frühschoppen-Veranstaltungen fanden rege Diskussionen zwischen Vertretern der Stadt und den Schaustellern sowie der interessierten Öffentlichkeit statt. Neben dem Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber, Senator Willi Lemke, den Geschäftsführern der öffentlichen Gesellschaften BTZ, BMG und HVG beteiligten sich auch die Leitung und Mitarbeiter des Stadtamtes sowie Repräsentanten der Partei. Anfang 2007 fand zudem in Kooperation mit dem UB Bremen-Stadt, hier Carmen Emigholz, im Rahmen der Veranstaltungsreihe Dialog Stadt eine Veranstaltung zum Thema Technologietransfer mit hochkarätigen Referenten, wie Prof. Dr. Jürgen Timm, Prof. Dr. Frank Kirchner und Norbert Schmelzle statt. Hier wurden über 100 Gäste begrüßt, die eine anspruchsvolle Veranstaltung verfolgen und mitgestalten konnten. Dieser Veranstaltung folgte im Frühjahr 2007 – wiederum im Rahmen der Veranstaltungsreihe Dialog Stadt – eine sehr spannende Veranstaltung zum Thema Gesundheit. Über 50 Gäste konnten der Diskussion zwischen Senatorin Ingelore Rosenkötter, Winfried Brumma als gesundheitspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion und weiteren Experten aus der Praxis zum Thema Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für den Standort beiwohnen.

Am 26. Februar 2008 wird die AGS die letzte in der betrachteten Vorstandsperiode vorbereitete Veranstaltung zum Thema Energie durchführen. Hier ist es gelungen, ein Plenum auf die Beine zu stellen, das sich aus u.a. dem Vorstandsvorsitzenden der swb AG, dem Geschäftsführer der Windkraftagentur und selbstständigen Architekten und Ingenieuren zusammensetzt. Die Begrüßung erfolgt durch den SPD-Landesvorsitzenden Uwe Beckmeyer.

Die AGS Bremen war am 28. und 29. April mit zwei Vertretern auf der AGS-Bundeskonferenz 2006 in Bonn/Bad Godesberg vertreten, auf der u.a. mit Finanzminister Steinbrück über die Selbstständigkeit der Stadtstaaten diskutiert wurde. Weitere Themen waren die MwSt.-Erhöhung sowie die Gestaltung einer aktiven Wirtschaftspolitik für den Mittelstand. Außerdem hat die AGS im Rahmen der Entwicklung des Bremer SPD-Regierungsprogramms 2007–2011 sowie auf diversen Wahlkampfveranstaltungen hierzu mitgewirkt.

Andreas Kottisch

AGS-Landesvorsitzender



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Auf der Jahreshauptversammlung am 18. April 2006 wurde der Vorstand neu gewählt. Er besteht seither aus folgenden Genossinnen und Genossen:

Vorsitzender:	Dr. Klaus-Dieter Schromek	
Beisitzerinnen und Beisitzer:	Dr. Jochen Bachmann	Lutz Bäckermann
	Anja Dillenburger	Nicole Gronemeyer
	Wolfgang Grotheer	Axel Kunte
	Dr. Andreas Mackeben	Brigitte Melinkat
	Dr. Alexander Pallas	Knut Schöne
	Anneke Schmitt-Wenkebach	Björn Tschöpe

Ein erstes wichtiges Thema des Jahres 2006 waren für uns die sog. „Teen-Courts“. Es handelt sich um Modelle eines Diversions-Projektes im Jugendstrafverfahren, die bereits in mehreren Städten erprobt wurden. Ein aus Jugendlichen zusammen gesetztes Gremium führt intensive Gespräche mit einem jugendlichen Straftäter und beschließt dann Erziehungsmaßnahmen. Dieses Projekt war auch Gegenstand einer Großen Anfrage der Fraktionen der SPD und CDU der Bremischen Bürgerschaft vom 12.09.2006.

Im Mittelpunkt des Jahres stand jedoch die Mitarbeit am Entwurf des Regierungsprogramms 2007 – 2011. Viele für uns wichtige Anliegen fanden hier Aufnahme und wurden später Gegenstand der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode. Als Beitrag zum Bürgerschaftswahlkampf fand auf unsere Einladung am 10. März 2007 der ASJ-Bundesausschuss in Bremen statt.

Im September 2007 haben wir uns der Entwicklung der Justiz und der Rechtssysteme in den osteuropäischen Staaten, vor allem in Georgien gewidmet. Berichtet haben uns die Bremer Amtsrichterinnen Ellen Best, die ein Jahr in Georgien gearbeitet hat, und die georgische Kollegin Tamara Laliashvili. Sie war Richterin am obersten georgischen Gericht und promoviert jetzt in Bremen zu einem strafverfahrensrechtlichen Thema.

Am 17. Oktober 2007 haben wir im Konsul-Hackfeld-Haus eine Veranstaltung zur gerichtlichen Mediation durchgeführt. Die Einführung dieses Modells steht auch auf der Agenda der Bremer Justiz. Als besonders erfreulich konnten wir verbuchen, dass es spontan zu einer Kooperationsabrede zwischen dem Präsidenten unseres Oberlandesgerichtes, Herrn Arenhövel, und den Vertretern der Bremer Anwaltskammer und des Bremischen Anwaltsvereines kam.

Im Rahmen unserer monatlich stattfindenden erweiterten Vorstandssitzungen haben wir uns mit zahlreichen weiteren Themen befasst. Genannt seien vor allem die weitere Entwicklung des Strafvollzuges in Bremen und Bremerhaven und die überfällige Sanierung unserer Haftanstalten. Diese Vorstandssitzungen stehen allen Interessierten offen, worauf wir immer wieder hinweisen. Als besonders erfreulich beobachten wir nun schon seit mehreren Jahren, dass immer mehr junge Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Berufe den Weg zu uns finden und sich bei uns wohl fühlen.

Dr. Klaus-Dieter Schromek
Landesvorsitzender der ASJ

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Für ein längeres gemeinsames Lernen – Mehr Chancen für ein lebenslanges Lernen

Dies waren zwei zentrale Elemente in der bildungspolitischen Schwerpunktsetzung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in den letzten zwei Jahren. Wissen und umfassende Bildung werden immer wichtiger, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können. Eine gute Bildung und ein höherer Schulabschluss sind grundlegend für die Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen. Nur wer über eine solide Grundbildung verfügt, wird auch durch lebenslanges Lernen im weiteren Verlauf seiner Biographie mit dem rasanten Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können. Ein hohes Qualifikationsniveau vieler entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Unsere wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft ist auf die Kreativität und die Innovationsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Deutschland braucht deshalb in Zukunft mehr gut ausgebildete Fachkräfte. Gleichzeitig wird aufgrund des demographischen Wandels die Anzahl der Erwerbstätigen in den nächsten Jahrzehnten deutlich sinken. Umso wichtiger ist es, dass alle Menschen in unserem Land ihre Entwicklungspotenziale voll ausschöpfen können. Nur mit einem leistungsstarken und sozial integrativen Bildungssystem können wir heute die Grundlage für den Erfolg von morgen schaffen. Die SPD stellt deshalb die Bildungspolitik ins Zentrum ihres Handelns.

Die Ergebnisse der PISA-Studie 2006 und der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) stellen den deutschen Schülerinnen und Schülern ein besseres Zeugnis aus als in den Jahren zuvor. Dank der hohen Leistungsbereitschaft und der guten Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern tragen die Reformanstrengungen der letzten Jahre erste Früchte.

Doch nach wie vor ist eines der größten Probleme des deutschen Bildungssystems (wenn man überhaupt von einem sprechen kann) die Abhängigkeit des Schulerfolges von der sozialen Herkunft.

Die Auswertung zahlreicher Bildungsuntersuchungen und die Praxis anderer Länder haben uns gezeigt, dass die zahlreichen und frühen Selektionsmechanismen hierzu wesentlich beitragen. Bei aller Notwendigkeit der Weiterführung der Qualitätsdebatte und -steigerung, hat sich doch erwiesen, dass die Organisations- bzw. Strukturdebatte nicht beendet, sondern in vollem Gange ist. Die AfB Bremen hat die Debatte um eine längere gemeinsame Lernzeit der Kinder in ihrer Vorstandsklausur im Mai 2006 aufgenommen und, nach dem Vorbild der niedersächsischen SPD, erste Forderungen für eine Gemeinsame Schule im Lande Bremen entwickelt. Zu dieser Thematik haben wir öffentliche Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven durchgeführt, so u.a. mit Bildungssenator Willi Lemke und dem bildungspolitischen Sprecher der niedersächsischen SPD Wolfgang Wulf. Diese Debatte wurde für die SPD auch in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hineingetragen (Beitrag in der BLZ 9/2006) und natürlich in die Beratungen für ein Regierungsprogramm der SPD für die Bürgerschaftswahl im Mai 2007. Der in zahlreichen Vorrunden von SPD-Bildungsexperten entwickelte und auf der MV der AfB im Januar 2007 verabschie-

dete bildungspolitische Antrag wurde fast unverändert vom Landesparteitag in das verabschiedete SPD-Wahlprogramm übernommen.

Auch im Wahlkampf haben der AfB-Vorsitzende und andere Mitglieder in der Öffentlichkeit, so auch in zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen, diese bildungspolitischen Forderungen offensiv vertreten. Zum Auftakt der Sondierungen zur Bildung einer Koalition nach der Wahl hat eine AfB-MV im Juni 2007 Essentials für die Bildungspolitik in einer möglichen Koalition beschlossen, die sich in beachtlichem Umfang in der Koalitionsvereinbarung wieder finden.

Den Weg der weiteren Umsetzung wird die AfB gemeinsam mit unserer Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper und den Bildungsdeputierten konstruktiv gestalten bzw. begleiten.

Zum Bereich „Lebenslanges Lernen“ haben wir im November 2006 eine Veranstaltung mit Herrn Prof. Timmermann, dem Leiter einer Enquete-Kommission der rot-grünen Regierung zu diesem Thema, durchgeführt und Kontakte zur Universität und zu Weiterbildungsträgern erschlossen, um zu einem weiteren Diskurs über die möglichen Perspektiven in der Bildungs- bzw. Weiterbildungslandschaft in Bremen im Rahmen eines lebensbegleitenden Lernens zu gelangen. Weitere Themen (mit Referenten) auf Mitgliederversammlungen oder Vorstandssitzungen waren u. a.:

- Hochschulentwicklungsplan (Mittelkürzungen und Studiengangsschließungen)
- die Sekundarschule (erste Auswertung hinsichtlich Durchlässigkeit)
- die Zunahme von Privatschulgründungen

Dem AfB-Landesvorstand gehörten in der Wahlperiode 2006/07 an:

Landesvorsitzender:	Hermann Tietke	
Stellvertreter:	Norbert Rüppell	
Beisitzerinnen und Beisitzer:	Brigitte Lückert (Bremerhaven)	Susanne Martens
	Alexia Sieling	Christoph Steinberg
	Sylviane Stephan	

Der Vorstand tagte in der Regel monatlich, die Sitzungen waren parteiöffentlich (Einladung nach Aufnahme auf die Gästeliste), Mitgliederversammlungen fanden 3 pro Jahr statt, dazu kamen eigene Veranstaltungen der AfB und die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Organisationen und Einrichtungen.

Die AfB Bremen ist auch eingebunden in die Arbeit der AfB auf Bundesebene und die Arbeit anderer Einrichtungen mit bildungspolitischem Schwerpunkt (z.B. Netzwerk Bildung der FES).

Erfreulicherweise verfügt die AfB Bremen seit dem Frühjahr 2007 über eine eigene Webseite im Internet (afb-bremen.de), wo sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über unsere Vorstellungen und Termine erkundigen können.

Resümierend lässt sich sagen, dass wir mit dem, was wir uns im letzten Bericht vorgenommen hatten, ein gutes Stück vorangekommen sind. Ob es gelingen wird, im Zuge des anstehenden Gestaltungsprozesses in vielen Bereichen bremischer Bildungspolitik weitere Parteimitglieder und andere interessierte BürgerInnen für eine Mitarbeit in der AfB zu gewinnen, wird sich in den kommenden zwei Jahren zeigen.

Hermann Tietke

AfB-Landesvorsitzender

Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport)

**„Sport stärkt Arme, Rumpf & Beine, kürzt die öde Zeit
und er schützt durch Vereine vor der Einsamkeit“ (Joachim Ringelnatz, 1903)**

Vorwort

Die Bedeutung des Sports für das Gemeinwohl kommt in diesem Zitat ebenso zum Ausdruck, wie sein Beitrag zur körperlichen Fitness und der damit verbundenen Gesundheitsförderung. Nach wie vor hat diese Sinnggebung für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitende Funktion und wird uns auch zukünftig nicht vom Weg abbringen, im Schulterschluss mit dem Sport in Bremen und Bremerhaven, Machbares zu realisieren.

Auf der Grundlage des Sportförderungsgesetzes, das die Bremer SPD mit dem LSB bereits 1974 auf den Weg gebracht hatte und das in der KOA Vereinbarung mit Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 17. Juni 2007 (S. 100, Abs. 5) seinen ausdrücklichen Niederschlag gefunden hat, sollen zukünftig verbindliche Kriterien geschaffen werden, die dem Sport Planungssicherheit geben. Das ist ein großer Erfolg, da auch der Berichtszeitraum geprägt war von knappen Ressourcen und dadurch erforderlichen Einschnitten. Es war notwendig geworden, gemeinsam mit dem Sport und den Sportvereinen Handlungsspielräume immer wieder neu auszuloten, um die Sportentwicklung den Erfordernissen auch einer modernen demographischen Entwicklung anzupassen.

Sportforum

Mit Blick auf diese Entwicklung lag es nahe, dass 31. Sportforum unter das Leitthema „Sport tut gut. Zukunftsperspektiven des Sports in Bremen“ zu stellen. Dank der großen Teilnehmerzahl aus Politik, Sport- und Schulsport, Sportverbänden und -vereinen; aber der Universität und Gewerkschaften, konnte im Haus der Wissenschaft das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln umfassend diskutiert werden. Nach dem Eröffnungsvortrag von Bürgermeister Jens Böhrnsen wurde mit den Anwesenden: Peter Zenner (Präsident des LSB), Waltraut Ehrhardt (Präsidentin des Landesschwimmverbandes), Peter Scheuer (Präsident Bremen 1860) und Jürgen Pohlmann (Sportpolitischer Sprecher der SPD Bürgerschaftsfraktion) im Rahmen einer Podiums- und Publikumsdiskussion über konkrete Handlungsschritte für eine fortschrittliche kommunale Sportentwicklung diskutiert.

Institut für Sportwissenschaft/Sportpädagogik der Universität Bremen

Klare Aussage der LAG Sport: Wiederbesetzung der lediglich zweiten Professur im Bereich Sportpädagogik, um den Erhalt des Sportinstituts abzusichern. Wir haben alle verantwortlichen Bildungs- und Wissenschaftspolitikerinnen und -politiker, das Rektorat der Universität sowie Mitglieder des Akademischen Senats und der HEP 5-Arbeitsgruppe in Arbeitsgesprächen und Anschreiben aufgefordert, die von der Universitätsleitung vorgesehene Schließung zurückzunehmen. In diesem Kampf befindet sich die LAG Sport im Schulterschluss mit dem LSB und dem Runden Tisch Schulsport. Die angestrebte Neuorientierung und -strukturierung des Sportinstituts ist überzeugend dargelegt worden und somit kann dieser Bereich zu einer wichtigen regionalen und überregionalen Gestaltungsinstanz und einem wichtigen Faktor der bewegungskulturellen Qualitätsentwicklung werden.

Schulsport

Neben dem Sport würde auch der defizitäre Schulsport von einer Neuausrichtung des Sportinsti-

tuts profitieren. Die LAG Sport hat sich an den Arbeitssitzungen des Runden Tisches Schulsport beteiligt. Fazit: Der Schulsport ist nach wie vor defizitär. Dieses betrifft nicht nur die 3. Sportstunde sondern auch den Berufsschulsport. Hier muss entsprechend der Landesparteitagsbeschlüsse der SPD dringend nachgebessert werden. Ein wesentliches Problem liegt darin begründet, dass zugewiesene Schulsportstunden im Schulsport der Schulen nicht ankommen. Weiter wurde auch über den Stellenwert der „Sportakademie“ im Rahmen der Schulsportangebote gesprochen und das damit verbundene Finanzierungsmodell einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Stimmrecht für LAG Sport

Die LAG Sport hat sich an den Diskussionen um die Erneuerung des Organisationsstatus der Partei (§ 10, 3) erfolgreich beteiligt. Nach konstruktiven Diskussionen über den Verteilungsschlüssel von zusätzlich 24 stimmberechtigten Mandaten für die Parteitage (Beschluss des Bundesparteitages der SPD vom 16. November 2005), erhielt die LAG Sport als „kleine“ Arbeitsgemeinschaft neben dem Rederecht ein stimmberechtigtes Mandat, das sich zur Zeit auf den Landesparteitag bezieht. Das ist für eine engagierte Arbeitsgemeinschaft nicht befriedigend – wird aber „sportlich“ genommen.

EU Arbeitszeitrichtlinien

In enger Kooperation mit unserer Europaabgeordneten, Karin Jöns, konnten wesentliche Informationen über die EU Arbeitszeitrichtlinien eingeholt werden. Diese waren für die Arbeit der LAG Sport insofern wichtig, als diese Richtlinien auch die Arbeitszeit der Hausmeister begrenzte und damit für viele Sportvereine die Nutzung der Hallen in Frage gestellt wurde. Durch Umstrukturierungen konnte dieses Problem dann weitgehend gelöst werden.

Weitere Aktivitäten/Diskussionen

Am Dialog Stadt haben wir uns ebenso beteiligt, wie im Wahlkampf an verschiedenen Info-Ständen. Wir haben Kriterien zur Besetzung der Sportdeputation ins Spiel gebracht und die Vergabe von Freikarten für die Werder-Spiele durch den S.V. Werder an Sportdeputierte unter dem Aspekt des Geldwerten Vorteils und der damit verbundenen Möglichkeit politischer Einflussnahme diskutiert und in Frage gestellt.

Die LAG Sport hat traditionell am Sporttag des LSB teilgenommen und sich auf der Veranstaltung des Werder Fan-Projektes in die Diskussion mit Prof. Dr. Gunter A. Pilz (Uni Hannover) über die Gewalt auf dem Fußballplatz und im Umfeld des Fußballsports eingebracht.

Zahlreiche Gespräche mit Vereinsvertretern haben zur Klärung von Problemlagen beigetragen können. Einzelheiten würden den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Zum Abschluss des Jahres 2007 konnten wir uns in Gegenwart unseres Sportsenators, Willi Lemke von dem Engagement der ATS Buntentor überzeugen, der durch unkonventionelle Wege und viel Eigeninitiative einen wesentlichen Anteil an der Weiterentwicklung des Vereins und seiner positiven Mitgliederentwicklung hat.

EFRE und Kanu

Um der zunehmenden Mitgliederzahl des Landes-Kanu-Verbandes gerecht zu werden, sollen mehr Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Förderprogramm „Europäische Förderung der regionalen Entwicklung“ (EFRE) könnte für diesen Kanu-Bereich durchaus Mittel

zur Verfügung stellen. Die LAG Sport wird sich mit dem LKV darum bemühen. Auch der Deichverband wird zur Lösung dieses Anliegens hinzu gezogen.

Ersatz für die 400m-Laufbahnen

Seit langem fordert die LAG Sport eine Ersatzlösung für die Laufbahnen im Weser-Stadion zu Gunsten der Leichathletik. Wir erwarten, dass durch den Sportsenator für die Leichtathletik angemessene Vorschläge unterbreitet werden.

Zusammenarbeit

Zum Schluss möchten wir uns für die gute Zusammenarbeit mit der AG UB Stadt und UB Nord; aber auch mit dem Sportsenator, Willi Lemke, der sportpolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Insa Peters-Rehwinkel, der LO und Fraktion bedanken. Auch die gute Zusammenarbeit mit dem sportpolitischen Sprecher der SPD, Manfred Schaub (Berlin), hat zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen.

Fred Brauweiler

Vorsitzender LAG Sport

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in der Region Bremen-Nordwest

Das Wissenschaftsforum organisiert SPD-Mitglieder und Nichtmitglieder aus dem Land Bremen und dem Nordwesten Niedersachsens, die an wissenschaftspolitischen Fragen interessiert sind. Es versteht sich als Bindeglied zwischen Öffentlichkeit, Wissenschaftseinrichtungen und der Partei.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit in den Jahren 2006/2007 war die Erstellung des Positionspapiers „Wissenschaft fördern – Zukunft gewinnen“ zur Wissenschaftsentwicklung in der Region Nordwestdeutschland. Es wurde in einer Projektgruppe, an der neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch Parlamentarier und Mitarbeiterinnen des Senators für Bildung und Wissenschaft beteiligt waren, erarbeitet. Das Positionspapier hat sowohl bei der Neufassung des Wissenschaftsplans des Landes Bremen als auch bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2007 Beachtung gefunden. Generelle Zielsetzung ist eine stärkere Verzahnung und Arbeitsteilung der wissenschaftlichen Institutionen im Nordwesten (Hochschulen und Forschungseinrichtungen), um einerseits ein quantitativ ausreichendes und qualitativ hochwertiges Studienangebot zu gewährleisten, andererseits internationale Spitzenforschung trotz knapper Ressourcen zu ermöglichen.

Im Dezember 2006 wurden die Statuten des Wissenschaftsforums überarbeitet und verabschiedet. Auf dieser Grundlage ist in 2007 der achtköpfige Vorstand gewählt worden, dem unter anderem Parlamentarierinnen der Bremischen Bürgerschaft und des Niedersächsischen Landtags angehören. Überregional wird sowohl der Kontakt zum Wissenschaftsforum beim SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus als zu den 14 anderen regionalen Foren gehalten.

Seit 2007 befasst sich die Projektgruppe „Qualitätsoffensive Studium“ mit Verbesserungsvorschlägen für das Lehren und Lernen an den Hochschulen. Weitere Projektgruppen zur Wissenschaftsfinanzierung, Lehrerbildung, Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sowie zu den gewachsenen Länderkompetenzen im Wissenschaftsbereich nach der Föderalismusreform sind vom Vorstand auf den Weg gebracht worden.

Gerhard Zacharias

Vorsitzender des Wissenschaftsforums



Forum Eine Welt (Internationaler Ausschuss)

Das Forum Eine Welt Bremen (Internationaler Ausschuss) arbeitet seit mehr als 30 Jahren unter der Bezeichnung Ausschuss für Internationale Angelegenheiten beim Landesvorstand der Bremer SPD oder „Auswärtiger Ausschuss“. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, internationale und entwicklungspolitische Fragen mit Vertretern der verschiedensten Gruppen der Zivilgesellschaft zu diskutieren, Handlungsfelder aufzuzeigen, Impulse und Anträge in die Gremien der Partei zu bringen, den Landesvorstand zu beraten und unsere Mandatsträger im Bundestag, im Senat und in der Bürgerschaft in den wichtigen Aufgaben und Fragestellungen einer nachhaltigen und sozialen Gestaltung des Globalisierungsprozesses in Bremen und darüber hinaus und im Einsatz für Menschenrechte im Globalisierungsprozess zu unterstützen.

Als AIA tagen wir regelmäßig zweimal im Monat und erfreuen uns dabei einer regen Beteiligung von Genossinnen und Genossen aus vielen Bremer Ortsvereinen.

Zugleich versteht sich unser Forum aber auch als ein Schaufenster internationaler Politik und Diskussion in Bremen, das zweimal jährlich über die Grenzen der Partei hinaus öffentliche Veranstaltungen zu wichtigen entwicklungspolitischen und internationalen Themen durchführen möchte. Dabei sind wir zugleich eines der entwicklungspolitischen Länderforen der SPD, die bundesweit über die Partei vernetzt sind und sich in der Regel zweimal jährlich (einmal in Berlin und einmal in einem Bundesland) treffen, um sich über die jeweiligen Schwerpunkte auszutauschen und die Arbeit und die Themen zu koordinieren. Auf diesem Hintergrund hat sich der Internationale Ausschuss im Berichtszeitraum unter anderem mit folgenden Themen beschäftigt:

2006

- Bremens zukünftiger Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit
(Gast: Christian Bruns, Leiter der Abtlg. Europa und Entwicklungszusammenarbeit)
- Solidaritätserklärung mit den Hafenarbeitern gg. die geplante neue Hafenrichtlinie der EU Kommission (v. LaVo verabschiedet am 23.1.06)
- Effektive Info- und Öffentlichkeitsarbeit des AIA (Internet Auftritt)
- Behandlung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Bremen
(Gäste: H. Kleen u. Dr. Jochen Zenker)
- Besuch im Stadtteilprojekt Tenever und Erfahrungsaustausch mit Verantwortlichen
- Aktuelle Situation im Nahen Osten (mehrfach) und aussenpolitische Erklärung des AIA zum Israel-Libanon Konflikt (vom LaVo verabschiedet am 30.8.06)
- Teilnahme an der „Fairen Woche“ von BIZ und NGOs im September 2006 mit einer Veranstaltung im Überseemuseum („Victoriabarsch und die Folgen“; Klaus v. Freyholdt)
- Beteiligung an der Resolution der NGOs zur Millenniumskampagne im November
(Björn Wehrs)
- Mitarbeit am Bremenplan 2007–2011 (Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl)

2007

- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Land Bremen und der zukünftige Ausschluss von Materialien aus menschenrechtswidriger Produktion im öffentlichen Beschaffungswesen (Anfrage über die Fraktion in der Bürgerschaft am 21.2.07, J. Holthuis, MdBB)
- Aufnahme der ILO Kriterien in Form einer verbindlichen Absichtserklärung im Koalitionsvertrag der neuen Rot-Grünen Koalition (Brief v. E. Mische)
- Teilnahme an einem Wahlkampfpodium der NGOs im Überseemuseum am 18. April 07 (Thema: Bremen und die Globalisierung: Nur verdienen oder auch gerecht gestalten?, Jan Holthuis, MdBB)
- Brief an den LaVo zu den Haushaltskürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, Teilnahme von Mitgliedern des AIA an Infoständen während des Bürgerschaftswahlkampfes
- Mitarbeit an den Anträgen der Bremer SPD zum neuen Grundsatzprogramm für den Bundesparteitag (verschiedene Anträge, Uwe Warnken)
- Chile und Bolivien – Entwicklung im Vergleich der letzten 10 Jahre (H.D. Vogt)
- Ghana ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen und die Entwicklung der Millenniumsziele (Veranst. des Forums Eine Welt mit dem Europabeauftragten des National Congress Ghanas (NCG), Mr.Kwasi Tamakloe)
- „Ärzte ohne Grenzen“ in ihrem Einsatz in Äthiopien (Martin Töben)
- Resolutionsantrag zur Rolle von Frank-Walter Steinmeier im Falle Kurnaz und Guantanamo (Manfred Meyer-Schwinkendorf)
- Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan und am Horn v. Afrika
- Buchvorstellung mit Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, BMZ „Welt bewegen – Erfahrungen und Begegnungen“ (Forum Eine Welt Bremen am 14.11.07 im Konsul-Hackfeld-Haus)

Hinzu kamen Berichte von den Bundesforen in Frankfurt, Berlin und Bonn, sowie Berichte einzelner Teilnehmer an entwicklungspolitischen Tagungen.

Jan Holthuis

Sprecher Forum Eine Welt

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

In den zurückliegenden beiden Jahren lag der Schwerpunkt der politischen Arbeit der ASG eindeutig im Bereich der Diskussion um die Zukunft der kommunalen Krankenhäuser in der Stadt Bremen.

Wir haben in Vorstandssitzungen, öffentlichen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen intensiv den schwierigen Prozess der Neuorientierung der GesundheitNord begleitet. Breite Zustimmung hatte immer das Projekt, die kommunalen Krankenhäuser in Bremen in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten, sie dabei verstärkt unternehmerisch auf die sich stark veränderten Rahmenbedingungen mit veränderten Abrechnungssystemen und verstärktem Wettbewerb zu positionieren. Die Gründung einer Holding (GeNord) war ein erster Schritt.

In der Folgezeit geriet die Holding durch eine Reihe von strategischen und personellen Problemen in eine schwierige Lage, die zu einer ernsten Gefährdung der weiteren Entwicklung führte. In dieser Situation hat sich auch die ASG intensiv mit den Problemen der GeNord auseinandergesetzt. In einer Arbeitsgruppe wurde ein Memorandum erarbeitet (März 2006), das auch öffentlich Position bezog und eine Reihe von Maßnahmen zur Umsteuerung formulierte. Das Memorandum fand vor allem in den Krankenhäusern viel Zustimmung, löste aber auch parteiinterne Kritik aus.

Auch in den folgenden Monaten war die Zukunft der kommunalen Krankenhäuser immer wieder Schwerpunktthema. Zuletzt im Mai 2007 hat die ASG eine Stellungnahme zur damals diskutierten Strukturdebatte der Holding erarbeitet. Zugleich wurden mehrere Gespräche auch mit den zuständigen Gesundheitssenatorinnen zum Thema GeNo geführt.

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik muss auf kommunaler Ebene aus Sicht der ASG der Erhalt der kommunalen Trägerschaft der Krankenhäuser als Teil öffentlicher Daseinsfürsorge sein. Eine Privatisierung lehnen wir ab. Öffentliche Aufgabe heißt auch, dass notwendige Investitionserfordernisse erfüllt werden und der öffentliche Träger auch als Eigentümer zu seinen Unternehmen steht.

Darüberhinaus haben wir uns Anfang 2007 in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit der seinerzeit geplanten Gesundheitsreform der Bundesregierung beschäftigt. Die grundsätzlichen Probleme des Gesundheitsfonds wurden dabei erörtert und eine insgesamt kritische Position eingenommen.

In den letzten zwei Jahren hat die ASG ihre Aktivitäten deutlich intensiviert und konnte auch eine Reihe neuer Mitglieder zur aktiven Mitarbeit gewinnen.

Dr. Wolfram Seibert
ASG-Vorsitzender



Arbeitskreis „Neues Grundsatzprogramm“

Notwendige Arbeit an dem politischen Programm und Profil der SPD

Viele Jahre ist die SPD fahrlässig mit ihrer programmatischen Grundorientierung umgegangen. Nach dem Godesberger (1959) und dem noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands beschlossenen Berliner Programm (1989) ist das neue Hamburger Programm (2007) erst das dritte Grundsatzprogramm der SPD in der Nachkriegszeit. Zu lange wurden strategische Klärungen und die Programmberatungen aufgeschoben. Das Profil der SPD verblasste, wenn es um politische Antworten auf die zunehmende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft, die Krise des Sozialstaats, die regionalen Entwicklungsunterschiede, die Auswüchse internationaler Märkte und die Rolle der EU ging. Eine Folge war, dass sich bundesweit immer mehr Mitglieder und Wähler von der Politik der SPD abwandten.

Arbeitsweise und Arbeitsergebnisse des Arbeitskreises

Der vom SPD-Landesvorstand im Frühjahr 2006 gebildete Arbeitskreis tagte bis zum Hamburger Parteitag insgesamt zehnmal. An ihm beteiligten sich jeweils zwischen zehn bis zwanzig Personen in wechselnder Zusammensetzung. Die Geschäftsführung des Arbeitskreises besorgte für den Landesvorstand Rolf Prigge. Nachdem Joachim Schuster Staatsrat im Bremer Sozialressort geworden war, hielt vor allem Detlev Albers die Kontakte zur Programmkommission der Bundespartei. Der Arbeitskreis kann auf folgende Ergebnisse seiner Tätigkeit verweisen:

- Bremer Beiträge zur Programmdebatte vom September 2006 (mit Texten von Detlev Albers, Peter Kruckenberg, Roland Kutzki und Rolf Prigge)
- Andrea Nahles und Detlev Albers (Hg.), Linke Programmbausteine, Denkanstöße zum Hamburger Programm (Vorwärts-Verlag, Berlin 2007)
- Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9.7.2007 in Bremen mit Detlev Albers und Friedhelm Läßle
- Unterstützung der Diskussion in den Ortsvereinen durch Referenten und Materialien
- Antrag für eine neue Einleitung zum neuen Grundsatzprogramm vom Juni 2007
- Landkonferenz zum neuen Grundsatzprogramm am 11.9.2007 mit Beschlussempfehlungen an den Bundesparteitag in Hamburg

Inhaltlich waren die Beiträge des Arbeitskreises darauf gerichtet, die Analyse des gesellschaftlichen Wandels kritischer auszurichten, die Grundwerte des demokratischen Sozialismus für die SPD zu erhalten, mehr Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und bessere Lebenschancen für eine solidarische Mehrheit anzustreben, die Wirtschaftsdemokratie, ein soziales Europa, umfassende soziale Sicherheit und einen wirksamen Umweltschutz als politische Ziele heraus zu stellen.

Akzente und politische Botschaften des Hamburger Grundsatzprogramms

Der Bundesparteivorstand legte im Frühsommer 2006 Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD vor. Im Januar 2007 beschloss der Bundesparteivorstand den Bremer Entwurf für das neue Grundsatzprogramm. Auf der Norddeutschen Programmkonferenz in Bremen

wurde dieser als zu langatmig, unkritisch gegenüber der Globalisierung und im sozialdemokratischen Sinne als nicht prägnant genug kritisiert. Kurz vor dem Hamburger Parteitag legte der Parteivorstand dann einen in entscheidenden Punkten veränderten Programmentwurf vor, der einhellige Zustimmung bei den Delegierten fand.

Die SPD hält danach am demokratischen Sozialismus als langfristigem Ziel fest. Die Partei will den globalen Kapitalismus politisch gestalten, ein soziales und demokratisches Europa, den Klimawandel aufhalten, die solidarische Bürgergesellschaft, tritt für gute Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit und eine umfassende Daseinsvorsorge ein. Der vorsorgende Sozialstaat soll Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation gewähren. Die SPD will um eine solidarische Mehrheit für ihre Politik nicht nur in der Mitte der Gesellschaft sondern in allen Bevölkerungsschichten kämpfen. Positiv hervorzuheben sind das Ergebnis der Programmarbeit und die Beharrlichkeit von Kurt Beck als Vorsitzenden der Bundespartei, kritisch anzumerken bleibt, dass Detlev Albers trotz seines großen Engagements in der Programmdebatte nicht wieder in den Parteivorstand gewählt wurde.

Rolf Prigge

Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung“

Der Landesvorstand hat in seiner Klausur am 30. April 2006 die Einsetzung der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung“ beschlossen.

In mehreren Sitzung wurde von der Projektgruppe ein Antrag an den Landesparteitag erarbeitet und von diesem zusammen mit dem Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl einstimmig beschlossen.

Die Projektgruppe hat einen intensiven Abstimmungsprozess mit den Unterbezirken Bremen-Stadt und Bremen-Nord vorgenommen, um die Weiterentwicklung der Beirätearbeit und Beiräterechte in den Antrag aufnehmen zu können. Dabei wurde ebenfalls auf eine Ausarbeitung der Ortsamtsleiter zurückgegriffen, die Vorschläge diskutiert und beschlossen hatten. Die Vorschläge für dieses Themenfeld sind weitgehend in den Koalitionsvertrag eingeflossen und sollen im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt werden.

Die Vorschläge für die Instrumente der unmittelbaren Demokratie befassten sich vor allem mit den verschiedenen Quoren, wobei es der Projektgruppe um den Ausgleich zwischen den Befürwortern einer weitgehenden Ermöglichung und den Warnungen vor einer problematischen völligen Auflösung der Grenzen ging. Deshalb fielen die Vorschläge moderat aus und wurden so ins Programm übernommen. Auf intensive Vorarbeiten, die verschiedene Projektgruppen in der Bürgerschaftsfraktion in den vergangenen Legislaturperioden geleistet hatten, konnte die Projektgruppe zurückgreifen.

Überrollt wurde die Diskussion in der Projektgruppe um partizipationssteigernde Überlegungen zur Änderung des Wahlrechts durch den Volksentscheid, der durch die Übernahme des Antrages durch die Bürgerschaft obsolet wurde. Die Projektgruppe befürwortet die Wiedereinführung der Fünf-Prozent-Klausel in Bremerhaven.

Noch Weiterentwicklungsbedarf sieht die Projektgruppe im Hinblick auf Beteiligungsverfahren in der Verwaltung. Vor allem stärkere Einbeziehungen von Moderationsverfahren wurden diskutiert und befürwortet.

Hermann Kleen

Insa Peters-Rehwinkel

Landesschiedskommission

Zusammensetzung der Landesschiedskommission 2006/2007:

Dr. Hans-Christoph Hoppensack, Vorsitzender

Klaus Becké, stellv. Vorsitzender

Marcus Weber, stellv. Vorsitzender

Konrad Kunick, Beisitzer

Elisabeth Lutzebäck, Beisitzerin

Bernd Schlemmermeyer, Beisitzer

Carl Heinz Schmurr, Beisitzer †

Die Landesschiedskommission musste auch in der Periode 2006/2007 nicht zusammenkommen, um im Rahmen der Schiedsordnung eine Entscheidung zu treffen. Es gab lediglich einzelne Auskunfts- und Beratungsbitten an den Vorsitzenden.

Dr. Hans-Christoph Hoppensack

Vorsitzender der Landesschiedskommission

Anhang

Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der Landesparteitage	Seite 93
Dokumentation einzelner Beschlüsse und Resolutionen der SPD-Landesparteitage	Seite 101
Resolution: Zur rechten Zeit links stehen	Seite 101
Resolution: Wege aus der Armut durch gerechtere Lebenschancen – Perspektiven für eine ressortübergreifende Sozialpolitik in Bremen und Bremerhaven	Seite 102
Resolution: Solidarität mit den beschäftigten von Airbus	Seite 104
Beschluss: Verbesserung und Ausbau der Bürgerbeteiligung	Seite 105
Wahlergebnisse: Bürgerschaftswahl, 13. Mai 2007	Seite 109
Mitgliederstatistik	Seite 111

Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der Landesparteitage

Landesparteitag vom 25. März 2006		
Beschluss	Antragsteller	Titel
A 1	Landesvorstand	Satzungsänderung Erledigungsvermerk: Aufgegangen in Satzungsbeschluss vom 1. November 2006.
A 2	LAG Sport	Als Material an Satzungskommission überwiesen.
A 3	Landesvorstand	Einsetzung einer Satzungskommission Erledigungsvermerk: Beschluss eines neuen Statuts der Landesorganisation auf dem Landesparteitag am 1. November 2006.
A 4	OV Peterswerder/ Steintor	Haushaltsberatungen und Schwerpunkte der Landespolitik Erledigungsvermerk: Aufgegangen in Haushaltbeschlüssen, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl und Koalitionsvertrag.
A 5	Unterbezirk Bremen-Stadt	Kinderbetreuung ausbauen Erledigungsvermerk: Wir werden in Bremen die Kindertagesbetreuung schrittweise mittels eines Stufenplans auf sechs Stunden ausbauen und das Betreuungspersonal verstärken, die Betreuungskapazitäten für die unter Dreijährigen ausbauen und in den Kindergärten und Grundschulen ein kostenloses Mittagessen für die Kinder von Geringverdienenden bereitstellen. Die Haushaltsanschläge in diesem Bereich wurden erhöht. Die Ferienbetreuung ist bereits ausgeweitet worden und bezieht jetzt auch verstärkt Kinder ein, deren Eltern von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

A 6	Unterbezirk Bremen-Nord	Klinikum Bremen-Nord Erledigungsvermerk: Die Stelle der pflegerischen Geschäftsführung im Klinikum Bremen-Nord ist besetzt. Die SPD-Fraktion hat sich für eine transparente Informationspolitik seitens des Senats in Fragen des Umstrukturierungsprozesses eingesetzt. Das Rotationsprinzip ist nicht mehr in der Diskussion.
A 7	Unterbezirk Bremen-Nord	Herzkathederlabor in Bremen-Nord Erledigungsvermerk: Die Bürgerschaftsfraktion unterstützt die Einrichtung eines Herzkathederlabors in Bremen-Nord. Über die Zulassung selbst wird von der Kassenärztlichen Vereinigung entschieden.
A 8	Unterbezirk Bremen-Stadt	Selbstständiges Wohnen im Alter unterstützen Erledigungsvermerk: Reform der Pflegeversicherung steht auf der Agenda der Bundesregierung.
A 9	Unterbezirk Bremen-Stadt	Keine Regionalisierung des Heimrechts Erledigungsvermerk: Zuständigkeit für das Heimrecht ist mit Beschluss der Ergebnisse der Föderalismuskommission I auf die Länder übergegangen. Derzeit wird vom Senat ein Entwurf für ein Landesheimgesetz in Abstimmung mit den A-Ländern und Niedersachsen vorbereitet.
A 10	AfA	Keine Rente mit 67 Erledigungsvermerk: Schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wurde 2007 durch Bundestag und Bundesrat beschlossen. Auf dem Bundesparteitag im Oktober 2007 vorgelegter Bericht der PV-Arbeitsgruppe schlägt stufenweisen, flexiblen Renteneintritt vor.

A 11	Unterbezirk Bremen-Stadt	Kein Nachholfaktor in der Rentenversicherung Erledigungsvermerk: Nachholfaktor (Nachhaltigkeitsfaktor) ist Bestandteil der beschlossenen Rentenreform.
A 12	Unterbezirk Bremen-Stadt	Keine zusätzlichen (Krankenkassen-)Beiträge für Rentner Erledigungsvermerk: Gesundheitsreform wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen und ist am 01.04.2007 in Kraft getreten, die Krankenkassenbeiträge für Rentner sind Bestandteil.
A 13	OV Osterholz	Armuts- und Reichtumsbericht Erledigungsvermerk: Die Erstellung eines entsprechenden Berichts konnte in den Koalitionsvereinbarungen 2007-2011 verankert werden. In Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer soll ein Bericht zur Entwicklung von Einkommen und Vermögen im Bundesland Bremen vorgelegt werden.
A 16	Landesvorstand	Unmittelbare Demokratie Erledigungsvermerk: Einsetzung der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“ (Bericht siehe Seite 89), Auftrag umfasste im weiteren Verlauf auch Antrag A 20 und als Material Anträge A 15, I 1 und I 2. Ergebnis: Antrag A 1 (2007), Wahlprogramm, Koalitionsvertrag.
A 17	AfA	Wirtschaftskriminalität bekämpfen Erledigungsvermerk: Trotz der erforderlichen Personaleinsparungen im Justizbereich wurden bereits im August 2006 drei zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingesetzt. In 2007 sind weitere Personalverstärkungen bei der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden. In allen Abteilungen der Staatsanwaltschaft wird die modernste Version eines im Verbund mit anderen Ländern entwickelten EDV-Programms eingesetzt. Spezielle Programme zur Unterstützung der Ermittlungen in Wirtschaftsstraftaten sind nicht erforderlich.

A 18	Unterbezirk Bremen-Stadt	Keine jugendfreien Softguns Erledigungsvermerk: Waffenrechtsnovelle mit Verbot des Führens von Anscheinswaffen (auch sog. Softairwaffen) in der Öffentlichkeit wurde vom Bundestag im Februar 2008 beschlossen.
A 20	Landesvorstand	Bürgernähe ausbauen, Beiratsrechte stärken Erledigungsvermerk: Siehe A 16; Bericht der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“ (siehe Seite 89).
I 3	Initiativantrag	Berufgenossenschaften Erledigungsvermerk: Nach Auffassung der Bundesregierung (BT-Drucksache 16/1041) sind Berufsgenossenschaften durch EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht gefährdet. Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung liegt noch nicht vor.

Landesparteitag vom 1. November		
Beschluss	Antragsteller	Titel
O 1	Landesvorstand	Organisationsstatut
A 21	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unternehmenssteuerreform und öffentliche Finanzen Erledigungsvermerk: Beschluss Parteirat vom 20. November 2006, Antwort Bundestagsfraktion vom 4. Dezember 2006: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer, Einführung Abgeltungssteuer ab 2009, Senkung der nominalen Steuersätze und Schließung der Steuerschlupflöcher, beschlossene Unternehmenssteuerreform darf nicht zu dauerhaften Mindereinnahmen führen.
I 4		Die solidarische Bürgerversicherung bleibt unser Ziel Erledigungsvermerk: Bleibt Programmatik der SPD, in Koalition auf Bundesebene derzeit nicht durchsetzbar.

A 23	Unterbezirk Bremen-Stadt	Beiräte Erledigungsvermerk: Überwiesen an Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“ beim Landesvorstand. Ergebnis der Projektgruppe, Beschluss des Landesvorstandes „Verbesserung und Ausbau der Bürgerbeteiligung“ vom 12. Januar 2007, Beschluss A 1 Landesparteitag 17. Februar 2007, Wahlprogramm, Koalitionsvertrag.
A 25	AG 60plus	Herzkathederlabor für das Klinikum Bremen-Nord Erledigungsvermerk: Siehe Erledigungsvermerk zu A 7 (LPT 25.03.2006).

Landesparteitag vom 17. Februar 2007

Beschluss	Antragsteller	Titel
A 1	Landesvorstand	Verbesserung und Ausbau der Bürgerbeteiligung Erledigungsvermerk: Arbeitsergebnis der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“ beim Landesvorstand; in Wahlprogramm und Koalitionsvertrag aufgegangen.
A 2	AfA	Mindeststandards bei der Vergabe von öffentlichen Postdienstleistungen Erledigungsvermerk: In dem in erster Lesung beschlossenen „Bremischen Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe“ findet sich die Zielsetzung des Beschlusses vollständig wieder. Eine Beschlussfassung in 2. Lesung soll im Mai 2008 erfolgen.
A 3	AG 60plus	Mindeststandards im Heimrecht sichern Erledigungsvermerk: Entwurf für Landesheimgesetz soll bis Sommer 2008 der Bremischen Bürgerschaft vorliegen.

I 1	Initiativantrag	<p>Grüne Gentechnik</p> <p>Erledigungsvermerk: Novelle des Gentechnikgesetzes im Januar 2008 vom Bundestag beschlossen. Regelungen zur Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel etc. Bundestagsfraktion unterstützt den Antrag und verfolgt die Zielsetzung des Antrages.</p>
A 4	OV Seehausen/ Hasenbüren	<p>Weserquerung A 281</p> <p>Erledigungsvermerk: Überwiesen an Bürgerschaftsfraktion. Der Trassenverlauf wurde im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner modifiziert. Die öffentliche Auslegung wird in den ersten Wochen 2008 erfolgen. Mit der Planfeststellung wird Ende 2008/Anfang 2009 gerechnet.</p>

Landesparteitag vom 17. Februar 2007		
Beschluss	Antragsteller	Titel
A 1	Landesvorstand	<p>Verbesserung und Ausbau der Bürgerbeteiligung</p> <p>Erledigungsvermerk: Arbeitsergebnis der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“ beim Landesvorstand; in Wahlprogramm und Koalitionsvertrag aufgegangen.</p>
A 2	AfA	<p>Mindeststandards bei der Vergabe von öffentlichen Postdienstleistungen</p> <p>Erledigungsvermerk: In dem in erster Lesung beschlossenen „Bremischen Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe“ findet sich die Zielsetzung des Beschlusses vollständig wieder. Eine Beschlussfassung in 2. Lesung soll im Mai 2008 erfolgen.</p>

A 3	AG 60plus	<p>Mindeststandards im Heimrecht sichern</p> <p>Erledigungsvermerk: Entwurf für Landesheimgesetz soll bis Sommer 2008 der Bremischen Bürgerschaft vorliegen.</p>
I 1	Initiativantrag	<p>Grüne Gentechnik</p> <p>Erledigungsvermerk: Novelle des Gentechnikgesetzes im Januar 2008 vom Bundestag beschlossen. Regelungen zur Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel etc. Bundestagsfraktion unterstützt den Antrag und verfolgt die Zielsetzung des Antrages.</p>
A 4	OV Seehausen/ Hasenbüren	<p>Weserquerung A 281</p> <p>Erledigungsvermerk: Überwiesen an Bürgerschaftsfraktion. Der Trassenverlauf wurde im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner modifiziert. Die öffentliche Auslegung wird in den ersten Wochen 2008 erfolgen. Mit der Planfeststellung wird Ende 2008/Anfang 2009 gerechnet.</p>
P 7	OV Blumenthal	<p>Änderungsantrag zum Wahlprogramm/Kompatibilitätsregelung für Abgeordnete</p> <p>Erledigungsvermerk: Überwiesen an neue Bürgerschaftsfraktion. Das Bremische Abgeordnetenrecht wird zurzeit in einer Arbeitsgruppe der Fraktion diskutiert. In diesem Rahmen werden auch Varianten der Inkompatibilitätsregelung einbezogen. Wenn hier Ergebnisse erzielt wurden, findet eine Erörterung im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss der Bremischen Bürgerschaft statt.</p>

Landesparteitag vom 23. Juni 2007		
Beschluss	Antragsteller	Titel
A 5	Landesvorstand	Bundesliste zur Europawahl Erledigungsvermerk: Beschluss des Bundesparteitages Oktober 2007: SPD tritt zu Europawahlen mit Bundesliste an.

Dokumentation einzelner Beschlüsse und Resolutionen der SPD-Landesparteitage

Resolution des Landesparteitages, 1. November 2006

Zur rechten Zeit links stehen

Mit Sorge betrachten wir die Aktivitäten von rechtsradikalen Parteien und Gruppen in Bremen und Umgebung. Gegen Nazis muss die demokratische Gesellschaft gemeinsam Stellung beziehen.

Das große Engagement der vielen Menschen in Delmenhorst, die die Errichtung eines rechten Schulungszentrums verhindert haben, ist ein bemerkenswertes Beispiel für Zivilcourage.

Die Bremer SPD erklärt ihre Solidarität mit allen Menschen, die aktiv und engagiert gegen Rechts aufstehen: in Delmenhorst, in Bremen und an allen anderen Orten.

Wir bekennen uns zum Widerstand gegen Neofaschismus, Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir treten ein für eine weltoffene, tolerante und solidarische Gesellschaft.

Die Bremer SPD wird im breiten Bündnis mit allen demokratischen Kräften aktiv gegen jede Form der rechten Umtriebe eintreten.

Wir betrachten mit Sorge den rapiden Anstieg rechtsextremer Gewalttaten in der ersten Jahreshälfte 2006. Gerade vor diesem Hintergrund darf sich der Staat bei der Finanzierung von politischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit nicht zurückziehen, sondern muss sich verstärkt um Angebote kümmern, die verhindern, dass junge Menschen den rechten Rattenfängern auf den Leim gehen.

Für die Demonstration der NPD am 4. November durch Gröpelingen rufen wir unsere Mitglieder sowie alle Bremerinnen und Bremer zur Teilnahme an der Gegendemonstration auf. Wir wollen zusammen mit allen demokratischen Gruppen und Organisationen den Widerstand gegen alte und neue Nazis unterstützen. Wir stehen für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte und wehren uns gegen diejenigen, die fremdenfeindliche und menschenverachtende Parolen auf unsere Straßen tragen wollen.

Deshalb: Keinen Fußbreit den Faschisten! Weder in Bremen noch sonst irgendwo auf der Welt!

Wege aus der Armut durch gerechtere Lebenschancen – Perspektiven für eine ressortübergreifende Sozialpolitik in Bremen und Bremerhaven

Armut ist in den Städten Bremen und Bremerhaven in Folge des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels nach wie vor stark verbreitet. Beide Städte weisen trotz mancher Fortschritte eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Arbeitslosen und Beziehern von öffentlichen Sozialleistungen auf. Bremerhavens Werte sind dabei noch problematischer.

Ein zu großer Teil unserer Bevölkerung lebt unterhalb oder in der Nähe der Armutsgrenze. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende, Eltern mit mehr als drei Kindern und Kinder unter drei Jahren. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, dass die Gesellschaft in drei Teile zerfällt: Wohlhabende, die alle Chancen haben und diese vererben können, eine arbeitende Mitte, die den sozialen Abstieg fürchtet, und eine Gruppe von Menschen, die für sich keine Perspektiven mehr zu erkennen vermag. Wir wollen erreichen, dass sich Leistung für alle Menschen lohnt, dass die soziale Herkunft nicht über die Lebens-, Bildungs- und Beschäftigungschancen entscheidet. Wir treten dafür ein, dass die Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen die öffentliche Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen. Wir Bremer Sozialdemokraten wollen gerechtere Lebenschancen und Teilhabe durch mehr Bildung, Arbeit und soziale Integration in den beiden Städten unseres Landes erreichen. Deshalb konzentrieren wir uns auf politische Schwerpunkte, die auch im Entwurf des Landesvorstands für ein Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl im Mai 2007 genannt werden: Gerechtere Bildungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft

Wir wollen die Kopplung zwischen der sozialen Stellung der Eltern und dem Schulerfolg der Kinder aufbrechen. Die Qualität von Bildung und Betreuung soll erhöht, der Zugang zu den Angeboten erleichtert werden. Unser längerfristiges politisches Ziel besteht darin, eine qualitativ hochwertige gebührenfreie Ausbildung und Betreuung vom Kindergarten bis zur Hochschule anzubieten. Die schrittweise quantitative und qualitative Ausweitung der Kinderbetreuung für die 0–6-jährigen Kinder bleibt ein Eckpfeiler sozialdemokratischer Familienpolitik. Eine verlässliche frühkindliche Betreuung ermöglicht Kindern aus ärmeren und bildungsfernen Familien soziale Teilhabe. Für erwerbstätige Eltern erleichtert sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Ausbau der Angebote soll vorrangig in den Stadtteilen erfolgen, wo Armut und Arbeitslosigkeit besonders häufig vorkommen. Kindergärten und Schule sollen enger zusammenwirken. Der Ganztagschule gehört die Zukunft. Wir wollen, dass Schüler solange wie möglich eine gemeinsame Schule besuchen. Die Schulen sollen durch Anreizsysteme dazu verpflichtet werden, die Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss zu führen. Mit einem Abgang aus der Klasse 10 muss die Berufsfähigkeit verbunden sein.

Gerechtigkeit durch Teilhabe und soziale Intervention

Wir wollen allen Menschen ermöglichen, dass sie sich entfalten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Leben in beiden Städten erbringen können. Menschen in schwierigen Lebenslagen haben Anspruch auf materielle und personelle Unterstützung. Die sozialen Dienste werden wir für die Aufgaben sozialer Intervention in Problemfamilien bedarfsgerecht ausstatten. Die Hilfesysteme werden wir in den Sozialzentren

ortsteilbezogen und nach den Prinzipien aufsuchender Jugend- und Sozialarbeit ausrichten. Besondere Aufmerksamkeit gebührt den Problemfamilien, in denen Kinder geboren werden oder aufwachsen. Um den Unterstützungs- und Entwicklungsbedarf besser abschätzen zu können, wird der Senat zukünftig regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht für das Land und die Stadtgemeinden herausgeben.

Zielgruppenorientierte Arbeitsmarktförderung

Trotz der Erfolge bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen durch die bisherige Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik bleibt der Abbau der immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit die wichtigste politische Aufgabe. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir enger verzahnen. Die Instrumente der Wirtschaftsförderung sind auf ihre Effektivität hin zu überprüfen und kundenzentriert auszurichten. Wirtschaftsförderung muss auch der Beschäftigungsförderung dienen. Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme insbesondere des Bundes und der EU müssen weiterhin für Bremen und Bremerhaven genutzt werden. Besondere Anstrengungen müssen für die Beschäftigung jüngerer und älterer Arbeitsloser sowie für Arbeitslose mit einem Migrationshintergrund unternommen werden. Der Umfang der öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen mit möglichst sozialversicherungsrechtlicher Absicherung ist erheblich auszuweiten. Die Qualität von Qualifizierungsangeboten ist stark zu verbessern.

Soziale Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

Bremen und Bremerhaven brauchen eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklungs- und Infrastrukturplanung. In und zwischen den Stadtteilen soll eine sozial ausgewogene Entwicklung gewährleistet werden, an der sich die Bürger auf unterschiedliche Weise beteiligen können. Priorität haben die Stadtteile, die von Armut und Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind. Mit Hilfe von Projekten soll die Identität der Quartiere gestärkt, sollen Zuwanderinnen und Zuwanderer integriert, das bürgerschaftliche Engagement und die Bildung sozialer Netzwerke gefördert werden.

Sozialpolitische Flankierung durch den Bund, die EU und die Länder

Die Aktivitäten des Landes und der beiden Städte Bremen und Bremerhaven sind, um erfolgreich zu sein, auf die Förderung durch den Bund, die EU und die Kooperation mit den anderen Ländern und Städten angewiesen. Insbesondere geht es darum, dass der Bund

- gegenüber den Kommunen seine Zusagen einhält und diese weiterhin bei den Kosten für Unterkunft und Verpflegung für Arbeitsuchende entlastet,
- durch seine Steuerpolitik den Ländern und Kommunen ermöglicht, ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen,
- von weiteren Eingriffen in das Fördersystem für Arbeitslose absieht, um deren Lage nicht zu verschlechtern,
- einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, wie er von den Gewerkschaften gefordert wird,
- der Bundesagentur für Arbeit eine aktive Arbeitsmarktpolitik ermöglicht und
- Beschäftigungsprogramme für jüngere, ältere und Langzeitarbeitslose auflegt, eine regionale Strukturpolitik in Kooperation mit der EU betreibt, die den Ländern und Städten die Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen ermöglicht.

Solidarität mit den Beschäftigten von Airbus

Die SPD im Land Bremen erklärt ihre Solidarität mit den Beschäftigten bei EADS/Airbus. Die Kolleginnen und Kollegen im Bremer Werk und den weiteren norddeutschen Standorten leisten hochqualifizierte, gute Arbeit. Darum dürfen die Restrukturierungen nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Im Gegenteil muss die hohe Kompetenz und der große Einsatz der Beschäftigten genutzt werden, um die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern und die Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir begrüßen den entschiedenen und eindeutigen Einsatz unseres Bürgermeisters Jens Böhrnsen für das Bremer Werk und die Arbeitsplätze bei Airbus Deutschland. Die Entscheidung Bremens, sich direkt an EADS zu beteiligen war richtig und zeigt: der SPD-geführte Senat bekennt sich zu seiner Verantwortung für die 10.000 Menschen, die direkt oder indirekt, über das Bremer Airbuswerk Arbeit und Beschäftigung haben. Für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen ist das Unternehmen mit seinen hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von hoher Bedeutung.

Die SPD im Land fordert von der Bundesregierung, sich aktiv für den Erhalt der deutschen Standorte und der Arbeitsplätze einzusetzen. Eine aktive Industriepolitik ist das Gebot der Stunde. Der Umbau des Konzerns muss auf einer fairen und ausgewogenen europäischen Grundlage erfolgen und sicherstellen, dass die herausragende industrielle Leistungsfähigkeit der deutschen Standorte in einzelnen Produktionsbereichen wie zum Beispiel der Flügelproduktion und die Verknüpfung von Produktion und Forschung und Entwicklung an den einzelnen Standorten erhalten bleibt. Betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung darf es nicht geben.

Beschluss des Landesparteitages, 17. Februar 2007

Bericht der Projektgruppe „Unmittelbare Demokratie“

Verbesserung und Ausbau der Bürgerbeteiligung

Der demokratische Rechtsstaat ist keine „Zuschauer und Zuschauerinnen-Staatsform“. Er lebt vom Mitreden, Mitmachen und Sich-Einmischen seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sind Umfragen, die ein zurückgehendes Interesse an der parlamentarischen Demokratie signalisieren, ebenso ein Alarmsignal wie die sinkende Wahlbeteiligung bei Landes- und Kommunalwahlen. Selbst die Direktwahl kommunaler Mandatsträger konnte diesen Trend nicht aufhalten. Eine äußerst problematische Begleiterscheinung dieser Entwicklung besteht darin, dass sie von rechts-extremistischen Parteien für ihre politischen Interessen missbraucht werden kann.

Die Bremer SPD spricht sich dafür aus, die Regelungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Demokratie des Landes Bremen und seiner beiden Stadtgemeinden immer wieder daraufhin zu überprüfen, ob diese noch erweitert werden können. Die Bremer SPD hat mit der Veranstaltungsreihe „Dialog Stadt“ das Gespräch mit vielen Bürgerinnen und Bürger gesucht. Ein Ergebnis dieses politischen Dialogs sind die Vorschläge und Forderungen zur Verbesserung und dem Ausbau der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Demokratie, wie sie vom SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt am 7.9.2006 beschlossen wurden.

Wir respektieren den Ausgang des Bürgerbegehrens für einen Bürgerentscheid über ein verändertes Wahlrecht für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft. Die SPD ist mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten in allen Stadtteilen gut aufgestellt. Mit einer intensiven Informationspolitik durch die öffentliche Hand, aber auch durch die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften, muss erreicht werden, dass nicht nur in bürgerlichen Stadtteilen das kompliziertere Wahlrecht als Chance begriffen wird. Kumulieren und Panaschieren dürfen nicht zu Wahlenthaltungen in bildungsferneren Stadtteilen führen.

Wir wollen das Engagement vieler junger Menschen fördern und für die Politik gewinnen. Deshalb befürwortet die SPD die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren nicht nur für die Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen, sondern auch für die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft.

Die Möglichkeiten der direkten Demokratie haben in den letzten Jahren ein größeres Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefunden. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bzw. Volksabstimmungen sind in Bremen häufig an den Quoren gescheitert. Die Bremer SPD schlägt deshalb eine Reduzierung der Beteiligungs- und Erfolgsquoren Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bzw. Volksabstimmungen vor. In Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden bzw. Volksabstimmungen muss auch über solche Fragen und Themen abgestimmt werden können, wenn sie finanzielle Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt haben, soweit nicht das Gleichgewicht des gesamten Haushalts gestört wird.

Die Bremer SPD unterstützt und fördert in der Stadtgemeinde Bremen die Arbeit der Beiräte als bürgernahe Entscheidungsgremien der Stadtteile. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten,

auf der Grundlage dieses Antrages eine Initiative zur Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zu ergreifen. Mit dem Vorschlag zur Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter werden folgende politischen Ziele verfolgt:

- Erweiterung der allgemeinen Aufgaben des Beirats:
Durchführung von Schlichtungsverfahren im Stadtteil zur Beilegung von Konfliktsituationen zwischen den Beteiligten (so genannte Mediationsverfahren)
- Verpflichtung der Senatsressorts auf die Durchführung von jährlichen Planungskonferenzen mit dem Beirat und die Ausweisung der Zuständigkeiten für Beiratsangelegenheiten in der Geschäftsverteilung der Ressorts
- Entscheidungen über ausschließliche, zwei Jahre übersteigende Überlassung gemeindlicher Einrichtungen oder Teilen davon im Stadtteil an Dritte, soweit nicht durch die Bürgerschaft beschlossene Richtlinien geregelt
- Einrichtung von Stadtteilbudgets:
für die Erfüllung ihrer Aufgaben in den Stadtteilen werden den Beiräten Gesamt-Budgets zugewiesen, über deren Verwendung sie allein entscheiden.
- Beiräte sollen entscheiden über die Benennung und Umbenennung von Büchereien, kulturellen Einrichtungen, Jugendeinrichtungen, Kindergärten, Bädern, Sportanlagen, Friedhöfen, Parks, Gärten und Landschaftsteilen, soweit deren Bedeutung nicht über den Stadtbezirk hinausgeht
- Festlegung von Containerstandorten im Rahmen von Maßnahmen zur Rückgewinnung von Rohstoffen
- Angelegenheiten der Schulwegsicherung
- Einrichtung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen.
- Aufstellung und Abbruch von Denkmälern, Kunstwerken, Brunnen u. ä. sowie deren Standortbestimmung und Gestaltung, soweit sie eine stadtteilbezogene Bedeutung nicht übersteigen
- Stärkung der Budgetrechte des Beirats durch die konsequente Ausweisung von stadtteilbezogenen Budgets im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen
- Ausweitung der Entscheidungsrechte des Beirates auf die Unterhaltung von Straßen, die nicht dem übergeordneten Netz angehören und auf den Ausbau, den Umbau, die Benennung, den Unterhalt und die Pflege von Wegen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen sowie die Benennung von Straßen und öffentlichen Gebäuden, soweit diese stadtteilbezogen sind
- Erweiterung der Einvernehmensregelung zwischen Beirat und Deputation dergestalt, dass im Konfliktfalle die Bremische Bürgerschaft (Stadt) debattiert und entscheidet und der „Stadtteil“ (Beirat entscheidet, ob durch Beiratssprecher/in oder Ortsamtsleiter/in) in der Bürgerschaft Rederecht erhält
- Regelung der Leitung der Beiratssitzungen durch Beiratsbeschluss Initiative für eine organisatorische Zuordnung der Beiräte und Ortsämter/des Stadtteilmanagements zur Senatskanzlei
- Unterstützung des Aufgabenwandels der Ortsämter zum Stadtteilmanagement durch neue stadtteilbezogene Planungs- und Koordinierungskompetenzen
- Verbindliche Wahl der Ortsamtsleiter durch die Beiräte und ihre Mitglieder
- Stärkere Einbeziehung der Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen durch Einbindung der Mitglieder der Seniorenvertretung und Initiativen älterer Menschen in die Entscheidungsfindung der Beiräte.

Die SPD-Fraktion beantragt in der Bürgerschaft die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für Beirats- und Stadtteilangelegenheiten. Die Beiratssprecher nehmen regelmäßig an den Sitzungen teil und erhalten ein Rede-, evt. auch ein Antragsrecht. Gegebenenfalls ist die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft entsprechend zu ändern.

Die Bremer SPD setzt sich dafür ein, dass zu Beginn jeder Wahlperiode und bei Bedarf Informations- und Schulungsveranstaltungen für Beiratsmitglieder angeboten werden. Zur Unterstützung der Beiratsmitglieder soll regelmäßig ein Handbuch mit den rechtlichen Grundlagen und mit praktischen Beispielen aus der Beiratsarbeit herausgegeben werden. SPD-Bürgerschaftsfraktion und Rathaus werden gebeten, die Finanzierung sicherzustellen.

Wahlergebnisse

Bürgerschaftswahl 2007 – Land Bremen

Land Bremen	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	279.855	57,57	295.391	61,32	-15.536	-3,74
SPD	101.417	36,74	123.480	42,32	-22.063	-5,58
CDU	70.832	25,66	86.819	29,76	-15.987	-4,09
Grüne	45.524	16,49	37.350	12,80	8.174	3,69
DVU	7.566	2,74	6.642	2,28	924	0,46
FDP	16.497	5,98	12.294	4,21	4.203	1,77
Die Linke	23.296	8,40	4.885	1,68	18.411	6,72
Die Konserativen	4.465	1,63	x	x	x	x

Bürgerschaftswahl 2007 – Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	234.815	58,59	248.559	62,85	-13.744	-4,26
SPD	85.927	37,09	106.484	43,33	-20.557	-6,24
CDU	59.673	25,76	72.196	29,38	-12.523	-3,62
Grüne	40.218	17,36	33.264	13,54	6.954	3,82
DVU	5.191	2,24	3.376	1,37	1.815	0,87
FDP	12.598	5,44	9.669	3,93	2.929	1,51
Die Linke	20.226	8,73	4.386	1,78	15.840	6,95
Die Konserativen	4.153	1,79	x	x	x	x

Bürgerschaftswahl 2007 – Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	45.040	52,81	46.832	54,28	-1.792	-1,47
SPD	15.490	34,94	16.996	36,94	-1.506	-2,00
CDU	11.159	25,17	14.623	31,78	-3.464	-6,61
Grüne	5.306	11,97	4.086	8,88	1.220	3,09
Die Linke	3.070	6,92	499	1,08	2.571	5,84
FDP	3.899	8,79	2.625	5,71	1.274	3,08
DVU	2.375	5,36	3.266	7,10	-891	-1,74
BIW	2.216	4,99	x	x	x	x

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung (STVV) Bremerhaven 2007

	STVV 2007		STVV 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	45.289	51,47	44.839	51,1	450	0,37
SPD	14.988	33,61	15.765	35,70	-777	-2,09
CDU	10.580	23,72	13.653	31,00	-3.073	-7,28
Grüne	5.614	12,59	4.984	11,30	630	1,29
FDP	4.288	9,62	3.254	7,40	1.034	2,22
Die Linke	2.737	6,14	x	x	x	x
DVU	2.468	5,53	3.564	8,10	-1.096	-2,57
B.H.V.	271	0,61	848	1,90	-577	-1,29
Bürger in Wut	2.415	5,42	x	x	x	x
PBC	178	0,40	256	0,60	-78	-0,20
Die Konserativen	267	0,60	x	x	x	x

Mitgliederbestand 2006							
Gliederung	31.12.05	31.01.06	28.02.06	31.03.06	30.04.06	31.05.06	30.06.06
Landesorganisation Bremen	5673	5655	5638	5612	5600	5593	5567
UB Bremen-Stadt	3760	3739	3731	3710	3700	3700	3681
Hemelingen	68	66	66	66	65	64	62
Hastedt	90	89	89	87	86	86	88
Sebaldsbrück-West	73	73	73	73	70	68	67
Osterholz	224	221	216	213	213	213	213
Arbergen/Mahndorf	97	95	93	93	94	95	95
Gartenstadt-Vahr	72	71	70	70	69	69	68
Neue Vahr	128	126	127	127	127	128	126
Schwachhausen-Nord	141	140	143	142	142	142	143
Borgfeld	62	58	58	57	57	56	56
Oberneuland	100	99	98	98	98	98	94
Horn-Lehersterdeich	112	115	116	116	115	114	114
Horn-Achterdiek	118	118	117	118	119	118	113
Steintor-Peterswerder	260	258	261	258	257	257	255
Altstadt	127	130	132	131	135	134	135
Walle	139	138	137	138	137	136	134
Gröpelingen	155	155	156	152	151	152	149
Findorff	142	147	147	144	145	143	142
Oslebshausen	70	71	69	69	68	67	67
Utbremen	59	59	61	64	65	65	66
Buntentor	185	182	185	183	180	182	182
Huckelriede	46	46	46	46	46	47	48
Habenhausen-Arsten	167	163	163	162	162	165	165
Neustadt	136	136	136	138	137	138	139
Strom	18	18	18	18	18	18	18
Huchting	190	190	189	188	186	185	184
Grolland	51	51	49	48	46	46	46
Woltmershausen/Rablinghausen	99	97	98	99	99	98	96
Seehausen/Hasenbüren	16	16	16	16	16	16	16
Weidedamm	124	122	120	120	121	121	121
Schwachhausen-West	178	175	174	169	170	171	172
Schwachhausen-Süd/Ost	141	142	142	142	141	142	140
Kattenturm-Kattenesch	117	118	113	112	112	112	112
Innenstadt	55	54	53	53	53	54	55
UB Bremerhaven	1112	1116	1112	1107	1109	1107	1103
Leherheide-Ost	86	87	86	86	86	87	87
Leherheide-Speckenbüttel	93	93	93	93	93	92	92
Lehe-Nord/Weddewaden	193	193	193	192	191	190	191
Lehe	142	142	142	139	139	142	141
Mitte	149	149	150	151	156	153	152
Geestemünde-Nord	139	140	137	135	134	133	131
Geestemünde-Süd/Grünhöfe	96	95	94	96	96	96	94
Schiffdorfer Damm-Surheide-Bürgerpark	99	100	100	98	97	97	97
Wulsdorf	115	117	117	117	117	117	118
UB Bremen-Nord	801	800	795	795	791	786	783
Burgdamm	57	54	54	54	54	54	54
Burg-Lesum	153	155	155	156	156	155	155
St. Magnus	55	55	53	53	53	52	51
Schönebeck	57	56	56	56	56	58	58
Hammersbeck	45	45	46	46	45	45	45
Vege sack	114	112	110	110	110	109	107
Fähr-Lobbendorf	56	57	57	56	56	55	56
Blumenthal	105	105	105	105	105	104	104
Rönnebeck	42	43	44	44	41	41	41
Farge-Rekum	117	118	115	115	115	113	112

31.07.06	31.08.06	30.09.06	31.10.06	30.11.06	31.12.06	Diff. 01.01.06/ 31.12.2006 absol.	Diff. 01.01.06/ 31.12.2006 in %
5563	5528	5479	5448	5432	5414	-259	-4,57
3681	3653	3619	3594	3590	3577	-183	-4,87
61	60	60	60	60	60	-8	-11,76
88	87	86	85	85	83	-7	-7,78
67	66	65	64	64	64	-9	-12,33
217	216	215	214	214	211	-13	-5,80
95	95	94	95	95	95	-2	-2,06
67	67	67	67	67	67	-5	-6,94
125	125	121	121	121	119	-9	-7,03
142	140	140	138	138	137	-4	-2,84
56	56	56	55	55	55	-7	-11,29
94	94	92	91	92	92	-8	-8,00
114	112	110	110	109	110	-2	-1,79
111	112	114	114	116	114	-4	-3,39
257	254	254	252	255	250	-10	-3,85
132	133	134	130	132	132	5	3,94
134	129	130	139	138	137	-2	-1,44
151	151	149	149	147	148	-7	-4,52
135	133	134	127	128	125	-17	-11,97
68	67	66	65	62	63	-7	-10,00
66	65	62	62	62	64	5	8,47
183	181	180	174	174	173	-12	-6,49
50	49	50	52	51	51	5	10,87
165	163	160	157	157	155	-12	-7,19
136	136	133	132	132	136	0	0,00
18	18	18	18	18	18	0	0,00
187	187	181	182	178	177	-13	-6,84
46	46	46	46	45	45	-6	-11,76
96	96	96	96	95	96	-3	-3,03
16	16	16	16	16	16	0	0,00
122	123	122	121	123	121	-3	-2,42
171	170	166	164	165	166	-12	-6,74
141	141	141	140	139	140	-1	-0,71
115	112	112	112	112	111	-6	-5,13
55	52	49	46	45	46	-9	-16,36
1100	1099	1093	1084	1077	1072	-40	-3,60
82	81	79	79	78	78	-8	-9,30
94	93	92	91	92	92	-1	-1,08
193	196	195	192	192	190	-3	-1,55
142	142	141	140	140	139	-3	-2,11
151	149	149	149	147	144	-5	-3,36
130	130	128	128	126	128	-11	-7,91
94	95	96	95	95	95	-1	-1,04
97	97	97	96	94	94	-5	-5,05
116	116	116	114	113	112	-3	-2,61
782	776	767	770	765	763	-38	-4,74
54	53	53	54	54	54	-3	-5,26
155	155	154	153	151	149	-4	-2,61
50	49	49	49	48	46	-9	-16,36
58	58	56	57	57	57	0	0,00
45	45	46	46	46	46	1	2,22
106	107	106	105	105	106	-8	-7,02
56	56	56	55	55	55	-1	-1,79
105	102	97	96	95	94	-11	-10,48
41	40	40	39	39	39	-3	-7,14
112	111	110	116	115	117	0	0,00

Mitgliederbestand 2007

Ortsvereine	31.12.06	31.01.07	28.02.07	31.03.07	30.04.07	31.05.07	30.06.07
LO Bremen	5414	5388	5396	5363	5353	5361	5354
UB Bremen-Stadt	3579	3572	3579	3561	3557	3563	3559
Hemelingen	60	58	58	56	56	56	55
Hastedt	83	83	85	85	84	86	86
Sebaldsbrück-West	64	60	59	59	58	57	57
Osterholz	211	210	212	212	212	214	213
Arbergen/Mahndorf	95	94	94	93	94	93	93
Gartenstadt-Vahr	67	67	67	67	67	67	67
Neue Vahr	119	119	120	118	119	121	122
Schwachhausen-Nord	137	137	137	138	138	138	140
Borgfeld	55	57	57	55	55	55	56
Oberneuland	92	92	92	92	92	92	92
Horn-Lehersterdeich	110	111	113	113	113	114	116
Horn-Achterdiek	114	113	113	114	116	115	114
Steintor-Peterswerder	250	252	252	252	253	255	256
Altstadt	132	131	133	132	132	132	132
Walle	137	139	139	137	135	131	127
Gröpelingen	148	148	145	140	139	138	139
Findorff	125	123	124	122	123	124	125
Oslebshausen	63	63	63	64	64	64	64
Utbremen	64	63	65	65	64	67	64
Buntentor	173	172	171	172	170	169	170
Huckelriede	51	52	50	51	49	49	50
Habenhausen-Arsten	155	154	153	153	153	153	153
Neustadt	136	137	141	140	140	142	141
Strom	18	18	18	18	18	18	18
Huchting	177	177	178	178	177	177	176
Grölland	45	45	45	45	45	45	45
Woltmershausen/Rablinghausen	96	95	95	95	94	95	95
Seehausen/Hasenbüren	16	16	16	16	16	16	16
Weidedamm	121	121	121	121	121	122	123
Schwachhausen-West	166	165	165	162	164	163	162
Schwachhausen-Süd/Ost	140	142	141	143	145	145	143
Kattenturm-Kattenesch	111	108	106	105	103	103	102
Innenstadt	46	47	48	48	48	47	45
UB Bremerhaven	1072	1055	1053	1052	1049	1049	1046
Leherheide-Ost	78	77	77	77	77	77	77
Leherheide-Speckenbüttel	92	91	90	88	88	88	89
Lehe-Nord/Weddewaden	190	187	187	187	187	186	183
Lehe	139	140	139	141	142	143	142
Mitte	144	141	141	145	145	145	146
Geestemünde-Nord	128	127	127	125	124	125	122
Geestemünde-Süd/Grünhöfe	95	88	87	85	86	87	87
Schiffdorfer Damm-Surheide-Bürgerpark	94	94	94	94	92	92	93
Wulsdorf	112	110	110	109	108	106	107
UB Bremen-Nord	763	761	764	750	747	749	749
Burgdamm	54	54	54	51	51	53	54
Burg-Lesum	149	148	148	145	146	145	145
St. Magnus	46	43	43	43	43	43	44
Schönebeck	57	57	56	54	54	54	54
Hammersbeck	46	46	46	45	44	45	45
Vege sack	106	105	105	105	105	105	106
Fähr-Lobbendorf	55	56	56	54	52	52	48
Blumenthal	94	94	95	95	95	96	96
Rönnebeck	39	40	40	39	40	40	39
Farge-Rekum	117	118	121	119	117	116	118

31.07.07	31.08.07	30.09.07	31.10.07	30.11.07	31.12.07	Diff. 01.01.07/ 31.12.2007 absol.	Diff. 01.01.07/ 31.12.2007 in %
5307	5292	5270	5247	5221	5198	-216	-3,99
3519	3508	3485	3462	3440	3425	-154	-4,30
54	54	55	53	53	53	-7	-11,67
83	82	81	81	79	78	-5	-6,02
57	57	57	57	56	56	-8	-12,50
212	211	207	207	203	201	-10	-4,74
91	90	89	89	89	87	-8	-8,42
69	69	70	70	70	66	-1	-1,49
121	120	121	122	122	123	4	3,36
139	139	138	135	133	133	-4	-2,92
57	57	57	55	55	55	0	0,00
90	91	91	93	92	92	0	0,00
117	114	112	109	107	106	-4	-3,64
112	112	111	112	110	111	-3	-2,63
252	253	254	255	258	253	3	1,20
128	129	129	127	126	127	-5	-3,79
124	125	122	121	120	139	2	1,46
139	138	138	139	138	137	-11	-7,43
124	124	124	122	122	121	-4	-3,20
64	61	59	60	57	55	-8	-12,70
63	64	63	61	63	46	-18	-28,13
165	165	164	163	163	160	-13	-7,51
50	49	50	49	49	49	-2	-3,92
151	151	151	151	150	150	-5	-3,23
138	137	135	135	136	139	3	2,21
18	18	18	18	18	18	0	0,00
176	175	177	175	173	174	-3	-1,69
45	45	45	45	45	45	0	0,00
94	94	89	89	87	86	-10	-10,42
17	17	15	15	15	15	-1	-6,25
123	123	122	119	115	116	-5	-4,13
162	161	160	159	158	156	-10	-6,02
143	139	140	136	138	139	-1	-0,71
100	99	99	98	99	99	-12	-10,81
41	41	41	41	40	40	-6	-13,04
1044	1046	1045	1043	1041	1036	-36	-3,36
77	77	76	76	76	75	-3	-3,85
89	89	89	89	90	90	-2	-2,17
183	183	182	182	183	184	-6	-3,16
140	141	141	141	140	139	0	0,00
147	146	148	149	149	150	6	4,17
122	121	119	119	119	118	-10	-7,81
86	87	87	87	85	81	-14	-14,74
93	93	92	91	90	90	-4	-4,26
106	109	111	109	109	109	-3	-2,68
744	738	740	742	740	737	-26	-3,41
54	54	54	52	52	51	-3	-5,56
143	142	142	140	139	140	-9	-6,04
44	44	46	46	46	46	0	0,00
53	53	53	53	53	53	-4	-7,02
46	46	46	46	46	45	-1	-2,17
104	103	102	102	103	102	-4	-3,77
50	49	49	50	49	49	-6	-10,91
99	96	95	93	90	88	-6	-6,38
40	39	39	39	38	38	-1	-2,56
111	112	114	121	124	125	8	6,84

Mitgliederentwicklung nach Geschlecht; Zeitraum: 2000 bis 2007

Landesorganisation					
Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	7.040	4.853	68,93	2.187	31,07
2001	6.754	4.643	68,74	2.111	31,26
2002	6.482	4.431	68,36	2.051	31,64
2003	6.005	4.055	67,53	1.950	32,47
2004	5.652	3.798	67,20	1.854	32,80
2005	5.673	3.788	66,77	1.885	33,23
2006	5.414	3.586	66,24	1.828	33,76
2007	5.198	3.441	66,20	1.757	33,80

Unterbezirk Bremen-Stadt					
Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	4.563	3.088	67,67	1.475	32,33
2001	4.377	2.958	67,58	1.419	32,42
2002	4.231	2.855	67,48	1.376	32,52
2003	3.937	2.625	66,68	1.312	33,32
2004	3.720	2.464	66,24	1.256	33,76
2005	3.760	2.465	65,56	1.295	34,44
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77

Unterbezirk Bremerhaven					
Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	1.504	1.077	71,61	427	28,39
2001	1.439	1.023	71,09	416	28,91
2002	1.337	936	70,01	401	29,99
2003	1.223	845	69,09	378	30,91
2004	1.141	793	69,50	348	30,50
2005	1.112	778	69,96	334	30,04
2006	1.072	737	68,75	335	31,25
2007	1.036	708	68,34	328	31,66

Unterbezirk Bremen-Nord					
Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	973	688	70,71	285	29,29
2001	938	662	70,58	276	29,42
2002	914	640	70,02	274	29,98
2003	845	585	69,23	260	30,77
2004	791	541	68,39	250	31,61
2005	801	545	68,04	256	31,96
2006	763	516	67,63	247	32,37
2007	737	499	67,71	238	32,29

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2000

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
bis 18	5	0,07	3	0,06	2	0,09
19-21	41	0,58	29	0,60	12	0,55
22-25	85	1,21	68	1,40	17	0,78
26-29	115	1,63	88	1,81	27	1,23
30-34	301	4,28	212	4,37	89	4,07
35-39	361	5,13	255	5,25	106	4,85
40-49	1.125	15,98	723	14,90	402	18,38
50-59	1.936	27,50	1.368	28,19	568	25,97
60-69	1.567	22,26	1.141	23,51	426	19,48
70-79	983	13,96	662	13,64	321	14,68
80-89	439	6,24	263	5,42	176	8,05
90-105	82	1,16	41	0,84	41	1,87
ü.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	7.040	100,00	4.853	100,00	2.187	100,00

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2006

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
bis 18	13	0,24	10	0,28	3	0,16
19-21	60	1,11	43	1,20	17	0,93
22-25	161	2,97	94	2,62	67	3,67
26-29	139	2,57	98	2,73	41	2,24
30-34	200	3,69	149	4,16	51	2,79
35-39	269	4,97	188	5,24	81	4,43
40-49	693	12,80	443	12,35	250	13,68
50-59	1.140	21,06	741	20,66	399	21,83
60-69	1.427	26,36	980	27,33	447	24,45
70-79	817	15,09	549	15,31	268	14,66
80-89	425	7,85	255	7,11	170	9,30
90-105	70	1,29	36	1,00	34	1,86
ü.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	5.414	100,00	3.586	100,00	1.828	100,00

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2007

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
bis 18	10	0,19	6	0,17	4	0,23
19-21	54	1,04	41	1,19	13	0,74
22-25	154	2,96	90	2,62	64	3,64
26-29	152	2,92	107	3,11	45	2,56
30-34	201	3,87	147	4,27	54	3,07
35-39	218	4,19	159	4,62	59	3,36
40-49	681	13,10	435	12,64	246	14,00
50-59	1.043	20,07	666	19,35	377	21,46
60-69	1.375	26,45	951	27,64	424	24,13
70-79	815	15,68	548	15,93	267	15,20
80-89	434	8,35	258	7,50	176	10,02
90-105	61	1,17	33	0,96	28	1,59
ü.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	5.198	100,00	3.441	100,00	1.757	100,00

Mitgliederbestand Durchschnittsalter; Stichtag: 31.12.2000

Gliederung	Name	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	4.563	57	3.088	56	1.475	58
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	1.504	58	1.077	58	427	59
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	973	58	688	58	285	58
Gliederung	SPD-Landesorganisation Bremen	7.040	57	4.853	57	2.187	58

Mitgliederbestand Durchschnittsalter; Stichtag: 31.12.2007

Gliederung	Name	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	3.425	58	2.234	57	1.191	59
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	1.036	59	708	60	328	58
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	737	58	499	58	238	58
Gliederung	SPD-Landesorganisation Bremen	5.198	58	3.441	58	1.757	59

Mitgliederbestand nach durchschnittlicher Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2000

Gliederung	Name	Dauer gesamt	männlich	weiblich
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	24	24	23
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	23	23	22
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	24	24	21
Gliederung	SPD-Landesorganisation Bremen	23	24	22

Mitgliederbestand nach durchschnittlicher Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2007

Gliederung	Name	Dauer gesamt	männlich	weiblich
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	25	26	24
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	25	26	23
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	24	25	22
Gliederung	SPD-Landesorganisation Bremen	25	26	24

Mitgliederbestand nach Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2007

Landesorganisation

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
<1	160	3,08
1	145	2,79
2	250	4,81
3	100	1,92
4	99	1,90
5	124	2,39
6	121	2,33
7	61	1,17
8	60	1,15
9	129	2,48
10	54	1,04
11-12	153	2,94
13-14	146	2,81
15-16	129	2,48
17-18	202	3,89
19-20	188	3,62
21-30	916	17,62
31-40	1.446	27,82
41-50	493	9,48
51-60	171	3,29
61-70	47	0,90
71-80	2	0,04
81-90	2	0,04
gesamt	5.198	100,00

Unterbezirk Bremen-Stadt

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
<1	97	2,83
1	91	2,66
2	180	5,26
3	67	1,96
4	65	1,90
5	80	2,34
6	84	2,45
7	41	1,20
8	37	1,08
9	89	2,60
10	36	1,05
11-12	107	3,12
13-14	97	2,83
15-16	87	2,54
17-18	138	4,03
19-20	118	3,45
21-30	565	16,50
31-40	955	27,88
41-50	331	9,66
51-60	120	3,50
61-70	36	1,05
71-80	2	0,06
81-90	2	0,06
gesamt	3.425	100,00

Unterbezirk Bremerhaven

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
<1	32	3,09
1	36	3,47
2	24	2,32
3	17	1,64
4	18	1,74
5	29	2,80
6	20	1,93
7	12	1,16
8	17	1,64
9	30	2,90
10	11	1,06
11-12	34	3,28
13-14	34	3,28
15-16	23	2,22
17-18	31	2,99
19-20	37	3,57
21-30	201	19,40
31-40	288	27,80
41-50	104	10,04
51-60	32	3,09
61-70	6	0,58
71-80	0	0,00
81-90	0	0,00
gesamt	1.036	100,00

Unterbezirk Bremen-Nord

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
<1	31	4,21
1	18	2,44
2	46	6,24
3	16	2,17
4	16	2,17
5	15	2,04
6	17	2,31
7	8	1,09
8	6	0,81
9	10	1,36
10	7	0,95
11-12	12	1,63
13-14	15	2,04
15-16	19	2,58
17-18	33	4,48
19-20	33	4,48
21-30	150	20,35
31-40	203	27,54
41-50	58	7,87
51-60	19	2,58
61-70	5	0,68
71-80	0	0,00
81-90	0	0,00
gesamt	737	100,00

Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum: 2000 bis 2007

Landesorganisation

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	119	84	70,59	35	29,41
2001	186	123	66,13	63	33,87
2002	212	139	65,57	73	34,43
2003	131	88	67,18	43	32,82
2004	135	97	71,85	38	28,15
2005	336	221	65,77	115	34,23
2006	161	103	63,98	58	36,02
2007	157	106	67,52	51	32,48

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	83	58	69,88	25	30,12
2001	128	85	66,41	43	33,59
2002	140	97	69,29	43	30,71
2003	92	58	63,04	34	36,96
2004	88	61	69,32	27	30,68
2005	245	157	64,08	88	35,92
2006	103	62	60,19	41	39,81
2007	94	63	67,02	31	32,98

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	21	15	71,43	6	28,57
2001	28	17	60,71	11	39,29
2002	42	24	57,14	18	42,86
2003	24	19	79,17	5	20,83
2004	25	21	84,00	4	16,00
2005	30	22	73,33	8	26,67
2006	38	26	68,42	12	31,58
2007	32	23	71,88	9	28,13

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	15	11	73,33	4	26,67
2001	30	21	70,00	9	30,00
2002	30	18	60,00	12	40,00
2003	15	11	73,33	4	26,67
2004	22	15	68,18	7	31,82
2005	61	42	68,85	19	31,15
2006	20	15	75,00	5	25,00
2007	31	20	64,52	11	35,48

Mitgliedereintritte nach Alter; Zeitraum: 1.1.2006 bis 31.12.2006

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	10	6,21
19-21	34	21,12
22-25	18	11,18
26-29	12	7,45
30-34	20	12,42
35-39	21	13,04
40-49	27	16,77
50-59	10	6,21
60-69	7	4,35
70-79	2	1,24
80-89	0	0,00
90-105	0	0,00
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	161	100,00

Mitgliedereintritte nach Alter; Zeitraum: 1.1.2007 bis 31.12.2007

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	9	5,73
19-21	10	6,37
22-25	25	15,92
26-29	13	8,28
30-34	16	10,19
35-39	18	11,46
40-49	28	17,83
50-59	28	17,83
60-69	5	3,18
70-79	1	0,64
80-89	2	1,27
90-105	2	1,27
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	157	100,00

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2006 bis 31.12.2006

Landesorganisation

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	275	72,75	195	70,91	80	29,09
3 - Tod	98	25,93	75	76,53	23	23,47
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	4	1,06	4	100,00	0	
6 - NTR wird zum Nichtmitglied	1	0,26	0		1	100,00
Gesamt	378	100,00	274	72,49	104	27,51

Unterbezirk Bremen-Stadt

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	170	69,67	115	67,65	55	32,35
3 - Tod	69	28,28	52	75,36	17	24,64
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	4	1,64	4	100,00	0	
6 - NTR wird zum Nichtmitglied	1	0,41	0		1	100,00
Gesamt	244	100,00	171	70,08	73	29,92

Unterbezirk Bremerhaven

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	65	80,25	51	78,46	14	21,54
3 - Tod	16	19,75	14	87,50	2	12,50
Gesamt	81	100,00	65	80,25	16	19,75

Unterbezirk Bremen-Nord

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	40	75,47	29	72,50	11	27,50
3 - Tod	13	24,53	9	69,23	4	30,77
Gesamt	53	100,00	38	71,70	15	28,30

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2007 bis 31.12.2007

Landesorganisation

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	273	74,18	194	71,06	79	28,94
3 - Tod	95	25,82	63	66,32	32	33,68
Gesamt	368	100,00	257	69,84	111	30,16

Unterbezirk Bremen-Stadt

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	181	76,69	125	69,06	56	30,94
3 - Tod	55	23,31	36	65,45	19	34,55
Gesamt	236	100,00	161	68,22	75	31,78

Unterbezirk Bremerhaven

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	57	70,37	45	78,95	12	21,05
3 - Tod	24	29,63	17	70,83	7	29,17
Gesamt	81	100,00	62	76,54	19	23,46

Unterbezirk Bremen-Nord

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	35	68,63	24	68,57	11	31,43
3 - Tod	16	31,37	10	62,50	6	37,50
Gesamt	51	100,00	34	66,67	17	33,33

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich, Zeitraum: 2000 bis 2007

Landesorganisation

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	254	168	66,14	86	33,86
2001	201	141	70,15	60	29,85
2002	206	133	64,56	73	35,44
2003	381	277	72,70	104	27,30
2004	433	310	71,59	123	28,41
2005	212	142	66,98	70	33,02
2006	275	195	70,91	80	29,09
2007	273	194	71,06	79	28,94

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	172	108	62,79	64	37,21
2001	130	89	68,46	41	31,54
2002	131	83	63,36	48	36,64
2003	252	176	69,84	76	30,16
2004	264	185	70,08	79	29,92
2005	137	91	66,42	46	33,58
2006	170	115	67,65	55	32,35
2007	181	125	69,06	56	30,94

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	56	42	75,00	14	25,00
2001	39	29	74,36	10	25,64
2002	39	27	69,23	12	30,77
2003	73	56	76,71	17	23,29
2004	110	77	70,00	33	30,00
2005	33	21	63,64	12	36,36
2006	65	51	78,46	14	21,54
2007	57	45	78,95	12	21,05

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	26	18	69,23	8	30,77
2001	32	23	71,88	9	28,13
2002	36	23	63,89	13	36,11
2003	56	45	80,36	11	19,64
2004	59	48	81,36	11	18,64
2005	42	30	71,43	12	28,57
2006	40	29	72,50	11	27,50
2007	35	24	68,57	11	31,43

Mitgliederabgänge nach Alter

1.1.2006 bis 31.12.2006

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	2	0,53
19-21	4	1,06
22-25	9	2,39
26-29	19	5,04
30-34	14	3,71
35-39	23	6,10
40-49	53	14,06
50-59	61	16,18
60-69	71	18,83
70-79	45	11,94
80-89	51	13,53
90-105	25	6,63
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	377	100,00

1.1.2007 bis 31.12.2007

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	0	0,00
19-21	3	0,82
22-25	22	5,98
26-29	15	4,08
30-34	12	3,26
35-39	21	5,71
40-49	37	10,05
50-59	47	12,77
60-69	85	23,10
70-79	62	16,85
80-89	48	13,04
90-105	16	4,35
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	368	100,00

Mitgliederaustritte nach Alter

1.1.2006 bis 31.12.2006

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	2	0,73
19-21	4	1,45
22-25	9	3,27
26-29	18	6,55
30-34	12	4,36
35-39	22	8,00
40-49	52	18,91
50-59	57	20,73
60-69	61	22,18
70-79	19	6,91
80-89	17	6,18
90-105	2	0,73
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	275	100,00

1.1.2007 bis 31.12.2007

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
bis 18	0	0,00
19-21	3	1,10
22-25	22	8,06
26-29	15	5,49
30-34	12	4,40
35-39	21	7,69
40-49	33	12,09
50-59	40	14,65
60-69	73	26,74
70-79	37	13,55
80-89	12	4,40
90-105	5	1,83
ü.ä.	0	0,00
Gesamt	273	100,00

Austrittsgründe

Landesorganisation Bremen, 31.12.2007

Austrittsgründe	Nennung	%
örtliche Querelen	6	2
Alter/Gesundheit	12	4
Finanzielle Situation	21	7
Kommunalpolitik	2	1
Landespolitik	12	4
Bundespolitik	26	9
allg. Politikverdrossenheit	19	6
nicht genannt	143	47
Beitragsrückstand	63	21
Gesamt	304	100

Mehrfachnennung von Austrittsgründen ist möglich. Anzahl der Austritte: 273

